

ÖKOSTEUERNEWS 42 – JUNI 2007

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

GREEN BUDGET GERMANY

Landsbergerstr. 191 D-80687 München www.foes.de und www.eco-tax.info
Fon +49-89-520113-13 Fax +49-89-520113-14 e-Mail: foes@foes.de

Redaktion: Dr. Anselm Görres, Kai Schlegelmilch, Christian Meyer

Mitarbeit: Jakob Rinkewitz, Thomas Rösch

Wir sind auf Spenden unserer Leser dringend angewiesen. Unser Spendenkonto:

GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000, IBAN DE87430609678043713000.

ISSN 1611-4035

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	2
2.	FÖS-JAHRESKONFERENZ	5
3.	WELTUMWELTSTEUER- KONFERENZ.....	7
4.	FÖS IN DEN MEDIEN	9
5.	ÖKOSTEUER.....	11
6.	EMISSIONSHANDEL.....	18
7.	KLIMASCHUTZ.....	23
8.	KLIMASCHUTZ GLOBAL	28
9.	WIRTSCHAFT PRO KLIMASCHUTZ	37
10.	ENERGIE.....	40
11.	MAUT	44
12.	STRABENVERKEHR	45
13.	LUFTVERKEHR	48
14.	LINKS, PUBLIKATIONEN UND STUDIEN	50
15.	STELLENAUSSCHREIBUNG	53
16.	TERMINE	53

Zitate

„2006 und 2007 werden als jene Jahre gelten, in denen Amerika sich entschloss, die Erderwärmung als gravierende Krise zu begreifen.“

Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, University of California in der Zeit vom 7.6. 2007

Der Grundgedanke, Energie allmählich zu verteuern, war und ist richtig. Aber man sollte das Aufkommen nicht wie jetzt bei der Ökosteuer in die Rente stecken. Man sollte die Ökosteuer künftig weiter erhöhen, das Geld daraus aber in Form eines Ökobonus in gleicher Höhe an jeden Bürger zurückgeben. Das hätte auch eine positive soziale Verteilungswirkung. Wer viel Energie verbraucht, müsste viel zahlen. Wer ein niedriges Einkommen hat und wenig verbraucht, bekommt relativ viel zurück. Die Umweltfrage muss mit der sozialen Frage verknüpft werden.

Dr. Reinhard Loske (GRÜNE), neuer Umweltsenator in Bremen, 24.6.2007

„Es hat der deutschen Volkswirtschaft bislang nicht geschadet, Vorreiter in der Umwelt- und Klimapolitik gewesen zu sein, und es wird ihr auch in Zukunft nicht schaden.“

Prof. Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, 8. 6.2007

„Die Kerosinsteuer bringt dreifach Nutzen: Es steigt der Anreiz, sparsamere Flugzeuge zu bauen, die erhöhten Ticketpreise schwächen die Zunahme des Flugverkehrs ab und mit den Einnahmen kann den Entwicklungsländern bei ihren Bemühungen zur Anpassung an den Klimawandel geholfen werden.“

Monika Ganseforth vom Bundesvorstand des Verkehrsclub Deutschland e.V.

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde des FÖS,

Klimaschutz ist zum TOP-Thema der internationalen Agenda – von EU bis G8 – geworden.

Selbst die BILD-Zeitung wirbt nun zusammen mit Umweltverbänden für die Rettung der Erde, Grünen Strom und sparsame Autos. In dieser Debatte werden auch marktwirtschaftliche Instrumente wieder stärker gefragt. Nach langem Stillstand tut sich nun in allen Parteien etwas. Beim Emissionshandel konnten wir bereits einen ersten Erfolg beobachten. Auf der gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung organisierten Konferenz „Welchen Preis hat ein stabiles Klima? – Zur Zukunft des Emissionshandels“ sprachen sich Vertreter aller Bundestagsparteien für die Versteigerung aller Emissionszertifikate aus. Das war noch vor Monaten undenkbar.

http://www.foes.de/de/Pressemitteilung_12052007.php

Genau in diesen politischen Stimmungswandel fallen nun die Vorbereitungen für die erstmals vom FÖS in Deutschland ausgerichtete 8. Weltumsteuerkonferenz vom 18. bis 20. Oktober in München.

Mit einem attraktiven Programm und prominenten Rednern aus aller Welt wird sie ein wirkliches Highlight. Wer sich noch nicht angemeldet hat, sollte das bald tun und die Ankündigung in Kapitel 2 lesen:

<http://www.worldcotax.org/>

Auch sonst bleibt der FÖS national und international aktiv am Ball. Mit Irland, Tschechien und einer neuen ÖSR-Runde in Finnland gibt es einige neue Erfolge. „Ökosteuern sind auf dem Vormarsch“ titelte die Agentur Reuters über eine hochrangige EU-Konferenz in Brüssel. Sorgen wir dafür, dass das so bleibt...

Christian Meyer, FÖS-Redaktion

Ökosteuer-Rückenwind aus Brüssel

[Dr. Anselm Görres und Kai Schlegelmilch, Artikel für PUNKT.UM] Schon seit geraumer Zeit ist das Niveau der Umweltpolitik in Brüssel weit höher als bei den meisten Mitgliedsstaaten. Insbesondere programmatisch liegen die viel geschmähten Eurokraten meist deutlich über dem, was man von nationalen Politikern zu hören bekommt. Von Brüssel gibt es unzweideutige Aussagen zur Überlegenheit marktwirtschaftlicher Instrumente, von Brüssel kommen – ob beim Feinstaub oder beim Ausweis von Naturschutzflächen

– konsequente Verordnungen, die die werten „Member states“ oft Jahre später noch nicht umgesetzt haben. Höhepunkt Brüsseler Muts war vielleicht die Einführung des Emissionshandels, der es innerhalb von drei Jahren vom Grünbuch zur wirksamen Verordnung brachte und damit die meisten Mitgliedsstaaten vollkommen kalt erwischte. Hier hat Brüssel nichts nachvollzogen – es gab keine nennenswerte Diskussion auf nationaler Ebene – sondern war und ist einsamer Vorreiter.

Das höhere Niveau der EU-Umweltpolitik hat Gründe

Im Kampf um die rationalere, mutigere und konsequentere Umweltpolitik haben Brüsseler Politiker und Beamte ihren Kollegen in Berlin oder Tallin, Madrid oder Malta, Paris oder Prag freilich einige Wettbewerbsvorteile voraus. In der europäischen Hauptstadt fehlen drei große Faktoren, die zum Beispiel in Deutschland vielen vernünftigen Ansätzen den Garaus machen: Boulevardpresse, Dauerwahlkampf in Direktwahlsystemen und ein stärkerer Lobbyeinfluss in „historisch gewachsenen“, überkomplexen nationalen Regelwerken.

Die oft beklagte Bürgerferne der Eurokraten wird zum Vorteil, wenn Pöbelkampagnen wie die der Bildzeitung gegen die Ökosteuer im politische Olymp gar nicht erst angekommen. Der äußerst indirekte Einfluss des Wählers auf die europäische Politik macht zum Beispiel EU-Kommissare relativ immun gegen Stammtischpopulismus und die Zufallsergebnisse der vielen nationalen oder regionalen Wahlen, die das Leben nationaler Politiker so anstrengend gestalten, und nachhaltige Arbeit mehr bestrafen als belohnen. Schließlich hat man mitunter den Eindruck, dass es selbst Lobbys in Europa schwerer haben als in den Nationalstaaten: Zum Beispiel sind allzu verschwurbelte Regelungen, wie sie in allen Mitgliedsstaaten über Jahrzehnte und Jahrhundert wuchern gewachsen sind, auf EU-Ebene schlicht nicht mehr kommunizierbar und praktikabel. Natürlich setzen sich Lobby-Interessen auch dort viel zu oft durch, doch begegnet man ihrem Einfluss nicht an jeder Ecke, wie zum Beispiel im deutschen Steuer- und Subventionen-Unwesen.

Ein weiterer, bei uns in Deutschland vielleicht zu wenig bekannter und gewürdigter, positiver Faktor einer im Kern relativ rationalen Politikent-

wicklung ist das hohe Niveau der Politikberatung durch hochkompetente Stäbe. Viele europäische Staaten entsenden nur ihre besten Beamten nach Brüssel. Das aus der französischen Tradition eines hoch respektierten und qualifizierten Beamtenapparats übernommene System der Wettbewerbe (Concours) sorgt für überdurchschnittlich tüchtigen Behördennachwuchs. Auch berichten Insider, dass ein positiver Wettbewerbs- und Corpsgeist der Europabeamten eine leistungs- und konsensorientierten Arbeitskultur schafft, bei der selbst aus ehemaligen Euroskeptikern nach wenigen Jahren überzeugte Europäer werden.

Das neue Grünbuch zu marktwirtschaftlichen Instrumenten setzt die positive Tradition fort

Bereits im Sechsten Umweltaktionsprogramm und in der Strategie der EU für eine nachhaltige Entwicklung hatte die EU den intensiveren Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente befürwortet. Durch die Beeinflussung von Preisen (über erhobene Steuern oder aber durch andere Anreize), die Festlegung absoluter Mengen (Emissionshandel) oder Mengen pro Outputeinheit tragen markt-basierte Instrumente ausdrücklich den Unterschieden zwischen den Unternehmen Rechnung und bieten damit die erforderliche Flexibilität, die eine wesentliche Reduzierung der Kosten für die Verwirklichung vorgegebener politischer Ziele ermöglicht.

Auf EU-Ebene wurden bereits mehrere markt-basierte Instrumente aus umwelt- oder energiepolitischen Gründen eingeführt, u.a. das EU-Emissionshandelssystem für Treibhausgasemissionen, die Energiesteuerrichtlinie und im Transportsektor die Eurovignettenrichtlinie. Auch die Mitgliedsstaaten wenden markt-basierte Instrumente in vielerlei Formen an, teils mehr, teils weniger mutig.

Das von der Kommission am 28. März 2007 vorgelegte neue Grünbuch¹ rekapituliert und würdigt diese Erfolge und ist durchaus geeignet, die insgesamt positive Einschätzung der EU-Umweltpolitik zu bestätigen. Seine Kernaussage ist, dass markt-basierte Instrumente vermehrt für die Verwirklichung umweltpolitischer und sonstiger politischer Ziele sowohl auf der Ebene der Gemeinschaft als

¹ http://ec.europa.eu/environment/enveco/pdf/com_2007_140_de.pdf

auch in den Mitgliedstaaten herangezogen werden sollten. Insbesondere bei der bevorstehenden Überarbeitung der Energiesteuerrichtlinie will die Kommission die Überlegungen des Grünbuchs und die politischen Reaktionen darauf berücksichtigen.

„Die Kommission ist der Auffassung, dass neben rechtlichen Regelungen und anderen Instrumenten in verstärktem Maße MBI [market based instruments], einschließlich Handelssysteme, steuerliche Maßnahmen und Subventionen, als kostenwirksame Instrumente eingesetzt werden sollten, um ökologische und andere politische Ziele auf Gemeinschaftsebene und auf nationaler Ebene zu erreichen. Das würde der Agenda für nachhaltige Entwicklung, der Lissabonner Agenda, und der Agenda für bessere Regulierung entsprechen. Die neue Energie- und Klimaschutzpolitik, die auf europäischer Ebene vereinbart wurde, repräsentiert nicht weniger als eine industrielle Revolution über die kommenden 10-15 Jahre. Sie wird substantielle Veränderungen in der Art und Weise, in der Europa mit Energie umgeht, erfordern, mit dem Endziel, eine wirklich kohlenstoffarme Wirtschaft zu erreichen. Mehrere Politikbereiche, auf nationaler wie auf europäischer Ebene, werden dazu beitragen und angepasst werden müssen, um dieses ambitionierte Ziel zu verwirklichen. Marktwirtschaftliche Instrumente werden einen wichtigen Teil der Anstrengungen darstellen, um wirkliche Veränderungen durch veränderte Anreize für Verbraucher und Unternehmen zu erreichen. Jenseits dieser wichtigen langfristigen Rolle haben marktwirtschaftliche Instrumente auch wichtige Vorteile hinsichtlich fiskalischer sowie anderer Umwelt- und allokativer Zwecke, die in diesem Papier angesprochen wurden. Mit diesem Papier möchte die Kommission eine Diskussion über einen aktiveren Beitrag marktbasierter Instrumente der Gemeinschaft, insbesondere indirekter Steuern, zu diesen Zielen in Gang setzen. In dem Papier werden weitere Anwendungsbereiche für MBI genannt, in denen die Gemeinschaft den Austausch über die beste Praxis erleichtern könnte. Die Kommission erhofft sich Reaktionen auf die hier vorgetragenen Ideen und Antworten auf die gezielten Fragen sowie Äußerungen dazu, welche MBI eingesetzt werden sollten, um ein Maximum an potenziell positiven Wirkungen zu kombinieren.“

Solch deutliche Worte hat die Kommission bisher nicht gefunden - den Schlussfolgerungen kann man nur zustimmen und hoffen, dass auch die Umsetzung folgt. Die größte Hürde für die Umsetzung europäischer Absichten bildet bei der Ökosteuer nach wie vor das Erfordernis der Einstimmigkeit bei Fiskalfragen. Hier ist mehr politische Phantasie gefordert.

Konferenz „Ökologische Gerechtigkeit“ der Grünen

Zum Thema „Ökologische Gerechtigkeit“ fand am 3. Juni 2007 ein Kongress der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen statt. Zur Verteilungswirkung der Ökologischen Steuerreform referierte Christian Meyer vom FÖS. Zudem wurden die Frage nach Gewinnern und Verlierern sowie der Akzeptanz der Ökologischen Steuerreform aufgeworfen und diskutiert.

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/default/dok/185/185544.htm>

Die Referentenpapiere von Christian Meyer (FÖS) und Ulrike Herrmann (taz):

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/default/dokbin/185/185523.pdf>

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/default/dokbin/185/185516.pdf>

Neue FÖS-Studie: Marktwirtschaftliche Umweltinstrumente in Europa

Die im Auftrag der gtz für den deutsch-chinesischen Umweltdialog erstellte FÖS-Studie „Market Based Instruments for the Environment“ ist nun veröffentlicht. Sie gibt einen aktuellen Überblick über den Stand von Ökosteuern, Emissionshandel und anderer marktwirtschaftlicher Umweltinstrumente und wurde Vertretern der chinesischen Regierung in Darmstadt persönlich vorgestellt.

http://www.foes.de/en/downloads/study/Study_Market_Based_Instruments24.pdf

Energiebesteuerung in Europa

Kai Schlegelmilch erläutert für den DNR-Newsletter die Energiebesteuerung auf europäischer Ebene.

Den ganzen Artikel finden sie hier im PDF-Format:

<http://www.foes.de/de/downloads/OESN42/ks-eu-energiebesteuerung-schlegelmilch.pdf>

2. FÖS-JAHRESKONFERENZ

Emissionshandel: Versteigerung kommt!

[FÖS-Pressemittelung vom 12.5.2007] Auf einer gemeinsamen Konferenz von Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. (FÖS) und Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) mit freundlicher Unterstützung der Deutschen Bank Research wurde von Wissenschaft, Politikern und Umweltverbänden eine deutliche Reform des bestehenden Emissionshandels hin zu mehr Klimaschutz gefordert.

„Bei der Weiterentwicklung des Emissionshandels muss die Versteigerung der Zertifikate im Vordergrund stehen“ forderte Eric Heymann von der Deutschen Bank Research in seiner kritischen Bilanz. „Die EU sollte daher in der nächsten Handelsperiode nach 2012 einen wachsenden Pflichtversteigerungsanteil vorschreiben und dies frühzeitig ankündigen. Die EU-Klimaziele verlangen darüber hinaus auch eine stärkere Verknappung der Zertifikate. Das bisherige Überangebot verhinderte einen im Sinne des Klimaschutzes wirksamen Markt.“

Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen forderten daher auf der Tagung, eine Versteigerung von 10 Prozent der Zertifikate in das aktuelle Gesetzgebungsverfahren zum Nationalen Allokationsplan einzuarbeiten. Nach 2012 sollen nach dem Willen der Abgeordneten Frank Schwabe (SPD), Josef Göppel (CSU), Reinhard Loske (GRÜNE), Michael Kauch (FDP) und Eva Bulling-Schröter (LINKE) sogar 100 Prozent der Zertifikate versteigert werden und das von Lobbies geprägte Vergabeverfahren damit überflüssig werden. Ebenso soll die Menge der Zertifikate den neuen EU-Klimazielen angepasst und verringert werden. Rebecca Harms, Europaabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, wertete den neuen Konsens für Versteigerung als ein deutliches Signal an die EU-Kommission, bei der Reform der Emissionshandelsrichtlinie im Herbst 2007 europaweit auf die

vollständige Versteigerung der Zertifikate zu setzen.

Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des FÖS, begrüßte diese Forderungen und verwies darauf, dass die Fraktionspolitiker es im laufenden Gesetzgebungsverfahren selber in der Hand hätten, die Versteigerung umzusetzen, nachdem der Bundesregierung dazu offenbar der Mut gefehlt habe.

Auch eine neue Ökologische Steuer- und Finanzreform sei notwendig und könnte zusätzliche positive Wirkungen für Wirtschaft, Beschäftigung und Innovation entfalten. Nach neuesten Studien hat die bisherige Ökologische Steuerreform bis zu 0,5 Prozent zusätzliches Wirtschaftswachstum in Deutschland erzeugt, 250.000 Arbeitsplätze geschaffen und den Kraftstoffabsatz um 17 Prozent gesenkt.“ Außerdem solle die Bundesregierung dem Beispiel von London und Paris folgen und endlich eine Ticketabgabe einführen. Delia Villagrasa vom WWF und Sven Harmeling von Germanwatch forderten von der Bundesregierung eine Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel gemäß ihrer zwei- bis fünfmal höheren Klimaschädlichkeit und die Beseitigung der Steuerfreiheit von Flugtickets und Flugbenzin. Auch hier müssen beim Emissionshandel Mitnahmeeffekte der Fluggesellschaften durch Versteigerung vermieden werden. Nur so könne auch der Wettbewerb zwischen Bahn und Flugzeug verbessert werden.

Einen ambitionierten Vorschlag für eine Reform des EU Emissionshandels präsentierte Jörg Haas von der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem so genannten „Sky-Trust“. Dabei würde eine unabhängige Treuhandstelle die CO₂-Zertifikate stellvertretend für die Bevölkerung an die Industrie versteigern, die diese auf die Preise umlegen. Klimaschädliche Produkte würden so teurer. „Die Milliardeneinnahmen aus der CO₂-Versteigerung werden als Dividende ausgeschüttet – an jeden einzelnen Bürger“, so Haas. „Damit würde dieses System die richtigen Anreize für den Klimaschutz schaffen“.

Dokumentationen der Konferenz

Informationen zur gemeinsamen Konferenz „Welchen Preis hat ein stabiles Klima? – Zur Zukunft des Emissionshandels“ von Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. (FÖS) und Heinrich-Böll-

Stiftung (hbs) sind im Internet auf den jeweiligen Homepages abrufbar unter:

<http://www.foes.de/de/Veranstaltung2007.php>

<http://www.boell.de/emissionshandel>

Mitgliederversammlung 11. Mai 2007

Der Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. hat am 11. Mai seine jährliche Mitgliederversammlung abgehalten. Wir gratulieren zwei neuen Vorstandsmitgliedern herzlich zu ihrer Wahl: Florian Prange ist Mathematiker und Kognitionswissenschaftler und Gründer von ProjectComplexity (Hamburg). Dipl.-Volkswirt Edgar Endrukaitis berät seit 1999 für die GTZ das chinesische Umweltministerium in Peking.

Weiterhin im Vorstand sind Dr. Anselm Görres (Vorsitzender), Kai Schlegelmilch (Vize), Andreas Wolfsteiner (Schatzmeister) und Bettina Meyer.

<http://www.foes.de/de/vorstand.html>

Der Preis für ein stabiles Klima – Debatte um effizienten Emissionshandel

[Philip Banse, Deutschlandfunk, 11.05.2007] Die Stromerzeuger wehren sich vehement gegen eine Versteigerung von Emissionszertifikaten - unter anderem mit dem Hinweis auf die Kosten. Über Kosten und Nutzen diskutierten in Berlin Politiker mit Experten der Deutschen Bank Research, eine Art Denkfabrik des Kreditinstituts, sowie Wissenschaftler des Fördervereins Ökologische Steuerreform.

Welchen Preis hat ein stabiles Klima? Darüber streiten die Experten auf der Konferenz des Fördervereins Ökologische Steuerreform. Alle sind sich zumindest einig, dass der Preis steigen wird. Seit gut zwei Jahren werden in Deutschland Rechte zum Ausstoß von CO₂ gehandelt. Bisher läuft das ja so, dass der Staat an bestimmte Betriebe solche Rechte verteilt. Wollen sie mehr CO₂ ausstoßen, müssen sie von anderen Unternehmen Emissionsrechte kaufen. Die Experten sind sich ziemlich einig, dass dieses System sinnvoll ist, aber wesentlich verbessert werden muss. So seien bisher zu viele Emissionsrechte ausgegeben worden, dadurch liegt der Preis pro Tonne CO₂ heute bei unter einem Euro, der Anreiz für klimascho-

nende Investitionen geht gegen null. Ab kommenden Jahr will die Bundesregierung zehn Prozent weniger Emissionsrechte ausgeben.

Das könnte den CO₂-Preis nach oben treiben und das Klima schonen, sagt Eric Heymann, Umweltexperte von Deutsche Bank Research, der volkswirtschaftlichen Forschungsabteilung der Deutschen Bank. Viel wichtiger sei jedoch: Die Emissionsrechte dürften vom Staat nicht mehr verschenkt werden.

"Wir sind ganz klar für eine Versteigerung, denn die Resultate, die wir derzeit sehen, sind eine Folge davon, dass wir in der ersten Handelsperiode zu großzügig zugeteilt haben. Dort war der Einfluss der Lobbygruppen offensichtlich zu groß, so dass die Zuteilung zu großzügig erfolgt ist. Wenn ein Überangebot herrscht, sinkt natürlich der Preis, und es gibt keine Anreize, in Emissionsminderungsmaßnahmen zu investieren. Daher sind wir ganz klar für eine Versteigerung. Hat natürlich auch den schönen Vorteil, dass man damit Einnahmen erzielen kann."

Einiges deutet darauf hin, dass zunächst nur zehn Prozent der Emissionsrechte versteigert werden. Ab 2013 könnten dann alle Zertifikate unter den Hammer kommen, so Heymann. Bei einem Preis von 15 bis 25 Euro pro Tonne CO₂ würde allein der deutsche Staat nach Berechnungen der Deutschen Bank zwischen sechs und zehn Milliarden Euro einnehmen. Für die klimaschädliche Braunkohle in Deutschland, so Volkswirt Heymann, könnte eine vollständige Versteigerung der Zertifikate je nach Tonnenpreis das Todesurteil bedeuten.

Heiß diskutiert wird auf der Konferenz auch die Frage "Welche Branchen sollen in den Emissionshandel einbezogen werden?" Derzeit sind etwa 50 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen vom Emissionshandel erfasst und können durch ihn potenziell reduziert werden. Dieser Anteil ließe sich auf 75 Prozent erhöhen, sagt Eric Heymann, Umweltexperte der Deutschen Bank. Emissionshandel mache jedoch nur in Branchen Sinn, die große, finanzstarke Marktteilnehmer haben. So sollten nicht nur Energieversorger CO₂-Zertifikate erwerben müssen, sondern auch energieintensive Branchen wie Fluglinien, Autobauer, Maschinenbau, Mineralölkonzern und auch der Schiffsverkehr. 100 Prozent der CO₂-Emissionen zu regulieren,

mache jedoch keinen Sinn. Zwei der größten CO₂-Produzenten, die privaten Haushalte und Straßenverkehr, würde Heymann nicht in den Emissionshandel einbeziehen:

"Dort trifft genau das Argument zu, dass man mit dem Emissionshandel relativ hohe Transaktionskosten hat. Hier dürften steuerliche Instrumente wirksamer sein. Preissignale haben selten versagt und den Verbraucher zu einem geringeren Verbrauch aufgefordert. Und hier liegen sicherlich die Vorteile bei der Steuer."

Steuern auf klimaschädliche Produkte seien mit weniger Aufwand zu kassieren. Außerdem hätten ökologische Steuern den Vorteil, dass sie für Unternehmen kalkulierbar wären, während der Preis für eine Tonne CO₂ stark schwanken könnte, sagt Anselm Görres, selber Unternehmer und Vorsitzender des Fördervereins Ökologische Steuerreform. Die Ökosteuer habe sich bewährt. Görres plädiert jedoch für eine Kombination mit dem Emissionshandel in nahezu allen Branchen:

"Der erste Schritt der Ausdehnung müsste der Flugverkehr sein, wobei das nur ein Schritt von mehreren sein kann. Wir brauchen auch eine Ticketabgabe, wie die Engländer und Franzosen sie schon haben. Wir brauchen Kerosinsteuern und auch Mehrwertsteuer auf alle Flüge. Aber Emissionshandel für Flugverkehr ist absolut notwendig, und dann kann man schrittweise andere Branchen einbeziehen."

3. WELTUMWELTSTEUER-KONFERENZ

Global Conference on Environmental Taxation 18-20 Oktober 2007, München

[*Jacqueline Cottrell, FÖS*] Wie die Mehrheit unserer Leser schon weiss, organisiert der Förderverein Ökologische Steuerreform in München vom 18. bis 20. Oktober 2007 die 8. Weltkonferenz zur Ökologischen Steuerreform – the 8th Global Conference on Environmental Taxation, GCET –. Wir möchten diese Gelegenheit nutzen, die Konferenzinhalte, Keynote Speaker, Sponso-

ren und Partner vorzustellen, in der Hoffnung, dass wir bei unseren Lesern, FÖS Freunden und Befürwortern der Ökologischen Steuerreforms Interesse wecken können, an unserer Konferenz teilzunehmen.

Die Reihe dieser internationalen und sehr hochkarätigen Konferenzen begann 1999 in Cleveland/USA. Weitere Tagungen fanden seither in Vancouver, Vermont, Sydney, Pavia, Leuven und Ottawa statt. Es ist eine grosse Anerkennung der seriösen Arbeit und der weltweiten Bekanntheit des FÖS, dass wir als erste Nicht-Regierungsorganisation eine Veranstaltung in dieser Konferenzreihe organisieren dürfen. Bisher ist die GCET-Konferenz immer von Universitäten organisiert worden, und zukünftige Konferenzen werden voraussichtlich wieder von wissenschaftlichen Einrichtungen betreut werden. Für die wissenschaftliche Begleitung konnten wir von der Universität Regensburg die herausragenden Ökonomen Professor Wolfgang Wiegand (Mitglied des Sachverständigenrats) und Professor Wolfgang Buchholz gewinnen. Wir haben zudem einen wissenschaftlichen Beirat ins Leben gerufen, um uns bei der Programmerstellung zu unterstützen und wir möchten hiermit allen Mitgliedern des Beirats nochmal herzlich danken.

Der Titel der diesjährigen Weltkonferenz lautet „Innovation, Technology and Employment – Impacts of Environmental Fiscal Reforms and other Market-Based Instruments“. Damit möchten wir die Vorteile einer Ökologischen Steuerreform für uns alle in den Mittelpunkt stellen und die neueste Forschung in diesem Gebiet nicht nur unter einem Dach zusammenzubringen, sondern auch voranzutreiben. Es wird die erste Konferenz dieser Größe und von diesem Kaliber sein, die die nachweisbar positiven Effekte für Innovation, Beschäftigung und Wachstum auf diese Weise unterstreicht. Intelligente Umweltpolitik hilft allen, auch wenn es noch nicht alle verstehen.

Keynote Speaker ist Professor Klaus Töpfer, ehem. Exekutiv Direktor von UNEP. Zudem haben wir eine lange Liste ausgezeichnete Podiumsredner, inklusive Prof. Jacqueline McGlade, Generaldirektorin der Europäischen Umweltagentur (EEA); Alexander Wiedow, Direktor bei DG TAXUD, EU-KOMM; Prof. Norbert Walter, Chefökonom der Deutschen Bank Gruppe; und

Prof. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, unter anderem Gründer des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie und Mitgründer des FÖS.

Hauptsponsor der Konferenz ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Umweltbundesamt. Ohne ihre Unterstützung, wäre ein solches Projekt für den FÖS einfach undenkbar. Zudem haben wir als offiziellen Partner das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die gtz – Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH – gewinnen können. Sie veranstalten parallel zur Hauptkonferenz eine spezielle Workshopreihe “Environmental Fiscal Reforms in Developing, Emerging and Transition Economies: Progress & Prospects”. Dazu kommen NGO Workshops zu den Themen “Campaigning and Communication” und “Policy Proposals for a Low Carbon Future” vom FÖS organisiert.

Wir sind auch sehr stolz darauf, dass die Stadt München unter Oberbürgermeister Christian Ude die Schirmherrschaft übernommen hat und einen Empfang für die Teilnehmer im alten Rathaus veranstalten wird.

Andere Sponsoren – bei denen wir uns auch hiermit sehr herzlich bedanken möchten – umfassen:

die Europäische Umweltagentur (EEA), das österreichische Lebensministerium, die Stadtwerke München; HIPP, die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken, die Ethikbank, den Genossenschaftsverband Bayern, die Deutsche Bank, Greenpeace Energy, das Vermont Law School’s Environmental Tax Policy Institute, die Universität Regensburg, ZMM Zeitmanager München, Management Angels GmbH, Rotary International München Nymphenburg und die Macquarie Law School Sydney. Unsere Partner, die uns ihre Expertise bei der Entwicklung der Konferenz angeboten haben, beinhalten: Bundesverband Erneuerbare Energie e.V.; Europäisches Umweltbüro (EEB); OECD; Unternehmensgrün; und ENDS Europe Daily.

Tagungsort wird das wunderschöne Kardinal Wendel Haus am Englischen Garten in München sein. Unter www.worldcotax.org können Sie mehr über die achte Weltumweltsteuerkonferenz herausfinden.

Das aktuelle Programm mit allen Rednern und Workshops ist jetzt ebenfalls online. Bitte melden Sie sich an!

Wir bedanken uns bei allen Partnern und Sponsoren und hoffen auf ihr Interesse.

Projektsponsoren





lebensministerium.at



Projektpartner



4. FÖS IN DEN MEDIEN

***Umsteuern. Mit Ökosteuern
Gutes fördern, Schlechtes belasten***

[Böll-Magazin 1/2007, Dr. Anselm Görres] Kürzer und einleuchtender als dieser englische Slogan kann man eine gute Idee nicht formulieren. Doch nach ersten großen Erfolgen in Deutschland und Europa scheint der weitere Vormarsch der Öko-steuer vorerst blockiert. Was hindert uns daran, den so erfolgreichen Weg fortzusetzen?

Zunächst zu den viel zu wenig anerkannten Erfolgen. Eine EU-weite Übersichtsmatrix unterschiedlicher Ökosteuern nach Ländern zeigt die Vielzahl der Modelle und Kombinationen. Spötter könnten von einem Fleckerlteppich sprechen. In Wahrheit beweist die Tabelle nur dreierlei: Die Europäer sind kreativ, es führen mehrere Straßen nach Rom, und kein Land muss sklavisch seine Nachbarn kopieren. Heute machen Umweltsteuern europaweit schon fast drei Prozent vom BIP aus. In Kanada sind es nur 1,4 Prozent, in den USA 0,9

Prozent. Das DIW kam zu dem Schluss, dass die rot-grüne Ökologische Steuerreform 250.000 Arbeitsplätze in Deutschland schuf und die Exportchancen deutlich verbesserte. Zugleich zeigen alle empirischen Auswertungen, dass die Länder, die einen höheren Anteil Ökosteuern aufweisen, auch erfolgreicher beim Energieeinsparen und bei den Kiotozielen sind.

Damit hat Europa etwas erreicht, was in der Ökonomie selten und kostbar ist: Einen *free lunch*. Ökosteuern brachten uns Umweltverbesserungen, und das nachweisbar ohne Wohlstandseinbußen! Für Ökonomen ist das keine große Überraschung, denn genau das hatten Ökosteuerbefürworter seit den 70er Jahren immer vorausgesagt. Hier sei ein Selbstzitat gestattet:

„Die Ökologische Steuerreform kann zu einem Programm mit wesentlich mehr Gewinnern als Verlierern werden, bei dem die Volkswirtschaft insgesamt ein höheres Wohlfahrtsniveau erreicht. So wie technische Innovationen in Produktionsprozessen die Relation zwischen Aufwand und Ertrag per saldo kostenlos verbessern können, so kann der Übergang zu einem intelligenteren Steuersystem eine Verbesserung der Input-/Outputrelationen für die gesamte Volkswirtschaft bewirken. Für eine Gesellschaft, zu deren Hauptaktivitäten die Suche nach innerbetrieblichen Verbesserungsmöglichkeiten technischer oder organisatorischer Natur gehört, sollte die Anwendung des gleichen Prinzips auf die Gesamtheit der staatlichen Eingriffe ins Wirtschaftsgeschehen nur selbstverständlich sein.“

Wenn Ökosteuern schlechte Steuern ersetzen, zum Beispiel überhöhte Belastungen des Faktors Arbeit, dann können sie gleichzeitig den Arbeitsmarkt entlasten, das Wachstum fördern und der Umwelt helfen. Leider scheint dieser eigentlich einfache Gedanke manchen Gegnern der ÖSR bis zum heutigen Tage unverständlich geblieben zu sein.

Damit kommen wir zur Kernfrage: Warum ist dieses insgesamt so erfolgreiche Programm in vielen Ländern ins Stocken geraten, insbesondere in Deutschland? Es gibt darauf drei Antworten:

Antwort eins ist die Preisexplosion der fossilen Energien an den Weltmärkten, insbesondere in der Zeit von 2004 bis 2006. Die deutsche Wirtschaft wurde von diesem Preisanstieg mit insgesamt 40 bis 50 Milliarden belastet. Um genau den gleichen

Betrag hat die rot-grüne Umweltpolitik in der Kombination aller Maßnahmen erneuerbare Energien entlastet und „alte“ Energien höherbelastet. Aus dieser Gesamtwirkung von 80 bis 100 Milliarden resultieren zwar eindrucksvolle ökologische Erfolge, aber natürlich auch eine wachsende Aversion der Bürger gegenüber den stark gestiegenen Energiepreisen.

Die zweite Antwort ist eng damit verbunden und eher politisch-psychologisch als ökonomisch. Schon der „Schock von Madgeburg“ – also die heftige Abstrafung der Grünen durch den Wähler nach dem berühmten Ruf nach einem Benzinpreis von 5 DM – hat vielen Ökosteuerprotagonisten einen Teil ihres Schneides abgekauft. Nach dem Wahlsieg von Schwarz-Rot, so knapp er war, scheint ein lähmender Stillstand erreicht: Die Ökosteuer wird weder ab- noch ausgebaut. Und grüne wie rote Umweltpolitiker scheinen beim Wort Steuer von einer seltsamen Sprachhemmung befallen. Leider nehmen sie sich dabei selbst jede Chance, mit den gemeinsam erreichten Erfolgen zu werben.

Die dritte Antwort hat mit der Renaissance der Ordnungspolitik und dem Ausbau des Emissionshandels zu tun. In der Begeisterung für die Eleganz und Effizienz marktwirtschaftlicher Instrumente haben vielleicht auch die Ökosteuerbefürworter die praktischen Vorteile der „altmodischen“ Regulierungsinstrumente vergessen. Gute Beispiele für die schrittweise Wiederentdeckung sind die von Schwarz-Rot durchgesetzte Beimischungspflicht beim Sprit oder die EU-weite Vorgabe von Emissionsobergrenzen für ganze Fahrzeugflotten. Ein Tempolimit wäre ein weiteres ausgezeichnetes Beispiel für intelligente und mutige Ordnungspolitik. Auch die Anhänger marktwirtschaftlicher Instrumente sollten gegenüber anderen Ansätzen keine Scheuklappen auflegen.

Für den Ausbau des im Vergleich zur Ökosteuer jüngeren Instruments Emissionshandel sprechen viele gute Gründe. Etwa der, dass dieses Instrument anders als die fiskalische Ökosteuer durch keine EU-Einstimmigkeitsklausel blockiert wird. Auch seine internationale Dimension und die Adaption durch das Kiotoabkommen begünstigen den Emissionshandel. Wenn die Emissionsrechte dann auch noch schrittweise versteigert statt verschenkt werden, können auch Ökosteuerfreunde

mit diesem Instrument bestens leben.

Fazit: Auch die Ökosteuer kann mit einer Renaissance rechnen, wenn auch nicht unmittelbar. Spätestens aber dann, wenn andere Instrumente an ihre Grenzen stoßen und die Kiotoziele weiter verfehlt werden. Auf Dauer kann keine Gesellschaft auf das effizienteste aller Umweltinstrumente verzichten können.

http://www.boell.de/downloads/boell_thema/boell_thema_01_2007.pdf

Venture Capital Magazin interviewt Dr. Anselm Görres

Der Vorsitzende des Fördervereins Ökologische Steuerreform, Dr. Anselm Görres, gab der Finanz- und Investmentzeitschrift VentureCapital Magazine im April 2007 folgendes ein Interview. Dieses steht unter folgendem Link zum Download bereit:

http://www.foes.de/de/downloads/OESN42/2007-03-21_VentureCapitalMagazin_Interview%20AGoe.PDF

FÖS tritt Klima-Allianz bei

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Die Klima-Allianz hat einen Appell an die Bundesregierung gerichtet. Gefordert werden u.a. konkrete Maßnahmen und verbindliche Ziele zum Klimaschutz und insbesondere zur Reduktion der Treibhausgase.

Der FÖS ist Mitglied der Klima-Allianz, einem Zusammenschluss verschiedener NGOs, die das gemeinsame Ziel des Umweltschutzes verbindet. Das Mitgliederspektrum reicht von Attac bis zum Alpenverein und vom BUND bis zu Brot-für-die-Welt. Insgesamt repräsentiert die Klima-Allianz 10 Millionen Menschen!

Den Appell finden sie unter folgendem Link:

<http://www.die-klima-allianz.de>

5. ÖKOSTEUER

Gabriel droht im Klima-Streit mit Ökosteuer

[*Netzzeitung.de*, 28.06.2007] Umweltminister Gabriel wirft den Stromkonzernen Blockadepolitik im Klimaschutz vor. Damit gefährdeten sie die Sonderbehandlung der energieintensiven Industrien bei der Ökosteuer.

Kurz vor dem Energiegipfel im Kanzleramt bleibt Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) auf Konfrontationskurs gegenüber den Stromkonzernen. In der «Frankfurter Rundschau» warf er ihnen eine Blockadepolitik vor. Die Unternehmen «gefährden mit ihrer unverhohlenen Opposition gegen wirksame Klimaschutzmaßnahmen die Befreiung der stromintensiven Industrie von der Ökosteuer, die unter strengen Auflagen von der EU-Kommission genehmigt wurde», drohte Gabriel.

Gabriel bezog sich damit auf eine Sonderbehandlung des produzierenden Gewerbes, für die sich die Bundesregierung in Brüssel stark gemacht hatte. Danach müssen energieintensive Unternehmen weniger Energiesteuern zahlen, wenn im Gegenzug die deutsche Wirtschaft Klimaschutzvereinbarungen erfüllt. Bei den jetzt gefährdeten Vergünstigungen gehe es «immerhin um rund zwei Milliarden Euro pro Jahr», sagte Gabriel.

Führende deutsche Stromkonzerne hatten Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ein Ultimatum gestellt: Der Energiegipfel am 3. Juli könne nur dann «gerettet» werden, wenn die Branche Gelegenheit bekomme, ihre massiven Bedenken gegen den aktuellen Kurs der Bundesregierung vorzubringen, sagte der Vorstandsvorsitzende von Eon, Wulf Bernotat, am Mittwoch. Dazu sagte Gabriel: «Es gibt kein Zurück hinter die Klimaschutzbeschlüsse der EU-Staats- und Regierungschefs und der Bundesregierung.»

Bereits an diesem Freitag wollen sich Merkel und Gabriel sowie Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) und Kanzleramtsminister Thomas de Maizière (CDU) treffen, um die Strategie für den Energiegipfel abzustimmen. Aus Koalitionskreisen hieß es, verschiedene Szenarien seien erarbeitet worden, die zur Feinabstimmung gebracht würden. Damit solle erreicht werden, dass die Re-

gierung trotz Differenzen zwischen Glos und Gabriel etwa bei der Atomenergie oder erneuerbaren Energien mit einer Stimme spreche.

Glos schrieb in einem Beitrag für das «Handelsblatt», er halte nichts von langfristigen energiepolitischen Planungen. «Wir brauchen keine energiepolitische Planwirtschaft.» Allerdings zeigten die für den Gipfel errechneten Szenarien, welche Vorteile längere Laufzeiten von Atomkraftwerken hätten. «Das würde zu günstigeren Strompreisen und zu 40 bis 60 Millionen niedrigeren CO₂-Emissionen führen.» Deshalb dürfe man nicht so tun, «als sei der Kernenergieausstieg unumkehrbar».

Derweil warnte der Präsident der Bundesnetzagentur, Matthias Kurth, vor einer Gefahr für die Stromversorgung durch fehlende Kraftwerksneubauten. Weder der Bau konventioneller Kraftwerke noch der Ausbau der Netze kämen im notwendigen Umfang voran, zitierte die «Financial Times Deutschland» aus einem Schreiben Kurths. «Dies könnte die Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa erheblich tangieren», wurde der Netzagentur-Chef weiter zitiert.

Nach Einschätzung der Bundesnetzagentur würden die Zusagen der Stromwirtschaft für erhebliche Investitionen in neue Kraftwerke nicht eingehalten, hieß es in dem Bericht weiter. So habe der Verband VDEW für die Zeit von 2007 bis 2012 Kraftwerksprojekte mit einem Volumen von rund 30.000 Megawatt gemeldet. Konkrete Bauentschlüsse lägen nach Auskunft der Unternehmen allerdings erst für 10.000 Megawatt vor.

Deshalb sei heute schon absehbar, «dass die von der Elektrizitätswirtschaft bis 2012 konkret in Aussicht gestellten 20.000 Megawatt erheblich verfehlt werden», wurde Kurth weiter zitiert. Anlass zur Besorgnis gäben auch die Verzögerungen beim Bau neuer Stromleitungen.

Neue Ökosteuerreformen in Irland, Finnland und Tschechien

[Christian Meyer, FÖS] Seit den Parlamentswahlen im Frühjahr 2007 sind sowohl in Irland als auch in Finnland neue Regierungskoalitionen entstanden. In beiden Ländern kam es zu so genannten „schwarz-grünen“ Regierungsbündnissen. Fester Bestandteil der Vereinbarungen ist in beiden

Ländern auch eine Ökologische Steuerreform. So erreichten die Grünen in Irland im Koalitionsvertrag die Einführung einer CO₂-Steuer, die Förderung Erneuerbarer Energien und die Zusage, dass Irland künftig seinen Schadstoffausstoß um drei Prozent pro Jahr senkt. Wer die aktuellen CO₂-Bilanzen zu Irland kennt, weiß dass dies ein gewaltiges Umsteuern wäre...

<http://www.tagesspiegel.de/politik/:art771,2323132>

Ebenso wurde in Finnland im Koalitionsvertrag eine „Erhöhung der Umweltsteuern“ zwischen Konservativen und Grünen vereinbart. Es wird mit Spannung zu beobachten sein, wie diese jeweiligen Ankündigungen der Regierungen in der Praxis umgesetzt werden.

http://www.europeangreens.org/cms/default/dok/179/179027.egp_spokespersons_congratulate_finns_g@en.htm

<http://web.eduskunta.fi/Resource.phx/parliament/parliamentarygroups/greenpartyparliamentarygroup.htm>

Wie wir schon in der letzten Ausgabe berichtet hatten wird in Tschechien von unserem FÖS-Beiratsmitglied und jetzigen tschechischen Umweltminister Martin Bursik ebenfalls eine Ökologische Steuerreform in einer schwarz-grünen Koalition umgesetzt. Die erste Phase der Ökologischen Steuerreform wird mit der Umsetzung der EU-Energiesteuerrichtlinie im Januar 2008 zu einem Anstieg der Kohlepreise um 10 Prozent führen. <http://www.radio.cz/de/nachrichten/88229>

Auch das deutsche Umweltministerium begleitet den Prozess:

<http://www.tschechien-online.org/news/8684-deutsch-tschechische-umweltkommission/>

Weitere Schritte sind in den Verhandlungen

http://launch.praguemonitor.com/en/90/czech_national_news/6909/

Bundesumweltminister Gabriel bringt Ökologische Steuerreform ins Gespräch

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Wie die Financial Times Deutschland am 26.03.2007 berichtet, fordert Bundesumweltminister Sigmar Gabriel eine provokativere Positionierung der SPD bei Umweltthemen wie dem Emissionshandel oder den erneu-

erbaren Energien. Des Weiteren scheint Gabriel an einer Ökologischen Steuerreform Gefallen gefunden zu haben. Er wird mit den Worten zitiert: „Warum besteuern wir Dinge die wir gut finden, wie Einkommen oder Unternehmen, und nicht Dinge die wir schlecht finden, wie Emissionen und hohen Energieverbrauch?“ Die Frage nach einer neuen ökologischen Steuerreform müsse gestellt werden.

<http://www.foes.de/de/downloads/OESN42/dialog.pdf>

Renaissance für die Ökosteuer-Idee

[Joachim Wille, Frankfurter Rundschau vom 21.03.2007] Die EU-Kommission macht sich für eine Ökologisierung des Steuersystems stark. Energie soll teurer werden, im Gegenzug sollen die Kosten der Arbeit sinken.

EU-Steuerkommissar Laszlo Kovacs sprach sich in Brüssel für eine höhere Besteuerung von Energie und anderen Umweltfaktoren aus, weil dies ein doppelte Dividende verspreche: Hilfe beim Klimaschutz und durch Verbilligung des Faktors Arbeit ein Beitrag zur höheren Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft im Weltmarkt. Eine ökologische Steuerreform sei in der Lage, die 500 Millionen Konsumenten in der Europäischen Union zu einer effizienteren Nutzung der Ressourcen zu bewegen, wobei das Aufkommen aber komplett wieder in die Ökonomie zurückfließe.

Kovacs sieht aktuell eine neue Chance, das Thema Ökosteuern voranzubringen. Angesichts des Klimawandels seien Umweltsteuern jene Steuern, "die die Bürger am ehesten akzeptieren, da sie wissen, dass die Zukunft der Menschheit auf dem Spiel steht". Auch die Regierungen seien inzwischen eher bereit, Umweltverschmutzung und Verbrauch stärker zu besteuern und dafür die Arbeit weniger zu belasten.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD), der in Brüssel nach Kovacs auf einer Tagung zum Thema grüne Steuern sprach, sagte: "Die Bereitschaft, für den Klimaschutz zu bezahlen, hat sich erhöht." Als deutsches Beispiel für eine stärkere Ökologisierung des Steuersystems nannte er die geplante Umstellung der Kfz-Steuer, die künftig nicht mehr nach Hubraum, sondern nach dem Kohlendioxid-Ausstoß berechnet werden soll.

Kovacs verteidigte die jüngst von der Kommission vorgeschlagene Anhebung des Mindestsatzes für Dieselsteuern, weil auch dies der Umwelt helfe. Tausende Kilometer Lkw-Fahrten in Billigsprit-Länder wie Luxemburg könnten so eingespart werden, was den CO₂-Ausstoß senke. Ausdrücklich verwies er darauf, dass eine solche Regelung auch dem deutschen Staatshaushalt zugutekommen würde. Grund: Das Ausweichen der Lkw-Fahrer auf Tankstellen in Nachbarländer würde sich weniger lohnen. In Deutschland liegen die Diesel-Steuern bereits über den vorgeschlagenen Mindestsätzen, sie würden nicht weiter erhöht.

Konkreteres über die EU-Ideen zur Ökosteuer-Reform werden in einem "Green Paper" zu finden sein, das die Kommission nächste Woche veröffentlichen will.

Beobachter zeigten sich aber beeindruckt davon, wie offensiv Kovacs und sein Umweltkollege Stavros Dimas das Thema Ökosteuer inzwischen behandelten. "Das ist ein neuer Ton", sagte der Vorsitzende des Fördervereins Ökologische Steuerreform, Anselm Görres, der FR.

Gabriel: Wir brauchen eine ehrgeizige Klimapolitik

[Bundesumweltministerium, Pressedienst, 06.04.2007] Der Zwischenstaatliche Ausschuss zu globalen Klimaänderungen (IPCC) hat heute in Brüssel einen neuen Bericht vorgestellt. Dazu erklärt Bundesumweltminister Sigmar Gabriel:

„Die internationale Klimaforschung kann heute mit hoher Zuverlässigkeit Folgen der vom Menschen verursachten Klimaänderungen in allen Regionen der Welt feststellen. Das ist ein erheblicher Fortschritt gegenüber dem letzten Sachstandsbericht. Der Bericht macht deutlich: Je stärker sich das Klima ändert, desto schwerwiegender sind die Folgen für Mensch und Umwelt. Sie sind aber weniger folgenschwer, je früher und entschiedener Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen ergriffen werden. Trotz der Versuche der Delegationen aus Saudi-Arabien, China, den USA und Russland, den Bericht in einigen Passagen abzuschwächen, ist es gelungen, die substantiellen Aussagen zu den dramatischen Folgen der Klimaänderungen zu erhalten.“

Der neue Bericht bestätigt, dass eine ehrgeizige Klimaschutzpolitik notwendig ist. Die Bundesregierung nutzt die derzeitigen EU- und G8-Präsidentschaften dazu, die führende Rolle der EU weiter zu entwickeln. In diesem Jahr müssen wir entscheidende Weichen für ein multilaterales Klimaschutzregime für die Zeit nach 2012 stellen, um eine globale Erwärmung um mehr als 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten zu verhindern. Entscheidende Signale zur Fortentwicklung der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls hat der Europäische Rat am 9. März gesetzt: Die EU wird bis 2020, bezogen auf das Jahr 1990, die Emissionen der Treibhausgase um 30 Prozent reduzieren unter der Voraussetzung, dass andere Industrieländer vergleichbare Anstrengungen unternehmen und auch Schwellenländer einen Beitrag leisten, der ihren Möglichkeiten entspricht. Unabhängig vom Verlauf der internationalen Verhandlungen und unabhängig von Verpflichtungen anderer Länder will die EU die Treibhausgase bis 2020 um mindestens 20 Prozent vermindern. Europa hat hierzu Klimaschutz und Energiepolitik in einem integrierten Konzept zusammengeführt. Auch auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm wird Klimaschutz zum Top-Thema.

Der neue IPCC-Bericht stellt auch die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen heraus, da der Klimawandel bereits jetzt, auch bei uns, Realität ist und aufgrund von immer mehr extremen Ereignissen wie Hitzewellen und Starkniederschlägen zu zunehmenden Schäden führt. In Europa ist mit erheblichen Folgen für viele ökonomische Sektoren sowie für die menschliche Gesundheit und die Ökosysteme zu rechnen. Allerdings kann sich selbst ein Land wie die Niederlande im Extremfall eines Abbruchs des Westantarktischen Eisschildes nicht schützen. Anpassung kann Anstrengungen zum Klimaschutz nicht ersetzen.“

Hintergrund: Der IPCC stellt in seinen Berichten im Auftrag der Vereinten Nationen die aktuellen wissenschaftlichen Grundlagen der Klimaänderungen im Konsens der internationalen Forschung fest. Der jetzt verabschiedete Bericht zu den Folgen der Klimaänderungen und zu Anpassung ist der zweite von drei Teilbänden des vierten IPCC-Sachstandsberichtes. An dem Bericht wirkten Hunderte von Wissenschaftlern aus 65 Staaten

mit, darunter etwa 20 Forscher aus Deutschland. Zu den Folgen eines ungebremsten Klimawandels, die der Bericht aufzeigt, gehören:

- Hunderte von Millionen von Menschen würden zusätzlich unter Wassermangel leiden.
- Millionen Menschen würden gesundheitlich von der globalen Erwärmung betroffen sein – insbesondere in Regionen mit geringer Anpassungsfähigkeit.
- Es werden mehr Todesfälle, Krankheiten und Verletzungen durch Hitzewellen, Überschwemmungen, Stürme, Brände und Dürren erwartet.
- 20-30% der weltweiten Arten würden wahrscheinlich bei einer globalen Erwärmung von 2-3 C über vorindustriellen Werten vom Aussterben bedroht sein.
- In einigen Regionen würden Auswirkungen besonders spürbar sein, z. B. in der Arktis, in Afrika – dort vor allem im südlichen Teil –, auf kleinen Inseln und in ausgedehnten und stark bevölkerten asiatischen Mündungsgebieten.

Der dritte Teilband beschäftigt sich mit den Handlungsoptionen zur Minderung von Treibhausgasemissionen. Seine Veröffentlichung ist für den 4. Mai 2007 geplant.

Hinweis: Eine Kurzzusammenfassung des IPCC-Berichtes (in Deutsch und Englisch) kann im Internet (www.bmu.de) abgerufen werden.

Rasen für die Grundsicherung

[Bernward Janzing, taz vom 22.01.2007] Machen wir ein Gedankenexperiment. Der Liter Sprit wird 10 Cent teurer, der Liter Heizöl und der Kubikmeter Erdgas auch. Der Preis einer Kilowattstunde Strom steigt um 1 Cent, und der Preis einer Tonne Kerosin um 100 Euro. Und weil Umweltverbrauch nicht nur im Energiesektor stattfindet, wird auch eine Abgabe auf Flächenverbrauch erhoben - sagen wir mal: 5 Euro pro Quadratmeter.

Abzocke? Halt! Dieses viele Geld versickert nicht in den öffentlichen Haushalten. Es kommt in einen großen Topf, und der ist zum Jahresende prall gefüllt: Gut 5 Milliarden Euro aus der Spritsteuer, 3 Milliarden vom Heizöl, 4,5 Milliarden vom Erdgas, 5,5 Milliarden vom Strom, 700 Millionen vom Kerosin und 2 Milliarden aus der Flächenabgabe. Macht rund 20 Milliarden Euro, die den

Bürgern gehören - und deswegen komplett an sie zurückfließen. Die Rückzahlung geschieht nun pro Kopf, vom Baby bis zum Greis. 20 Milliarden auf 82 Millionen Bürger verteilt, das sind rund 250 Euro jährlich für jeden.

Warum nun das Ganze? Es ist nicht nur die Neuauflage der Ökosteuer, es ist zugleich die erste Stufe eines Grundeinkommens. Denn wir verknüpfen das in jüngster Zeit viel diskutierte Instrument der sozialen Absicherung mit dem ökologischen Umbau der Wirtschaft. Die Vorteile für beide Modelle sind bestechend: Erstens haben wir endlich ein konkretes Finanzierungsinstrument geschaffen - und damit ein Problem gelöst, um das sich mancher Protagonist des Grundeinkommens bislang herum mogelt. Zweitens beseitigen wir das Hauptproblem der bisherigen Ökosteuer: Weil der Rückfluss der Einnahmen an die Bürger schwer vermittelbar war, hatte sie stets Akzeptanzprobleme. Ein regelmäßig eintreffender Scheck wird gleich viel mehr Begeisterung für die Ökosteuer hervorrufen.

Zudem ist dieses Modell über alle sozialpolitischen Zweifel erhaben. Denn durch die Ausschüttung pro Kopf profitieren vor allem Familien und ärmere Menschen - denn sie zahlen weniger ein, als sie schließlich erstattet bekommen. Das lässt sich leicht kalkulieren, zum Beispiel beim Benzin: Allein aus der Benzinsteuern ergibt sich nach heutigen Daten eine Ausschüttung von 62 Euro pro Kopf jährlich. Wer nun 620 Liter Sprit im Jahr verbraucht, für den ist das ein Nullsummenspiel. Wer aber weniger Treibstoff verbrennt, und das sind vor allem ärmere Menschen, der profitiert durch höhere Kaufkraft. Und da das Geld wie gesagt pro Kopf ausgezahlt wird, kann eine vierköpfige Familie fast 2.500 Liter Sprit im Jahr verbrauchen, ohne in der Gesamtbilanz zusätzlich belastet zu werden. Das ist eine Tankfüllung jede Woche.

Natürlich verteuern höhere Energiekosten auch all jene Produkte, die unter hohem Energieeinsatz gefertigt werden. Doch die Logik des Modells garantiert, dass in der Gesamtbilanz immer jene an Kaufkraft gewinnen, die weniger konsumieren als der Durchschnittsbürger. Beim Haushaltsstrom profitiert, wer weniger als 1.500 Kilowattstunden pro Kopf jährlich verbraucht, beim Kerosin liegt die Schwelle bei etwa einem Flug pro Jahr. Wer

arm ist und gar nicht fliegt, ist folglich der größte Gewinner. Es zahlt hingegen drauf, wer häufig in die Luft geht, und der gehört naturgemäß nicht zu den Bedürftigen.

Nicht nur sozialpolitisch, auch arbeitsmarktpolitisch ist das System attraktiv: Maschinen tragen plötzlich zur Finanzierung des Sozialstaats bei. Jede Kilowattstunde, die ein Industrieroboter verbraucht, liefert schließlich ein Stück Grundeinkommen. Gegenüber der Mehrwertsteuer hat die Ökosteuer den Vorteil, dass sie menschliche Arbeit, also Dienstleistungen, nicht belastet - das schafft Arbeitsplätze.

Nun reichen natürlich 250 Euro pro Jahr als Grundeinkommen nicht aus. Doch ist dies ja auch nur der erste Schritt. Wie bei der Ökosteuer wird die Abgabe in jährlichen Schritten erhöht. Nach 20 Jahren sind wir dann bei rund 5.000 Euro im Jahr oder gut 400 Euro im Monat, die als Grundeinkommen an alle zu verteilen sind.

Natürlich haben Sie gemerkt: Das Ganze ist eine Milchmädchenrechnung geworden. Denn wir gehen bisher davon aus, dass der Umweltverbrauch trotz der steigenden Abgaben unverändert hoch bleibt - aber er würde natürlich tendenziell sinken. Das ist, nebenbei bemerkt, gewollt. Denn unser Gedankenmodell propagiert ja nicht allein ein Grundeinkommen, sondern ist zugleich auch ein Umweltprogramm. In der Schweiz ist für solche (zugegeben: moderateren) Modelle übrigens das schöne Wort Lenkungsabgabe sehr populär.

Das Problem liegt nun darin, dass sich der Einspareffekt, den Ökonomen als die "Preiselastizität der Nachfrage" bezeichnen, nicht beziffern lässt. Sicher ist nur, dass die Verbraucher ihre Konsumgewohnheiten ändern werden, wenn Umweltverbrauch verteuert wird. Über die Höhe der langfristigen Einnahmen kann man also nur spekulieren: Sind nach 20 Jahren womöglich nur 3.000 statt 5.000 Euro pro Kopf zu verteilen, weil die Menschen ihre Häuser gedämmt haben, weil sie öfter Bahn statt Auto fahren und weil sie weniger fliegen?

Keiner weiß es. Und deswegen handelt es sich bisher um ein Gedankenspiel und kein fertiges Konzept für Jahrzehnte. Das Projekt muss langsam wachsen und stetig nachjustiert werden - zum Beispiel durch weitere Einnahmequellen. So wäre auch eine Ökosteuer auf Atombrennstäbe denkbar.

Die Versteigerung der Emissionsrechte für Kohlendioxid könnte Milliarden bringen; derzeit bekommen sie die Firmen in Deutschland geschenkt. Man könnte auch - um die sozialen Aspekte überproportional zu betonen - eine Art Luxussteuer in das System aufnehmen. Dann würden zum Beispiel Luxusprodukte wie der Luftverkehr noch stärker belastet. Wichtig ist, dass bei allen Nachbesserungen der Grundgedanke niemals in Frage gestellt wird: Umweltverbrauch finanziert Grundeinkommen.

Denn das Projekt lebt von seiner Verlässlichkeit. Ein Hausbesitzer zum Beispiel, der seine Immobilie wärmedämmt, möchte sicher sein, dass sich das tatsächlich lohnt; also braucht er die Garantie, dass Energie teuer bleibt. Ohnehin müssen die Einnahmen jährlich wachsen, wenn die Ausschüttung eines Tages tatsächlich die Rolle eines Grundeinkommens übernehmen soll. Mit Kleinkram wie die bisherige Ökosteuer wird man nicht weit kommen.

Getrennt betrachtet werden sowohl das Grundeinkommen wie eine wirksame Ökosteuer Fiktion bleiben. Das Grundeinkommen allein ist unfinanzierbar, während die Ökosteuer ohne die Ausschüttungen an Akzeptanzproblemen scheitern wird. Beide Instrumente zusammen jedoch sind ideale Partner - denn beide können nicht schlagartig eingeführt werden, sondern müssen langsam wachsen. "Revolutionär denken, evolutionär umsetzen", sagt gern der Wortführer des Grundeinkommens und Chef der Drogeriemarktkette dm, Götz Werner. Ein Satz, der für die Ökosteuer gleichermaßen gilt.

Gabriel will einen Öko-Pakt für Europa

[*Tarik Ahmia, taz vom 15.05.07*] Die "Dritte Industrielle Revolution" steht vor der Tür, wenn man Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) glauben kann. "Statt Ökonomie und Ökologie gegeneinander auszuspielen, muss verstanden werden, welche Potenziale ein ökologischer Strukturwandel hat", sagte Gabriel gestern auf einer Konferenz zu Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung in Berlin.

Um diesem Prozess im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft neue Impulse zu geben, will Gabriel Anfang Juni auf dem Informellen Rat

der Europäischen Umweltminister sein Memorandum für eine "ökologische Industriepolitik" zur Diskussion stellen. Gabriel hatte das Dokument bereits im vergangenen Oktober vorgelegt. Es soll einen Paradigmenwechsel einleiten: Herzstück des "New Deal" zwischen Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung ist die Energie- und Ressourceneffizienz. Die "ökologische Industriepolitik" soll helfen, ein ökonomisches Wachstum sicherzustellen, das nicht auf Kosten der Umwelt geht. Entscheidende Faktoren dabei sind laut Gabriel technische Innovation - und eine unterstützende Regulierung. "Der Markt allein ist nicht in der Lage, diese Herausforderung zu meistern", sagte der Minister. "Wir müssen daran arbeiten, den marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen zu optimieren."

Ein Beispiel dafür ist die laufende Debatte über eine europaweite ökologische Steuerreform. Die Europäische Kommission hat bereits Ende März ein Grünbuch veröffentlicht, in dem sie vor allem marktbasierende Instrumente zur Förderung einer umweltfreundlicheren Industriepolitik vorstellt. "Sie sollen dazu führen, dass Umweltschäden von den Verursachern bezahlt werden", sagte Timo Makela von der Europäischen Kommission. Das heißt: Umweltkosten sollen Bestandteil der Preise werden.

Beispiele auf nationaler Ebene gibt es dafür schon in vielen Ländern: Dänemark verlangt eine Verpackungssteuer, Irland hat eine Steuer auf Plastiktüten eingeführt, und in den Niederlanden gibt es ein Handelssystem, das die Emission von Stickstoffoxiden verringern soll. "Die marktbasierenden Instrumente sollen gesetzliche Regulierungsinstrumente jedoch nur ergänzen, nicht ersetzen", sagte Makela. Ziel der Kommission ist es, europaweite Standards für eine umweltfreundlichere Industriepolitik zu vereinbaren.

Der Weg dazu dürfte allerdings noch sehr weit sein: Für verbindliche Absprachen bei Steuergesetzen ist die Zustimmung aller 27 EU-Mitgliedsländer erforderlich. Die Diskussion soll noch bis Ende Juli fortgesetzt werden.

Umweltverbände begrüßen die Initiativen prinzipiell, kritisieren jedoch ihren unverbindlichen Charakter. "Gabriel sagt in seinem New Deal nichts über konkrete Ziele oder Zeitpläne", sagte Mikael Karlsson, Präsident des Europäischen Umweltbüros. Noch am Wochenende hatte Gab-

riel in New York die Abschlusserklärung einer UN-Konferenz zur Nachhaltigkeit platzen lassen. Grund: "Das Dokument enthält keine konkreten Maßnahmen zum Klimaschutz", so Gabriel.

Loske fordert weitere Verteuerung der Energie

[ddp, 25.6.2007] Der Grünen-Bundestags-abgeordnete und designierte Umweltsenator von Bremen Reinhard Loske fordert eine Weiterführung der Ökosteuer. Die Grundidee, Energie allmählich zu verteuern, sei weiterhin richtig, sagte Loske der «Frankfurter Rundschau». Das Aufkommen daraus solle aber nicht wie bisher bei der von SPD und Grünen eingeführten Ökosteuer in die Rentenkasse fließen, sondern in Form eines «Öko-Bonus» in gleicher Höhe an jeden Bürger zurückgegeben werden.

Die Grundidee, Energie allmählich zu verteuern, sei weiterhin richtig, sagte Loske der «Frankfurter Rundschau». Das Aufkommen daraus solle aber nicht wie bisher bei der von SPD und Grünen eingeführten Ökosteuer in die Rentenkasse fließen, sondern in Form eines «Öko-Bonus» in gleicher Höhe an jeden Bürger zurückgegeben werden. «Das hätte auch eine positive soziale Verteilungswirkung. Wer viel Energie verbraucht, müsste viel zahlen. Wer ein niedriges Einkommen hat und wenig verbraucht, bekommt relativ viel zurück», sagte Loske. Die Umweltfrage müsse mit der sozialen Frage verknüpft werden. Der Grünen-Politiker kritisierte die Klimapolitik der Bundesregierung. Worte und Taten klafften weit auseinander. «Schwarz-Rot beschließt anspruchsvolle Klimaziele, setzt aber Anreize für neue Kohlekraftwerke, die dann 50 Jahre am Netz bleiben. Das ist paradox», sagte Loske. Zudem schon die große Koalition die Autoindustrie bei den Kohlendioxidgrenzwerten. Loske kündigte an, er wolle Bremen zum deutschen Kompetenzzentrum für Klimaschutz und erneuerbare Energien machen und Alternativen zum Bau des dort geplanten Kohlekraftwerks entwickeln lassen.

Studie zum New Deal

Eine Studie des Deutschen Naturschutzrings analysiert das BMU-Papier "Ökologische Industriepolitik – Memorandum für einen 'New Deal' von

Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung" und stellt die Frage, was konkret in Europa geschehen müsste, um etwas von dem umzusetzen, was Umweltminister Gabriel in dem BMU-Papier beschreibt.

Ökologische Industriepolitik - Die Herausforderung in Europa; Deutscher Naturschutzring, Mai 2007, Berlin

http://www.eu-kordinati-on.de/PDF/Rocholl_OekologischeIndustriepolitik.pdf

Sarkozy will europäische Ökosteuer

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Der neu gewählte französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy schlägt in seinem Entwurf für eine reformierte EU-Verfassung eine europaweit einheitliche Ökosteuer vor. Insbesondere Produkte aus Staaten, die das Kyoto-Protokoll nicht respektieren, sollen besonders besteuert werden. Energiearm hergestellte Produkte sollen dagegen steuerlich entlastet werden.

http://www.europolitan.de/cms/?s=ep_tagesmeldungen&mtid=6866

Ehemaliger US-Finanzminister für CO₂-Steuer und gegen Emissionshandel

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Der ehemalige US-Finanzminister Summers spricht sich in einem Beitrag für die Financial Times Deutschland für eine CO₂- oder eine Benzinsteuern und gegen den Emissionshandel aus. Summers befürchtet, dass der Emissionshandel es den Regierungen nicht ermöglicht, direkt auf eine Reduzierung der Emissionen Einfluss zu nehmen. Zudem würde Verschmutzung einfach in andere Regionen ausgelagert und die Emissionen weltweit nach Bedarf verschoben. CO₂-Steuern stellen laut Summers ein geeignetes Mittel für die Regierungen dar, um die Emissionen tatsächlich zu senken.

Zudem plädiert Summers für eine breit angelegte Forschungsoffensive für mehr Energieeffizienz sowie den Ausbau der erneuerbaren Energien. Des Weiteren spricht er sich gegen die Festlegung von Reduktionszielen über einen längeren Zeitraum aus, da sie angeblich nicht realistisch sind und nicht umgesetzt werden können.

<http://www.ftd.de/meinung/kommentare/:Gastko-mmen-tar%20Kleine%20Schritte%20Klimaziel/209949.html>

BILD weiter gegen Ökosteuern

[welt.de, 01.06.2007] Nachdem die BILD-Zeitung jahrelang gegen Fortschritte in der Umweltpolitik gekämpft hat, startete sie nun eine Klimakampagne mit den Umweltverbänden. Trotzdem bleibt sie bei ihrer Ablehnung der Ökologischen Steuerreform. Dazu diskutieren "Bild"-Chefredakteur Kai Diekmann und Grünen-Vorsitzender Reinhard Bütikofer in der welt:

http://www.welt.de/politik/deutschland/article912246/Die_Oekosteuer_hat_mit_Oeko_nichts_zu_tun.html

ADAC fordert CO₂-Kfz-Steuer

[ADAC, Autohaus-Online, 10.05.2007] In der Diskussion um einen besseren Klimaschutz fordert der größte Automobilclub Europas, der ADAC, eine Änderung der Kraftfahrzeugsteuer. Die Kfz-Steuer müsse sich künftig am Ausstoß des Treibhausgases Kohlenstoffdioxid (CO₂) orientieren, sagte ADAC-Präsident Peter Meyer am Donnerstag in Freiburg. Fahrzeuge, die durch einen hohen CO₂-Wert das Klima belasten, sollten höher besteuert werden. Dies gelte beispielsweise für Geländewagen und Modelle der Oberklasse. Im Gegenzug sollten Autos, die wenig CO₂ verursachen, steuerlich begünstigt werden.

"Wenn es der Staat mit dem Klimaschutz ernst meint, dann muss er finanzielle Anreize schaffen", sagte Meyer. Die vom ADAC vorgeschlagene Änderung der Kfz-Steuer könne bis Ende 2009 in Kraft treten. Die neue Steuer dürfe aber nur für Neuwagen gelten. Für Autos, die bereits im Verkehr sind, müsse Bestandsschutz bestehen. Sie sollten wie bisher besteuert werden.

Ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen lehnt der ADAC ab. Daran ändere auch die derzeitige Klimaschutzdebatte nichts, sagte Meyer. Der Klimaschutz, der durch eine Geschwindigkeitsbeschränkung erreicht werde, sei äußerst gering. Die Forderung nach einem Tempolimit gehe in die falsche Richtung.

"Der Autoverkehr hat einen weitaus geringeren Anteil an der Erderwärmung als es von manchen in der Öffentlichkeit dargestellt wird", sagte Meyer. Die Industrie verursache deutlich mehr Treibhausgase. Auch sie müsse sich daher am Klimaschutz beteiligen.

Exxon Mobil würde CO₂-Steuer bevorzugen

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Gegenüber der australischen Regierung hat sich der weltweit agierende US-amerikanische Ölkonzern Exxon Mobil für die Einführung einer CO₂-Steuer und gegen einen Emissionshandel ausgesprochen, sollte man die Emissionen gesetzlich begrenzen wollen.

Hintergrund dieses Vorstoßes dürfte sein, dass sich der Konzern von einer CO₂-Steuer eine höhere Stabilität und Berechenbarkeit seiner Kosten erhofft.

Möglich ist aber auch, dass es sich um ein kalkuliertes politisches Manöver handelt, denn ein Emissionshandel wäre politisch deutlich leichter durchzusetzen als eine neue Steuer. Ziel des Konzerns könnte sein, dass schließlich weder CO₂-Steuer noch Emissionshandel tatsächlich eingeführt werden.

<http://www.pointcarbon.com/Home/News/All%20news/Corporate/article21307-474.html>

6. EMISSIONSHANDEL

Gute Analyse der Deutschen Bank zum Emissionshandel

[Christian Meyer, FÖS] Eric Heymann von der DB Research untersucht in einem sehr lesenswerten Papier die Erfahrungen mit den ersten zwei Jahren des Emissionshandel. Er begrüßt das Instrument grundsätzlich, weist auf die Kinderkrankheiten hin und kommt zu zwei zentralen Forderungen. Erstens müssen die Mengen weiter verknappt werden, damit ein echter Handel und Anreize zum Klimaschutz entstehen können, zweitens ist die Komplettversteigerung der Zertifikate der richtige Weg. Die Einnahmen sollten in Klimaprojekte, Entwicklungshilfe oder Schulden-

tilgung gesteckt werden. Ein wichtiges Papier für die Klimadebatte:

http://www.dbresearch.com/PROD/DBR_INTER_NET_DE-PROD/PROD000000000205317.pdf

Nur noch Pennies wert

[Bernward Janzing, Nick Reimer, taz vom 02.03.2007] Die Zertifikatspreise für 2007 sind nicht mehr zu retten, aber auch für 2008 gibt es wenig Hoffnung.

Die Situation ist paradox: Während einerseits der Klimawandel immer stärker ins Bewusstsein rückt,

verfallen an den Börsen die Preise der Emissionszertifikate. Umweltverschmutzung wird also immer

billiger. Wer das Recht erwerben will, in diesem Jahr eine Tonne Kohlendioxid in die Luft zu blasen,

bezahlt dafür inzwischen weniger als einen Euro.

Die Ursache ist eindeutig: "Für die erste Handelsperiode 2005 bis 2007 hat es viel zu viele Emissionsrechte gegeben", sagt Nino Turek, Emissionshandelsexperte beim Consultingunternehmen Fichtner in Stuttgart. Damit haben die Akteure ein an sich sehr wirkungsvolles Instrument zumindest im ersten Anlauf an die Wand gefahren.

Mit der Ausgabe der Emissionszertifikate will die EU ihren Verpflichtungen zur Reduktion der Treibhausgase im Rahmen des Kioto-Protokolls nachkommen. Und das funktioniert so: Jeder Betreiber einer Großanlage, die fossile Energien nutzt (Kraftwerke und Fabriken), bekommt ein Kontingent an Emissionsrechten zugeteilt. Bläst der Betreiber mit seiner Anlage nun weniger Schadstoffe in die Atmosphäre, als er Zertifikate besitzt, kann er die überzähligen Rechte verkaufen und damit Einnahmen erzielen. Will er mehr emittieren, muss er hingegen Papiere zukaufen. Der Charme des Verfahrens liegt darin, dass damit die Abgase vermindert werden können und die Reduktion nach ökonomischer Logik jeweils dort erfolgt, wo dies am billigsten machbar ist. Diesen Charme aber haben die Akteure vergiftet.

Erster Akteur war seinerzeit Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne). Sein Entwurf sah 482 Millionen Tonnen vor. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) prognostizierte den Un-

tergang des Abendlandes – und wollte der deutschen Industrie deutlich mehr als 500 Millionen Tonnen genehmigen. Nach Vermittlung von Kanzler Gerhard Schröder reichte Deutschland bei der EU zur Genehmigung einen Plan mit 499 Millionen Tonnen ein. Und den genehmigte die EU auch. Tatsächlich aber stieß die deutsche Industrie 2005 nur 477 Millionen Tonnen des Klimakillers Kohlendioxid aus. Nach Bekanntwerden dieser Zahl rauschte der Preis zum ersten Mal in den Keller. Nachdem der Kurs im Sommer 2005 zeitweise bei 30 Euro gelegen hatte, sind die CO₂-Emissionsrechte mit einem aktuellen Kurs von 90 Cent inzwischen zum Penny-Stock verkommen.

Selbst einen Niedergang bis auf glatt null halten Handelsteilnehmer noch für möglich. Eine Einschätzung, die Rainer Baake von der Deutschen Umwelthilfe teilt: "Am Ende der Handelsperiode haben sich alle Marktteilnehmer mit Zertifikaten eingedeckt. Deshalb sinkt die Nachfrage - und damit der Preis – praktisch auf null." Baake war unter Jürgen Trittin als Staatssekretär für die Gestaltung des Zertifikatehandels verantwortlich. Er sagt: "Die erste Handelsphase war eine Phase des Übens."

Offenbar auch für die Unternehmen: Am Anfang der Periode deckten sie sich mit mehr Zertifikaten ein, als sie tatsächlich benötigten. Entsprechend stieg der Preis auf 30 Euro. Jetzt liegen diese Zertifikate augenscheinlich bleischwer im Depot.

Ein Anreiz für klimaschützende Investitionen und zum Energiesparen ist damit kaum gegeben. Branchenkenner wissen aus Erfahrung, dass Unternehmen erst bei einem Preis von 25 bis 30 Euro je Tonne Kohlendioxid in nennenswertem Maße beginnen, in bessere Technik zu investieren.

Die Zertifikatspreise für 2007 sind also nicht mehr zu retten, und so richtet sich der Fokus von Klimaschützern zunehmend auf den Kurs der CO₂-Kontingente für 2008 und die folgenden Jahre. Doch auch hier bröckelt der Preis stetig. Noch im April letzten Jahres kostete die Tonne Kohlendioxid, die ab 2008 ausgestoßen wird, 32 Euro. Heute ist die Luftverschmutzung mit 12,90 Euro schon wieder deutlich billiger zu haben - und das ist kein gutes Signal.

Denn der Preis spiegelt die Vermutung der Investoren wider, dass auch in der zweiten Kioto-Periode der Jahre 2008 bis 2012 die Klimaschutz-

Vorgaben der EU ziemlich lasch sein werden.

Der Markt straft damit die Beschwerden von Lobbyisten Lügen, die sich durch das Kioto-Protokoll über Gebühr belastet sehen. So hatte zum Beispiel die deutsche Stahlbranche kürzlich die von der EU-Kommission vorgegebene Zuteilung von Kohlendioxid-Zertifikaten als "absolut inakzeptabel" bezeichnet. Diese Larmoyanz jedenfalls hat der Markt als reinen Bluff entlarvt: Der geringe Preis des Kohlendioxids zeigt längst, dass die Händler den Druck auf die Klimasünder als sehr moderat einschätzen.

Der Handel mit der Umweltverschmutzung – Versteigerung von Emissionsrechten

[*sueddeutsche.de vom 22. Juni 2007*] Die Industrie muss ab 2008 für ihre CO₂-Verschmutzungsrechte zahlen - das hat der Bundestag mit dem neuen Zuteilungsgesetz geregelt. Die Mehreinnahmen sollen dann dem Umweltschutz zugutekommen.

Der Bundestag hat neue Vorgaben für Industrie und Energiekonzerne zum Klimaschutz beschlossen. Im sogenannten Zuteilungsgesetz wird geregelt, welche Anlagen wie viel Verschmutzungsrechte zwischen 2008 und 2012 bekommen.

Erstmals wurde ein teilweiser Verkauf und später eine Versteigerung von Rechten beschlossen, die bislang kostenlos verteilt wurden. Die verteilten und verkauften Rechte werden an der Börse gehandelt. Damit soll es einen Anreiz geben, Anlagen zu modernisieren, um überschüssige Rechte zu verkaufen. Andersrum können fehlende Zertifikate erworben werden. Mit diesem europäischen System sollen die Klimaschutzziele von Kyoto im Jahr 2012 erreicht werden.

Deutschland kann jährlich Rechte für 453 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) an Industrie und Versorger verteilen. Verkehr und Wohnungen, die ebenfalls für Treibhausgas-Ausstoß verantwortlich sind, sind im Emissionshandel nicht einbezogen. Sie haben aber von der EU und dem Bund ebenfalls Vorgaben bekommen.

Die EU erlaubt den Verkauf oder die Versteigerung von bis zu zehn Prozent der Rechte. Der Bundestag beschloss, Zertifikate von knapp neun Prozent oder 40 Millionen Tonnen zunächst zu

verkaufen, später zu versteigern. Umweltminister Sigmar Gabriel hatte sich dagegen lange gewehrt.

Er befürchtete, dass die Preise für die Zertifikate so steigen und - da sie in den Strompreis eingerechnet werden - die Tarife erhöhen.

Allerdings haben die Unternehmen den Börsenpreis der geschenkten Zertifikate bereits in der Vergangenheit eingerechnet. Mit dem Verkauf sollen die Erlöse so vom Staat zumindest teilweise abgeschöpft werden. Den Verkauf wird voraussichtlich die staatliche KfW-Bank organisieren.

Die Kraftwerke der Versorger gelten als Hauptverursacher des Treibhausgasausstoß. Während die übrige Industrie - etwa Chemie, Zement und Stahl - 98,75 der nötigen Zertifikate weiterhin gratis erhält, wird vor allem bei den Stromversorgern gekürzt. Auch die Auktionsmenge wird allein von ihrem Kontingent abgezogen. Sie erhalten nun gratis nur etwa 60 Prozent der nötigen Rechte. Der Rest muss zugekauft oder die Anlagen müssen modernisiert werden.

Der Verkauf der Rechte bringt dem Bund voraussichtlich Milliarden. Derzeit kosten die Rechte an der Börse pro Tonne ungefähr 22 Euro. Dies würde eine Summe von mehr als 4,5 Milliarden Euro brutto bis 2012 ergeben. Das Geld soll in den Haushalt des Umweltministeriums fließen und für den Klimaschutz eingesetzt werden. Da die Unternehmen die Kosten für die Rechte von der Steuer absetzen können, werden die Nettoeinnahmen des Bundes eher bei 2,5 Milliarden Euro liegen. Länder und Gemeinden müssen mit Belastungen bei ihren Steuereinnahmen aus Körperschafts- und Gewerbesteuer rechnen.

Bis zuletzt kämpften Union, die Braunkohleförderländer und Konzerne wie RWE und Vattenfall Europe für mehr Rechte für die Braunkohleanlagen. Braunkohle ist der einzige, heimische subventionsfreie Energieträger. Allerdings stoßen die Anlagen deutlich mehr CO₂ aus als Steinkohle- und Gaskraftwerke aus, brauchen daher auch mehr Rechte. Allerdings sind Vergünstigungen für Braunkohleanlagen geplant.

Pressemitteilung des BMU zur Versteigerung von Emissionsrechten vom 22.06.2007:

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/39570.php

EuropeanEnergyExchange (EEX)

<http://www.eex.de/>

Weitere Informationen zum EU-Emissionshandel finden sich in einer Studie der Deutschen Bank unter:

http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERN_ET_DE-PROD/PROD000000000205317.pdf

Die Versteigerung von Emissionsrechten ist der richtige Weg

[Stephan Kosch, taz vom 06.06.2007] Noch kommen Luftverschmutzer in Deutschland zum Nulltarif davon. Denn bislang wurden die Zertifikate, die Unternehmen zum Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid berechtigen, kostenlos ausgegeben. Doch damit soll bald Schluss sein: Künftig sollen mindestens 10 Prozent aller Zertifikate versteigert werden.

Dass die Energiekonzerne und die großen Stromverbraucher der Industrie dagegen Sturm laufen, wundert nicht. Schließlich kommen rund 900 Millionen Euro Mehrkosten auf die Unternehmen zu, die sich im Zweifel in höheren Strompreisen niederschlagen. Aber: Bereits jetzt fließt der Preis der Zertifikate, die an der Börse gehandelt werden, in die Strompreiskalkulation der Konzerne ein. Insofern würde sich also nichts ändern.

Alle Papiere, die an den Finanzmärkten gehandelt werden, werden bei ihrer Ausgabe mit einem Wert belegt. Das gilt für Aktien, Optionen und Anleihen aller Art. Deshalb wäre es auch ökonomisch konsequent, wenn die Konzerne auch tatsächlich für die von ihnen verschmutzte Luft zahlen müssten - und zwar nicht nur für jede zehnte Tonne, sondern für die gesamte Menge. Schließlich führen die Emissionen zu Klimaschäden und belasten damit die gesamte Volkswirtschaft.

Dass die Strompreise für den Verbraucher weiter steigen, ist nicht zwangsläufig. Schließlich könnte der Staat, der ja einige Milliarden durch die Versteigerung einnimmt, die Stromsteuer senken. Das würde allerdings den energieintensiven Unternehmen nicht zugutekommen, weil sie bereits steuerlich begünstigt werden - und somit Argumente für Werkschließungen liefern.

Deshalb wäre es insgesamt besser, wenn die Milliarden für die Verbesserung der Energieeffizienz in den Unternehmen eingesetzt werden. Sparsa-

mere Motoren, geringerer Rohstoffverbrauch und andere Klimaschutzmaßnahmen können steigende Kosten für Emissionszertifikate ausgleichen. Gleichzeitig würde der noch immer vor sich hin dümpelnde Zertifikatehandel belebt werden. Denn nur was einen Wert hat, wird auch wertgeschätzt.

<http://www.taz.de/dx/2007/06/06/a0221.1/text.ges.1>

Bundesregierung bleibt beim Nein zum Braunkohle-Benchmark

[Bundesumweltministerium, Pressedienst, 13.06.2007] Die Bundesregierung lehnt eine Sonderbehandlung der Braunkohlekraftwerke bei der Ausgabe von CO₂-Emissionszertifikaten weiter ab. Das Bundeskabinett wies auf Vorschlag von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel in seiner heutigen Sitzung eine entsprechende Forderung des Bundesrates zurück.

„Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Emissionshandel stellt sicher, dass wir unsere anspruchsvollen Klimaschutzziele im Zeitraum 2008 bis 2012 auch wirklich erreichen. Eine Bevorzugung der Braunkohle gegenüber anderen Energieträgern ist weder klimapolitisch sinnvoll noch energiepolitisch oder energiewirtschaftlich geboten. Es gibt also keinen Grund für die von den Ländern geforderte Einführung eines eigenen Braunkohle-Benchmarks“, sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

Nach Auffassung der Bundesregierung ist die Einführung eines Braunkohle-Benchmarks sachlich nicht erforderlich, da Braunkohle der kostengünstigste Energieträger zur Stromerzeugung in Deutschland ist. Auch ohne Braunkohle-Benchmark bleibt die Stromerzeugung in Braunkohlekraftwerken wirtschaftlich und grundlastfähig, da diese sehr niedrige Erzeugungskosten haben. Selbst bei hohen Zertifikatpreisen verfügt die Braunkohle über deutliche Kostenvorteile gegenüber Steinkohle und Gas.

Auch anderen systemwidrigen Differenzierungen im Emissionshandel, die derzeit von verschiedenen Seiten gefordert werden, hat das Bundeskabinett eine Absage erteilt. Eine der Grundregeln des Emissionshandels lautet nämlich: „So einfach wie möglich. Differenzierungen mindern die ökologische wie die ökonomische Effizienz!“

Die am Emissionshandel beteiligten Unternehmen müssen ihren Kohlendioxidausstoß zwischen 2008 und 2012 um 57 Millionen Tonnen jährlich gegenüber der ersten Handelsperiode reduzieren. In der noch bis Ende dieses Jahres laufenden Pilotphase des Emissionshandels waren es lediglich 2 Millionen Tonnen pro Jahr.

Tauziehen um Klima-Milliarden

[Timm Krägenow, *Financial Times Deutschland*, 29.05.2007] In der Großen Koalition ist ein Gerangel um die künftigen Milliardenereinnahmen aus dem Klimaschutz ausgebrochen. Im Regierungslager werden drei Verwendungsvorschläge für die Erlöse aus der geplanten Versteigerung von Emissionsrechten diskutiert.

<http://www.ftd.de/politik/international/Tauziehen%20Klima%20Milliarden/205495.html>

Industrie will Erde weiter umsonst heizen

[Richard Rother, *taz* vom 06.06.2007] Wenn Klimapolitik konkret wird, gerät sie schnell in Konflikt mit mächtigen Interessengruppen. Stromwirtschaft und Industrie laufen Sturm gegen die Pläne des Bundestages, künftig einen Teil der Emissionsrechte für das klimaschädliche Kohlendioxid (CO₂) zu versteigern. Bislang gibt der Staat diese Verschmutzungsrechte kostenlos ab. Eine Auktionsierung der CO₂-Emissionsrechte treibe die Strompreise unnötig in die Höhe, kritisierte gestern der Geschäftsführer des Verbandes der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK), Alfred Richmann. Der Verband vertritt die Interessen der energieintensiven Unternehmen verschiedener Branchen, etwa Aluminium-, Glas-, Stahl- oder Zementhersteller.

Der Handel mit Emissionsrechten läuft seit 2005. Industrie und Kraftwerke bekommen eine bestimmte Menge von Verschmutzungsrechten kostenlos zugeteilt. Kommen sie damit nicht aus, müssen sie Emissionsrechte hinzukaufen; sparen sie ein, dürfen sie verkaufen. Dieses bislang wenig wirksame System soll zu einer Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen führen.

2008 beginnt eine neue Handelsperiode für die CO₂-Zertifikate. Dann sollen 10 Prozent der Kohlendioxid-Zertifikate versteigert werden, wie Vertreter von Koalition und Opposition im Bundestag

im Mai betonten. Das Parlament hatte sich dabei erstmals mit dem Zuteilungsplan der Bundesregierung für den Emissionshandel ab 2008 befasst. Dieser begrenzt auch die Menge des Kohlendioxid-Ausstoßes, der für Treibhauseffekt und Erderwärmung verantwortlich ist. Künftig sollen Kraftwerke und Fabriken in Deutschland jährlich noch 453 Millionen Tonnen Kohlendioxid emittieren dürfen, zuletzt lag der CO₂-Ausstoß bei 475 Millionen Tonnen jährlich. Am Montag befasst sich der Umweltausschuss des Bundestages mit dem Thema.

"Die Versteigerung von CO₂-Emissionsrechten wäre eine falsche Weichenstellung, und zwar vor allem zu Lasten der Strom- und Energiekunden", kritisierte VIK-Geschäftsführer Richmann. "Die Auktionsierung treibt die Strompreise hoch." Eine Versteigerung könne die Stromkonzerne dazu motivieren, durch Überwälzung der Auktionspreise auf das ohnehin zu hohe Strompreisniveau weiter draufzusatteln und sich so das Geld zurückzuholen. Zudem könnten sich weltweit operierende Kapitalanleger - Banken, Versicherungen, Pensionsfonds - an der Versteigerung der Emissionsrechte beteiligen, was ebenfalls preistreibend wirken könnte. Mögliche Spekulationen und eine weitere Verknappung der Zertifikate gingen zu Lasten der Industrie, die real produziere.

Häufig stehen sich VIK und Stromkonzerne als Kontrahenten gegenüber, in der Ablehnung der Versteigerungslösung sind sie sich aber einig. Langfristig würden sich dadurch sicher Strompreiseffekte ergeben, so RWE-Manager Henning Rentz. In der Tendenz könnten weniger Kohlekraftwerke, dafür aber mehr Gaskraftwerke gebaut werden. Diesen durchaus sinnvollen und gewünschten Effekt stellt Rentz in Frage: Dies habe nämlich negative Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit.

SPD-Bundestagsfraktionsvize Ulrich Kelber wies die VIK-Kritik gestern im Gespräch mit der *taz* zurück. "Kohlendioxid-Emissionen müssen ihren Preis haben." In der nächsten Woche sollten die Eckpunkte einer künftigen Regelung festgelegt werden. Die Einnahmen aus der Versteigerung werde der Staat nicht verplempern, sondern zu Gunsten der Stromkunden verwenden. Denkbar sei die Einrichtung eines Fonds, mit dem etwa Maßnahmen zur Steigerung der Energie-Effizienz

finanziert werden. "Dann sinkt der Verbrauch, und alle haben etwas davon."

Gabriel droht mit Klimazoll

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat Äußerungen im Spiegel zufolge den Ländern, die ein Engagement beim Klimaschutz verweigern, mit einem sogenannten Klimazoll gedroht. Dabei sollen Waren aus solchen Staaten bei der Einfuhr in die EU, nach Japan oder in die USA durch einen Zollaufschlag verteuert werden. Damit sollen Länder wie China und Indien, die sich bisher gegen Umweltschutz und für unbeschränktes Wirtschaftswachstum ausgesprochen haben, dazu bewogen werden, an den internationalen Anstrengungen zum Klimaschutz teilzunehmen.

http://www.welt.de/welt_print/article954007/Gabriel_schlaegt_Zoll_fuer_Umweltsuender_vor.html

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=1156339&

7. KLIMASCHUTZ

Globaler CO₂-Ausstoß nimmt dramatisch zu

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Der weltweite CO₂-Ausstoß steigt nach einem Bericht des Spiegel dramatisch an. Der Zuwachs habe sich neuen Messungen zufolge gegenüber den neunziger Jahren verdreifacht. Die Schuld hierfür trügen zwar nicht nur die boomenden Schwellenländer. Jedoch verzeichnet China die höchsten Raten und könnte 2008 der weltgrößte Produzent von CO₂ sein.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,484144,00.html>

Klimawandel als weltgrößtes Sicherheitsrisiko

[Spiegel-Online, 06.06.2007] Der Klimawandel bedroht nach Einschätzung der Bundesregierung die weltweite Sicherheit und Stabilität mehr als

der Terrorismus. Konflikte um Wasser und Nahrung drohten in den nächsten 15 bis 30 Jahren zuzunehmen, warnen die Gutachter.

Berlin - "Der Klimawandel ist das größte Sicherheitsrisiko in der Welt", sagte Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul. Wassermangel und Ernteausfälle würden Konflikte in ohnehin schon instabilen Weltregionen weiter anheizen, sagte die Ministerin bei der Übergabe einer Studie des wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung.

Die SPD-Politikerin forderte zu Beginn des G-8-Gipfels in Heiligendamm Fortschritte in der Klimadebatte. Der Klimaberater von Kanzlerin Angela Merkel, Hans Joachim Schellnhuber, nannte eine friedliche Weltgemeinschaft unmöglich, wenn der Klimawandel nicht kontrolliert werde: "Er ist gefährlicher als internationaler Terrorismus."

Der wissenschaftliche Beirat "Globale Umweltveränderungen" betonte in seinem Bericht, die Folgen des Klimawandels würden kaum Kriege im herkömmlichen Sinne auslösen. Es drohe aber eine Destabilisierung von Staaten, die ohnehin Zerfallerscheinungen aufwiesen. Dies würde wiederum Wanderungswellen von Menschen auslösen, auf welche die Weltgemeinschaft nicht vorbereitet sei.

Schon in 15 bis 30 Jahren könnten bei ungebremster globaler Erwärmung zunehmender Wassermangel, Ernterückgänge und Extremereignisse zu sozialen und politischen Umwälzungen führen, sagte Dirk Messner vom Wissenschaftlichen Beirat bei der Vorstellung des Gutachtens "Sicherheitsrisiko Klimawandel".

Die Verteilungskämpfe um den Zugang zu den knappen werdenden Ressourcen könnten zudem die Weltwirtschaft destabilisieren. Die Folgen hätten vor allem Staaten mit schwachen Regierungsstrukturen oder von Armut betroffene Länder zu tragen. Während von Wasser- und Lebensmittelmangel vor allem das südliche Afrika betroffen werde, könnten Extremwetterereignisse wie Hurrikane zum entscheidenden Entwicklungshemmnis an der Ostküste Chinas und Indiens sowie der USA und Zentralamerikas werden.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,487083,00.html>

Die EU als Vorreiter in der Klimapolitik?

[Dagmar Dehmer, Eurotopics, 03.04.2007] Die EU will eine Führungsrolle in der internationalen Klimapolitik übernehmen. Das hat der Frühjahrsgipfel vom 9. März 2007 gezeigt. Doch wie groß ist die Einigkeit unter den Mitgliedsstaaten wirklich?

So präsent in der europäischen Öffentlichkeit wie zur Zeit war das Thema globale Erwärmung bisher nur zwei Mal: 1992, als beim UN-Gipfel in Rio de Janeiro, die Klimarahmenkonvention beschlossen wurde und 1997, als beim UN-Klimagipfel in Japan das Kyoto-Protokoll verabschiedet wurde. Selbst in Frankreich, wo Umweltthemen generell nicht sehr beliebt sind, wird seit einiger Zeit ausführlich über den Klimawandel und mögliche Auswege berichtet. Auch in Deutschland gewinnt es an Bedeutung: Das Thema schafft es zunehmend auf die Titelseiten der Zeitungen. Am 2. März erschien in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" sogar ein Kulturteil, der vollständig von Klimaforschern bestritten wurde.

Es herrscht inzwischen in der Öffentlichkeit ein breiter Konsens über die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen. Als der tschechische Präsident Vaclav Klaus im Oktober die Warnungen von Klimaforschern vor einer Erderwärmung als "irrational" bezeichnete, schrieb die deutsche Tschechienkorrespondentin Antje Buchholz am 13. Oktober 2006 im Prazsky Denik ironisch: "Professor Klaus von der Prager Burg zeigt sich immun gegen ganze Heerscharen von Experten."

Klimaschutz wird nun auch Thema der Verbrauchertipps. Es wird diskutiert, was jeder selbst tun kann, um das Klima zu retten, also um seinen individuellen CO₂-Ausstoß zu begrenzen. "Nichts spricht dagegen, sich ab und zu auf Klimadiät zu setzen - beim Essen, aber auch beim Reisen oder beim Heizen", schreibt Hanna Gersmann am 23. Februar 2007 in der tageszeitung.

Die Zeit zwischen 1997 und 2005 hingegen war eine Art Leerstelle in der Öffentlichkeit - Klimawandel wurde wenig diskutiert: Auf den Klimakonferenzen wurde um die Details des Kyoto-Protokolls gefochten, und die waren zum Teil so kompliziert, dass die Vermittlung für die Öffentlichkeit kaum noch gelang.

Erst mit dem Inkrafttreten des Klimaschutzab-

kommens am 16. Februar 2005 – ohne die USA und Australien – und der britischen EU-Rats- und G-8-Präsidentschaft im gleichen Jahr wurde das Thema langsam wieder ernst genommen. Der britische Premier Tony Blair hatte erklärt, dass "der Klimawandel die größte Herausforderung der Menschheit in diesem Jahrtausend" sei. Sein Beraterstab begann deshalb früh, ein Weißbuch für den Umbau der britischen Ökonomie zu einer "kohlenstoffarmen Wirtschaft" zu entwerfen. In Großbritannien hat die Aufmerksamkeit für das Klimathema seitdem nicht wieder nachgelassen.

Mit Al Gores Film "Eine unbequeme Wahrheit" und dem Bericht des früheren Weltbankökonom Nicholas Stern über die Kosten des Klimawandels ist aus dem Nischenthema ein Weltthema geworden. Vor allem der "Stern-Report", der die wirtschaftlichen Kosten der Erderwärmung berechnet hat, hat die Debatte beflügelt. Wirtschaft und Wachstum werden nun nicht mehr gegen den Klimaschutz ausgespielt, sondern Klimaschutz zunehmend als Bedingung und Chance für wirtschaftlichen Erfolg gesehen.

George Monbiot kommentiert am 31. Oktober 2006 im britischen Guardian: "Dass der Bericht von Nicholas Stern schon zu Aufrufen zum schnellen Handeln geführt hat, bevor ihn überhaupt jemand zu Ende gelesen hatte, zeugt von der Macht des Geldes."

Im Februar erschien dann zudem der erste Teil des neuen Berichts des IPCC, dem von den Vereinten Nationen eingesetzten Gremium der führenden Klimawissenschaftler der Welt. Die IPCC-Forscher führen den Klimawandel auf Einflüsse des Menschen zurück und geben der Politik noch bis 2020, um die Wende herbeizuführen. Die Europäische Union spielt traditionell eine besondere Rolle in der internationalen Klimadiskussion. Sie war bei den UN-Klimaverhandlungen stets eine der treibenden Kräfte. Kein Wunder, dass die Erwartungen an die EU auch für den Kyoto-Folgeprozess hoch sind. 2012 läuft das Abkommen aus. Gelingt es im Dezember 2007 bei der Klimakonferenz auf Bali nicht, den Rahmen für das Folgeabkommen abzustecken, besteht die Gefahr, dass eine Lücke zwischen den beiden Abkommen entsteht. Das wäre fatal - zum Beispiel für den europäischen Emissionshandel. Dieses System, das den Ausstoß von klimaschädlichem

Kohlendioxid (CO₂) für die Industrie zu verteuert, indem Emissionsobergrenzen gesetzt werden, würde vermutlich zusammenbrechen.

Dabei ist der Emissionshandel, also der Versuch, die klimaschädlichen Gase durch ein Marktmodell zu reduzieren, das Vorzeigeprojekt der EU. Das hat auch EU-Umweltkommissar Stavros Dimas erkannt. Kurz vor Weihnachten lehnte er die ersten zehn eingereichten nationalen Zuteilungspläne für das Emissionshandelssystem ab, weil sie ihm nicht weit genug gingen. Frankreich zog seinen Plan, dem dasselbe Schicksal gedroht hätte, kurz vorher zurück. Nur der britische Plan hatte einen kleinen Mangel, alle anderen hatten ein riesiges Problem: Sie statteten ihre Industrie für die zweite Handelsperiode (2008 bis 2022) viel zu großzügig mit Emissionsrechten aus.

Die Medien beobachten diese Entwicklungen kritisch: Die europäischen Zeitungen begrüßten, dass die EU-Kommission die Emissionspläne einiger Länder zurückgewiesen hat. Dies zeige "dass die Kommission eine glaubwürdige Regulierungsbehörde" ist, stellt Kate Hampton im britischen Economist vom 1. Dezember 2006 fest. Zudem, schreibt die französische Zeitung Le Monde am selben Tag, hat die "EU-Kommission bewiesen, dass sie dem Druck der Wirtschaft manchmal auch standhalten kann". Scheitert der Emissionshandel, so das Fazit der Medien, verliert die EU ihre Glaubwürdigkeit im Klimaschutz.

Nun ist die Union der 27 aber einen Schritt weiter gegangen. "Europa hat sich", schreibt Gerd Appenzeller im Tagesspiegel, mit dem Klimagipfel in Brüssel "neu erfunden". Angela Merkel hat es als EU-Ratsvorsitzende geschafft, die anderen Mitgliedsländer auf ein neues Klimaziel zu verpflichten. Die EU bietet bei der Klimakonferenz im Dezember 2007 auf Bali eine mindestens 20-prozentige Minderung des Treibhausgasausstoßes bis 2020 im Vergleich zu 1990 an, sollten andere Industriestaaten mitziehen sogar 30 Prozent. Zudem sollen bis zu diesem Zeitpunkt 20 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in der EU mit erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden – Atomenergie gilt nicht als erneuerbar. Zehn Prozent der Kraftstoffe sollen bis dahin Biokraftstoffe sein, die Energieeffizienz um 20 Prozent gesteigert, der Energieverbrauch also entsprechend gemindert werden. Gelingt der EU das, würde sie

beweisen, dass ein Wohlstandsmodell mit weniger Klimazerstörung möglich ist.

Ein solches Vorbild wird dringend gesucht, um Schwellenländern wie China, Indien, Mexiko, Brasilien und Südafrika den Einstieg in einen konsequenten Klimaschutz attraktiv genug zu machen, um eigene Initiativen zu ergreifen.

Allerdings haben Frankreich und die osteuropäischen Länder bis zum Ende des Gipfels versucht, Atomkraftwerke als klimafreundliche Energieträger anrechnen zu lassen und damit das gemeinsame Ziel für erneuerbare Energien zu unterlaufen. Länder wie Polen oder Tschechien fürchten zudem strenge Minderungsauflagen für ihren CO₂-Ausstoß, weil ihre Volkswirtschaften gerade erst anfangen aufzuholen. Die wirklich schwierigen Fragen hat der Brüsseler Gipfel ausgeblendet: Die Lastenverteilung zur Erreichung der Ziele wurde nicht festgelegt. Ohne diese Einschränkung wäre der Gipfel geplatzt.

"Zypern braucht Energie, um das Land zu kühlen, Dänemark braucht Energie, um das Land zu heizen. Finnland entwickelt seine Atomkraftwerke weiter, Deutschland baut sie ab. Die EU fordert, den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern, was die deutsche Autoindustrie benachteiligt, während die italienischen und französischen Autos die Vorgaben bereits erfüllen", beschreibt der ungarische Brüssel-Korrespondent László Szöcs am 10. März 2007 in der Népszabadság die unübersichtliche Lage. Hendrik Kafsack erklärt in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 11. März 2007 die Einigung für eine "Einigung über Ziele und Symbole".

Wie er bezweifeln die meisten Kommentatoren, dass das Einigungsprojekt der EU auch tatsächlich zu Einigkeit führen wird. Denn für jedes Land soll jeweils eine "angemessene und sinnvolle" Zielvereinbarung gefunden werden. Doch was bedeutet "angemessen und sinnvoll"? Darüber schreibt Pascale Aubert am 13. März 2007 in der französischen Zeitung La Tribune "Es gibt so viele Interpretationen wie Sterne auf der Europaflagge."

„Die Klimawissenschaftler lügen nicht!“

[Bundesumweltministerium, Pressedienst, 30.03.2007] Der Klimawandel findet statt, und der Mensch ist wesentlich schuld daran. Das be-

tont Michael Müller, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, angesichts jüngster Äußerungen so genannter „Klimaskeptiker“ in unterschiedlichen Medien. „Wer die wahrscheinlich größte Menschheitsherausforderung der kommenden Jahrzehnte schlichtweg leugnet, der darf politisch nicht ernst genommen werden“ appellierte Michael Müller. Vor dem Hintergrund einer erdrückenden Fülle wissenschaftlicher Indizien sei es unverantwortlich, wenn man die Öffentlichkeit mit längst und oftmals widerlegten Behauptungen in die Irre führe.

Es hat fast schon den Charakter eines Naturgesetzes: Kaum haben Hunderte von Wissenschaftler aller Disziplinen und aus aller Welt mit aller Nachdrücklichkeit vor Augen geführt, wie ernst es mit dem Klimawandel ist, schon tritt der eine oder andere wissenschaftliche Exzentriker hervor und veröffentlicht einen Leserbrief, in dem er behauptet, dass das alles nicht wahr sei. Und das Schlimmste: manche Medien schwenken sofort darauf ein und schreien laut: Alles Lüge mit dem Klimawandel. Dabei haben rund 2500 Wissenschaftler aus aller Welt an den Berichten des internationalen Sachverständigenrats (IPCC) mitgearbeitet

Michael Müller: „Das ist nur allzu durchsichtig. Unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Meinungsfreiheit werden abstruse Thesen vertreten.“ Etwa die, dass die Sonne am Klimawandel schuld sei, und dass der Mensch nur ganz wenig zum Klimawandel beitrage. Das IPCC hat vor kurzem das Gegenteil bewiesen. Es wird die Fakten in der kommenden Woche bei der Vorstellung des zweiten Teils des Klimaberichts in Brüssel erhärten. Das Klima wandelt sich bereits heute stärker als in den letzten 650.000 Jahren, und dies ist zum größten Teil auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen.

Die heute von Menschen jährlich emittierte Menge von 22 Milliarden Tonnen Kohlendioxid ist zwar wenig im Vergleich zum gesamten Kohlenstoffkreislauf. Doch ist es gerade diese Menge, die das System aus dem Lot bringt. Niemand leugne den natürlichen Wechsel zwischen Kalt- und Warmzeiten der Erdgeschichte. Michael Müller: „Was wir heute aber tun, ist, eine künstliche Warmzeit auf eine natürliche draufzusatteln.“

SPD entwirft 15 Punkte für die Umwelt

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Die SPD hat ein 15-Punkte-Programm zur Reduzierung der Emissionen der Industrieländer um 60 bis 80 Prozent bis 2050 im Vergleich zu 1990 vorgestellt. Deutschland solle schon bis 2020 seine Emissionen um 40 Prozent reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen schlägt die SPD durch ihren Generalsekretär Hubertus Heil unter anderem vor, den Flugverkehr durch die Einführung einer Kerosinsteuer zu verteuern, während der Schienenverkehr durch Steuervergünstigungen verbilligt werden soll. Zudem sollen Anstrengungen unternommen werden, um die Energieeffizienz in den nächsten Jahren um 20 Prozent zu steigern sowie massiv Energie einzusparen. Außerdem sollen die erneuerbaren Energien durch neue Fördergesetze weiter ausgebaut, die Kraft- Wärme- Kopplung gefördert sowie die Lkw- Maut erhöht werden.

http://www.spd.de/show/1716232/040607_pv_beschluss_energie.pdf

<http://www.berlinonline.de/berlinerzeitung/print/politik/659150.html>

B.A.U.M.-Klima-Offensive für Deutschland

[BAUM-Pressemitteilung vom 08.03.2007] B.A.U.M. hat ein 15-Punkte-Programm zur Unterstützung der aktuellen politischen Bemühungen zur Senkung der CO₂-Emissionen entwickelt. Der Verband möchte damit vor allem die herausragenden Chancen vermitteln, die durch die konsequente Nutzung aller Möglichkeiten von Energieeffizienzmaßnahmen, Energiesparen und Erneuerbaren Energien möglich ist.

Der Klimawandel kann weitere Milliarden an Kosten verursachen - das wäre das Risiko - er kann aber auch dazu beitragen, dass jetzt alle Kräfte gebündelt werden und endlich alle Chancen genutzt werden. Die Potentiale sind immens.

8 Punkte im B.A.U.M.-Schwerpunkt-Programm:

- 50 Milliarden Euro-Programm für ein Maßnahmenpaket zur Energieeffizienz-Steigerung bei den rd. 3,2 Millionen Unternehmen und 39,2 Millionen Haushalten zur Realisierung der hier aufgezeigten Einsparpotentiale,
- 50 Milliarden Euro-Programm für eine umfas-

sende, verpflichtende Gebäude-Sanierung bei den privaten Haushalten und Unternehmen,

- Reduzierung der klimaschädlichen Subventionen um ca. 30 Milliarden Euro, damit teilweise Finanzierung des 100 Mrd. Programms (s. Pos. 1 und 2),
- Auflegung eines Zukunfts-/Klimafonds in Höhe von insgesamt 70 Milliarden Euro und Finanzierung der Pos. 4 und 5. 5% Zinsen für Anleger, Refinanzierung durch erzielte Einsparungen,
- erhöhter Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung,
- massiver Einsatz der Erneuerbaren Energien, Erdwärme, Solarwärme, Photovoltaik, kleinen Wärmekraftwerken, Windkraftanlagen, Biomasse - verstärkt nach Kosten-, Nutzen-Aspekten, mit Unterstützung durch gezielte Förderprogramme und Finanzierung durch einen Zukunfts-/Klimafonds,
- schrittweise Nutzung von "Ökostrom" in allen öffentlichen Gebäuden/Einrichtungen, Unternehmen, privaten Haushalten,
- Umfassende Steigerung des Absatzes energieeffizienter, sparsamerer Geräte, Anlagen, Kraftfahrzeugen, auf der Basis von Top-Runner-Konzepten

Bei gezielten Investitionen und Unterstützung durch z. B. einen Zukunfts-/Klimafonds sowie zu erwartende Preissteigerungen sind die Reduktionspotentiale noch wesentlich zu steigern. Entscheidend sind jetzt klare politische Rahmenbedingungen und konkretes Handeln aller Beteiligten.

<http://www.baumev.de/dokumente/nachrichten/2007/Klimaoffensive.pdf>

Gabriel: Jetzt muss gehandelt werden

[Bundesumweltministerium, Pressedienst, 04.05.2007] Um den Klimawandel in einem beherrschbaren Rahmen zu halten, müssen die CO₂-Emissionen bis 2050 im Vergleich zum Jahr 1990 weltweit halbiert werden. Dazu müssen die erneuerbaren Energien erheblich ausgebaut und die Energieeffizienz massiv gesteigert werden. Die dazu erforderlichen Technologien stehen bereit, müssen aber konsequenter als bislang eingesetzt werden. Dies sind wesentliche Ergebnisse des neuen Berichts des Internationalen Wissenschafts-

rats zum Klimawandel (IPCC), der heute in Bangkok verabschiedet wurde.

Nach Ansicht von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sind die Aussagen des neuen IPCC-Reports kein Grund, vor der Herausforderung des Klimawandels zu resignieren. „Der Bericht zeigt: Die Klimakatastrophe ist nicht unabwendbar. Wir können sie verhindern. Das Ziel der Europäischen Union, eine Erwärmung um mehr als 2 Grad gegenüber vorindustriellen Werten zu verhindern, ist erreichbar. Dazu muss innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre das Wachstum der Treibhausgas-Emissionen weltweit angehalten und bis 2050 auf die Hälfte im Vergleich zu 1990 gemindert werden. Der IPCC-Bericht zeigt aber auch: Wir haben keine Zeit zu verlieren. Wir müssen jetzt entschlossen handeln, um schwerwiegende und nicht mehr kontrollierbare Klimafolgen zu vermeiden.“

Gabriel weiter: „Wir müssen die erneuerbaren Energien weltweit ausbauen und die Energieeffizienz in allen Bereichen massiv steigern. Die erforderlichen Technologien stehen längst bereit. Die Politik muss ökonomische Anreize zum Klimaschutz geben, der Emissionshandel ist dafür ein wichtiges Instrument. Außerdem müssen wir Investitionen in klimafreundliche Technologien fördern. Deutschland und Europa sind auf einem guten Weg. Jetzt kommt es darauf an, dass wir bei der Klimakonferenz im Dezember auf Bali auch international die Weichen richtig stellen. Die Wissenschaft hat ihre Arbeit getan, jetzt muss die Politik handeln.“

Der IPCC stellt in seinen Berichten im Auftrag der Vereinten Nationen die aktuellen wissenschaftlichen Grundlagen der Klimaänderung im Konsens der internationalen Forschung fest. Der jetzt vorgestellte Bericht zur Minderung von Emissionen ist der dritte und letzte Teil des vierten IPCC-Berichts. An ihm wirkten Hunderte von Wissenschaftlern aus vielen Staaten mit, darunter auch zahlreiche Forscher aus Deutschland.

Der Bericht gibt keine Empfehlungen, sondern stellt den wissenschaftlichen Sachstand zu den technischen und ökonomischen Optionen und Potentialen zur Emissionsminderung sowie zur Wirksamkeit von Maßnahmen dar.

Am 2. Februar diesen Jahres wurde der erste Teilband des IPCC- Sachstandsberichts veröffentlicht. Darin werden die wissenschaftlichen Grundlagen

dargestellt. Der am 4. April vorgestellte zweite Teilband befasst sich mit den Folgen der Klimaänderung. Ein abschließender Synthesebericht, der die wesentlichen Aussagen der drei Teilbände auf politische Fragestellungen hin zusammenfasst, wird im November in Valencia (Spanien) verabschiedet.

Die Linke entdeckt die Ökologie

Im Zuge einer Konferenz zur Frage „Wie grün muss die Linke sein?“ beschäftigte sich die Linke mit einem möglichen Ausbau ihres ökologischen Profils. Dabei versuchte man hauptsächlich Lösungen zu finden für Konflikte zwischen sozialer Programmatik und neuen ökologischen Forderungen wie beispielsweise einer höheren Besteuerung von Autos mit hohen Emissionswerten, was ohne Sonderregelungen zu einer deutlichen Belastungssteigerung für Geringverdiener mit alten Autos führen würde.

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=109669&IDC=2>

Münchner Stadtrat untersagt SWM Beteiligung an Kohlekraftwerken

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Der Münchner Stadtrat hat einem Bericht der Süddeutschen Zeitung zufolge am 22. Juni 2007 den Stadtwerken München untersagt, sich an weiteren Vorhaben zum Neubau von Kohlekraftwerken zu beteiligen. Grund für das Umdenken sind erfreulicherweise die neuen Regeln zum Emissionshandel. Man erwartet eine deutliche Preissteigerung der ab 2008 vom Staat zu kaufenden und später zu ersteigernden Emissionszertifikate. Damit wären die mit hohen Emissionswerten belasteten Kohlekraftwerke keine sinnvolle Investition mehr, so der Stadtrat. Oberbürgermeister Ude erklärte, die wirtschaftlichen Risiken der Kohleverstromung seien „ins Unkalkulierbare gestiegen“, so dass er neue Investitionen in Kohlekraftwerke „für völlig falsch“ halte. Nun solle das Engagement im Bereich der Erneuerbaren Energien aus Wind, Sonne, Erdwärme und Biomasse verstärkt sowie in neue Blockheizkraftwerke auf Gasbasis investiert werden.

8. KLIMASCHUTZ GLOBAL

In den USA beginnt das Umdenken

[Thomas Kleine-Brockhoff, Die Zeit vom 07.06.2007] George W. Bush ist mal wieder Stein des Anstoßes. Von außen wie von innen wird er bedrängt, sich endlich in Sachen Klimaschutz zu bewegen. Nun hat er einen Schritt getan. Ist er wirklich noch der große Verhinderer? Und kann er überhaupt noch etwas verhindern?

In einem Präsidialsystem konzentriert sich der Blick der Öffentlichkeit gern auf die Person an der Spitze. Sie ist immerhin in Personalunion Staats- und Regierungschef. In dieser Perspektive verschmelzen George Bush und sein Land. Amerika erscheint als klimapolitischer Bremser. Schon kurz nach Amtsantritt erklärte Präsident Bush das Klimaschutzabkommen von Kyoto für untauglich und kündigte eine eigene Initiative an. Dafür nahm er sich sechs Jahre lang Zeit. In einer Art Klimacoup buchstabiert er nun seine Vorstellungen zum G8-Gipfel von Heiligendamm erstmals aus. Klar, durch das Präsidentenprisma betrachtet, unternimmt Amerika zu wenig und das auch noch zu spät.

Doch Amerika ist zugleich ein föderaler Bundesstaat. Nirgends überlässt eine Verfassung Gebietskörperschaften so viel Macht. Anders als in den meisten Staaten Asiens und Europas verbreiten sich Ideen nicht aus dem Zentrum an die Peripherie. Angetrieben von einer machtvollen Zivilgesellschaft, finden sich inmitten von Amerikas Hyperpluralismus überall politische Unternehmer, die wie Inkubatoren auf das System einwirken. Durch das Prisma des Föderalismus betrachtet, ist Amerika ein Labor der klimapolitischen Veränderung. Wer nicht nur im Weißen Haus sucht, kann sich kaum retten vor Nachrichten aus dem ergründenden Amerika. Ein kleiner Überblick aus den Wochen vor dem G8-Gipfel:

Eine neue Vereinigung aus Umwelt- und Industrieverbänden arbeitet an Energiesparstandards für Beleuchtungen. Wird der Vorschlag Gesetz, brennen in den Vereinigten Staaten binnen zehn Jahren nur noch Energiesparlampen.

Das Finanzhaus JP Morgan gründet eine Investitionsabteilung für alternative Energien, um den

Kampf gegen Klimagase zu finanzieren. Ähnliche Betriebseinheiten haben schon andere Banken gebildet. CitiGroup will im kommenden Jahrzehnt rund fünfzig Milliarden Dollar in Projekte stecken, die den Kohlendioxid-Ausstoß verringern.

Die Solarindustrie im kalifornischen Silicon Valley schließt sich zum Verband SolarTech zusammen und will die Region zum globalen Innovationszentrum für Sonnenenergie ausbauen – genauso wie dies einst für die Computer- und Biotechnologie geschah. Die Kombination aus Unternehmerteilgeist, exzellenten Universitäten und Risikokapital könnten, so der Plan, aus Silicon Valley ein Solar Valley machen. Allein im vergangenen Jahr haben Risikokapitalfirmen dort ihre Investitionen in saubere Technologien um 266 Prozent erhöht.

TXU, eine texanische Energiefirma, wollte elf abgasspeisende Kohlekraftwerke bauen. Als zwei Private-Equity-Fonds die Firma übernahmen, veränderten sie sofort die Pläne und stimmten sich dabei mit Umweltorganisationen ab. Nun sollen nur noch drei Kohlekraftwerke gebaut werden. Der neue Konzern setzt sich für Abgaslimits ein, investiert 400 Millionen Dollar in die Energieeffizienz und verdoppelt seine Investitionen in die Windkraft.

Die tägliche Flut von Nachrichten zeigt: Amerika hat ein Klimawandel in der Klimafrage erfasst. »Das Land«, meint Peter Goldmark von der Umweltorganisation Environmental Defense, »erlebt eine gedankliche Revolution.« Gemeinsam mit dem deutschen Klimaexperten Ernst Ulrich von Weizsäcker von der University of California schreibt Goldmark: »2006 und 2007 werden als jene Jahre gelten, in denen Amerika sich entschloss, die Erderwärmung als gravierende Krise zu begreifen.« Nach Umfragen von *New York Times* und CBS News glauben inzwischen 84 Prozent der Amerikaner, dass der Mensch dazu beiträgt, den Planeten anzuheizen. 90 Prozent der Demokraten, 84 Prozent der Unabhängigen und 60 Prozent der Republikaner fordern umgehend politische Konsequenzen. Neben dem irakischen Dauerbluten hat Amerika sein zweites Thema entdeckt.

Diese Mehrheit ist es, die ihre politische Klasse und vor allem ihren Präsidenten vor sich hertreibt. »Die Linke kontrolliert die Agenda«, meint Amy Myers Jaffe, Energieexpertin der texanischen Rice

University. »Sie setzt ihr Programm in den Kommunen und Bundesstaaten um.« Freilich gesellen sich zunehmend Republikaner zur Basis-Allianz der Demokraten. Dem Klimabündnis von 522 Städten, das vom linksliberalen Seattle ausging, treten nun auch Kommunen aus dem konservativen Kernland bei. Vor ein paar Wochen setzte sich das republikanisch regierte New York an die Spitze. Bisher produziert die Metropole ein Prozent der Klimagase Amerikas. Bürgermeister Michael Bloomberg will das ändern – durch drastische Reformen der Energiegewinnung, des Verkehrs und der Gebäudeisolierung. Wenn New York die 127 Einzelmaßnahmen des Bürgermeisters umgesetzt hat, soll die Stadt der Umweltprimus der Welt sein.

New York liegt in einer Region aus neun Bundesstaaten, die sich klimapolitisch mit Kalifornien verbündet und von der Bundesregierung abgekoppelt haben. Die Nordoststaaten nutzen ihre verfassungsmäßigen Freiheiten. Ihnen obliegt nämlich die Aufsicht über die Kraftwerke. Für deren Abgase plant das Staatenbündnis ein System des Emissionshandels.

Kalifornien geht noch weiter. Es nutzt Lücken im Gesetz, um selbstständig Vorschriften zur Reduzierung von Auspuffabgasen machen zu können. Der Bund bekämpft den kalifornischen Parforceritt vor Gericht. Gemeinsam mit seiner republikanischen Kollegin Jodi Rell aus Connecticut hält Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzenegger in der *Washington Post* dagegen: »Schlimm genug, dass der Bund die Bedrohungen aus der Erderwärmung nicht ernst genug nimmt. Aber es grenzt an ein Dienstvergehen, dass Washington Staaten wie Kalifornien und Connecticut daran hindert, selbst für Wohlfahrt und Gesundheit ihrer Bürger zu sorgen. Die Bundesregierung sollte endlich unser Partner werden oder aus dem Weg treten.«

Der grüne Terminator macht inzwischen seine eigene Umweltaußenpolitik. Mit den kanadischen Provinzen Manitoba, Ontario und British Columbia hat er Klimapakte unterzeichnet. Damit verpflichten sich erstmals Regionen innerhalb wie außerhalb der Kyoto-Zone auf dieselben Klimaziele.

In Alaska lassen sich die Folgen der Erwärmung besonders gut studieren

Amerikas rasanter Klimawandel kommt nicht (allein) vom Himmel. Wohl hat das Wetter Einfluss auf die Psyche der Amerikaner, aber andere Ursachen sind äußerst irdisch: Wissenschaft, Wirtschaft und Wahlen. Natürlich haben die Fachleute der Bevölkerung erklärt, dass Hurrikan Katrina, der im August 2005 New Orleans verwüstete, für sich genommen, keine Folge des erwärmten Meeres gewesen sei. Allerdings erinnern sich die Menschen auch an den zweiten Teil des wissenschaftlichen Arguments, wonach steigende Temperaturen »die Zahl extremer Wetterereignisse« erhöhen könne. Einen besseren Beleg als eine zerstörte Stadt kann sich niemand vorstellen. So fällt der Beginn des Meinungsumschwungs nicht zufällig mit dem Untergang der Stadt New Orleans zusammen. Man kann eben auch aus falschen Gründen zu richtigen Einsichten kommen.

Beglaubigt von Al Gore und seinen Hollywood-Heerscharen, finden immer neue Tartaren-Meldungen aus der Wissenschaft ihr Publikum. Amerika hört inzwischen beständig von schmelzenden Gletschern und vom schrumpfenden Lebensraum der Eisbären. Alaska ist zum Anschauungsobjekt geworden. Von Hochhäusern in Anchorage ist zu lesen, die im auftauenden Permafrostboden wie nach Bergschäden absacken. Das Land lernt von unbekanntem Insektenplagen in nördlichen Wäldern und plötzlich enteisten Dörfern der Eingeborenen. Die Ansicht des konservativen Senators James Inhofe, der die Erderwärmung für »den größten Scherz der amerikanischen Geschichte« hält, wird selbst zum Scherz. Der jahrelang währende Streit um die Glaubwürdigkeit der Theorie von der menschengemachten Erderwärmung gilt plötzlich als entschieden. Das letzte Wort hat der frisch ergrünte Gouverneur Schwarzenegger: »Wenn 98 Ärzte meinem Sohn sagen, er sei krank und brauche Medizin, zwei das aber bestreiten, so traue ich logischerweise den 98.«

Noch vor kurzem hatten Teile der amerikanischen Wirtschaft geholfen, Zweifel am Hitzestau der Erde zu säen. Großunternehmen finanzierten Anzeigenkampagnen und Auftragsforschung. Inzwischen traut sich nicht einmal mehr der Ölmulti ExxonMobil vor, einst der Beelzebub für die Umweltschützer. Stattdessen kleiden sich die Konzerne grün, allen voran Unternehmen wie Ge-

neral Electric und BP, Alcoa und ConocoPhillips. Sie bilden den Kern des Climate Action Partnership, einer rasant wachsenden Initiative von Konzernen und Umweltgruppen. Ihre Forderung lautet: Die US-Regierung soll endlich per Gesetz gegen Treibhausgase vorgehen.

Die Unternehmen eint ihr Ziel. Ihre jeweiligen Motive unterscheiden sie. Da sind einmal jene, die eine moralische Verpflichtung zu schnellem Handeln sehen. Dann jene, die lieber sofort handeln wollen, bevor eine neue Regierung in Washington noch schärfere Bestimmungen verabschiedet. Schließlich jene, die nicht länger mit dem regulativen Flickenteppich aus Schwarzenegger-Staaten und Verweigerer-Staaten leben wollen. Vor allem aber setzt sich die Erkenntnis durch, dass die politische Strategie der Unternehmen zuletzt ökonomisch zweifelhaft war. Schärfere Abgasstandards für Autos abzuwehren hat die Autoindustrie von Detroit nicht gerettet, sondern ihr den Anreiz zur Innovation genommen. Inzwischen hält es die Mehrheit der Unternehmen mit Expräsident Bill Clinton, der saubere Energie nicht als Last, sondern als Profitchance und Grundlage für den nächsten Boom in Amerika sieht.

Mit ihrem Meinungswandel verändert die Wirtschaft zugleich die Machtverhältnisse. Bislang verstanden sich wirtschaftsnahe Republikaner als »Ölrealisten«. Ihr Anführer, Vizepräsident Dick Cheney, hatte nach seinem Amtsantritt im Jahre 2001 gesagt, Energiesparen sei bloß »eine persönliche Tugend«, aber »keine Energiepolitik«. In diesem legendären Zitat spiegelt sich die Ansicht, dass Amerika für Jahrzehnte auf fossile Brennstoffe, vor allem Öl, angewiesen sei. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz müssten deshalb Randphänomene bleiben

Die konservative Koalition der »Ölrealisten« schrumpft nicht nur, weil die Wirtschaft ergrünt. Evangelikale Christen, ansonsten treuer Teil der republikanischen Parteibasis, erkennen im Kampf gegen die Erderwärmung nun den biblischen Auftrag zur »Bewahrung der Schöpfung«. Die Bauern des Mittleren Westens fallen langsam von dieser Basis ab. Sie hoffen auf eine neue Energiepolitik, die Biosprit und damit ihren Mais subventioniert. Zudem schließen sich die Außenpolitiker der Partei nunmehr dem Umweltflügel der Republikaner an. Sie wollen die Abhängigkeit von Öl aus dem

Nahen Osten reduzieren und damit die politische Handlungsfähigkeit Amerikas sichern helfen. Es scheint, als strebe die Partei eine Rückverwandlung zu den Idealen des Teddy Roosevelt an, der als politischer Ahnherr des Naturschutzes in Amerika gilt.

Einigkeit bricht in Washington trotzdem nicht aus. Denn Republikaner und Demokraten bevorzugen unterschiedliche Methoden, um das Erdenfieber zu senken. Die Demokraten erscheinen als die Europäer Amerikas. Genau wie ihre politischen Verwandten vom Alten Kontinent wollen sie den Ausstoß von Kohlendioxid verteuern und die Macht des Staates nutzen, um Obergrenzen für Emissionen festzulegen. Wie einer ihrer Wortführer, Senator John Kerry, sagt, müsse der Staat »Standards und Maßstäbe« setzen, damit »die Industrie folgt«. Amerika solle »Führung zeigen«. Nur dann habe man »saubere Hände« und die Autorität, »um China und Indien und die ganze Welt zu einigen«.

Diese Haltung trifft auf den erbitterten Widerstand auch jener Republikaner, denen der Kampf gegen die Erderwärmung am Herzen liegt. Sie sehen mit der Verwaltung von Emissionsrechten einen machtvollen Moloch heranwachsen – eine neue Ausgeburt des europäischen Staatsdirigismus. Der Wortführer der Rechten, Newt Gingrich, früher Sprecher des Abgeordnetenhauses, wirft der Linken vor, sie wolle Probleme immer nur »durch den Ausbau staatlicher Macht« und mit »einer größeren Bürokratie« lösen. Hinter dem Streit um die Klimaschutzgesetzgebung steckt also ein philosophischer Disput über die Verfassung des demokratischen Staates.

Gingrich befürwortet nicht Emissionsobergrenzen, sondern Steuervorteile bei Wohlverhalten. Er will Anreize, nicht Vorschriften. Am Ende stünden »dramatisch verbesserte Autos und Kohlekraftwerke«. Gingrich glaubt: »Amerika verändert sich durch marktgerechtes Verhalten ungeheuer schnell, viel schneller als durch bürokratische Prozesse. (...) Sobald man Steueranreize einführt, werden 50000 Unternehmer versuchen, an das Geld zu kommen. Sobald man neue Vorschriften und Gesetze verabschiedet, werden 50000 Unternehmer sich einen Anwalt nehmen, um zu klagen.« Um China und Indien zu gewinnen, dürfe man keine Obergrenzen setzen, die niemand ein-

halte. Stattdessen müsse »eine grüne Ökonomie für China und Indien erstrebenswert werden«. Gingrich sieht die Lösung in einer »Belohnung für Einfallsreichtum und unternehmerisches Risiko, in der Förderung von Wissenschaft und Technologie sowie einer Umgestaltung des Marktes durch Anreize«.

Der Streit um die Klimaerklärung von Heiligendamm klingt wie ein Echo der inneramerikanischen Debatte. George Bush will sich partout nicht auf Emissionsobergrenzen verpflichten lassen, sondern lieber neue Technologien fördern. Die amerikanische Delegation wundert sich ihrerseits über die Bereitschaft der Europäer, sich (wie in Kyoto) auf Einsparungen zu verpflichten, die Einsparziele aber gut gelaunt zu verfehlen. Die Selbstwahrnehmung Europas als Umweltprimus gilt manchem im Team Bush als Glorifizierung der eigenen Wachstumsschwäche. Immerhin ist die amerikanische Wirtschaft seit 1990, inflationsbereinigt, um 115 Prozent gewachsen, die deutsche Wirtschaft aber nur um 25 Prozent.

Gut möglich, dass der Grundsatzstreit von Heiligendamm am Ende so wichtig nicht sein wird. Die größte Veränderung der amerikanischen Politik bleibt die Machtübernahme der Demokraten im Kongress. Allein seit Anfang Januar wurden sechs verschiedene Entwürfe zur Energiepolitik eingebracht. Nancy Pelosi, Sprecherin des Repräsentantenhauses, ist angetreten, die Ideen ihrer Partei zu bündeln. Ihr Beauftragter ist der Abgeordnete Rick Boucher, der vor zwei Wochen erstmals durchblicken ließ, wie der Kompromissplan der Demokraten aussehen könnte. Danach soll es Emissionshandel sowie deutlich schärfere Abgasnormen geben. Atomkraft wie Kohlestrom werden eine Zukunft haben. Was in den kommenden Jahren innerhalb Amerikas geschieht, dürfte den europäischen Ideen stärker ähneln als den Vorstellungen des gegenwärtigen US-Präsidenten.

G8-Gipfel stärkt den UN-Klimaprozess

[Bundesumweltministerium, *Pressdienst*, 07.06.2007] Bundesminister Gabriel begrüßt die Einigung des G8-Gipfels in Heiligendamm zum Klimaschutz: „Die Einigung der wichtigsten Industriestaaten ist ein richtungweisendes Signal für die Stärkung der Klimapolitik im Rahmen der Vereinten Nationen.“

„Heiligendamm bringt uns zwei große Schritte voran auf dem Weg zu einem globalen Klimaschutzabkommen. Erstens haben die Staats- und Regierungschefs die Grundlage für ein Langfristziel gelegt: Bis zum Jahr 2050 sollen die globalen Treibhausgasemissionen mindestens halbiert werden. Zweitens haben sie einen Fahrplan zur Erreichung dieses Ziels verabschiedet: Ende 2009 sollen die Verhandlungen über ein UN-Klimaschutzabkommen abgeschlossen sein.“

„Damit geht vom Gipfel ein klares Signal aus: Investitionen in den Klimaschutz lohnen sich mehr denn je. Denn das Zieldatum 2009 für Verhandlungen über ein Kyoto-Folgeabkommen stellt sicher, dass der globale Handel mit Emissionszertifikaten weitergeführt wird. Die beschlossene Halbierung der Treibhausgasemissionen erzeugt Aufbruchsstimmung und wird die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien forcieren. Die Notwendigkeit einer ökologischen Industriepolitik, die klimafreundliche Innovationen fördert und belohnt, wird damit bestätigt.“

„Es ist ein großer Erfolg, dass nunmehr auch die USA den UN-Prozess eindeutig als das zentrale Forum anerkennen, um zukünftige Klimaschutzmaßnahmen zu verabreden. Zugleich haben die G8 vereinbart, zusammen mit anderen Hauptverschmutzern bis Ende 2008 einen konkreten Beitrag für den UN-Prozess zu erarbeiten. Sie übernehmen damit eine Führungsrolle. Die große Herausforderung ist es nun, diese Vereinbarungen mit konkreten, anspruchsvollen Maßnahmen zu unterlegen. Bali wird die Nagelprobe auf die Ernsthaftigkeit der Vereinbarungen in Heiligendamm. Dort gilt es, umfassende Verhandlungen über ein verbindliches Rahmenwerk für die Zeit nach 2012 aufzunehmen. Anders ist der G8-Fahrplan nicht einzuhalten.“

China plant Benzinsteuer

[Georg Blume / Kristin Kupfer, taz vom 26.05.2007] Die Bewohner des Dorfs Zaxizhang in rund 5.600 Meter Höhe am Fuße des Mount Everest machen sich Sorgen. "Ich habe Angst, dass die nächste Generation kein Wasser mehr hat", seufzt Ziren, Mutter von fünf Kindern. Die 37-jährige Tibeterin, deren oberste Schicht Kleidung von einer breiten Silberschnalle zusammengehalten wird, betreibt das Hotel im Dorf unweit

des Gletschers Rongbu. Bestehend aus zwei riesigen Eisflächen erstreckt sich der Gletscher auf einer Gesamtfläche von 85 Quadratkilometern.

Durch die globale Erderwärmung ist der Rongbu in den letzten 30 Jahren um rund 270 Meter zurückgewichen. Auch Binba, ein lokaler Bergsteiger mit sehnigen Armen und knallroter Mütze, beobachtet auf seinen Himalaja-Touren die ungeheuren Veränderungen der Natur. "Die Eispagoden werden immer kleiner, hier unten auf 5.600 Meter gibt es schon gar keine mehr", schüttelt der 30-jährige Tibeter traurig den Kopf.

Seine Beobachtungen hat er einem achtköpfigen Team des Pekinger Greenpeace-Büros mitgeteilt, das im Mai eine Himalaja-Expedition unternahm. Das Greenpeace-Team wollte einem Foto des Rongbu-Gletschers von 1968 eine aktuelle Aufnahme aus genau der gleichen Perspektive gegenüberstellen. Damit wollte man den Schmelzprozess dokumentieren und ihn auf einen Blick erkennbar machen. "Aber wir konnten gar nicht zu der Stelle laufen, wo der Fotograf vor 39 Jahren gestanden hatte", gesteht Greenpeace-Campaignerin Zhong Yu nach ihrer Rückkehr nach Peking. Denn wo vor drei Jahrzehnten noch eine dicke Eisschicht war, klafft jetzt eine Schotterwüste. Überrascht hat die Umweltschützerin dagegen das Klimabewusstsein der lokalen Bevölkerung: Das Dorf Zaxizhang sei geradezu ein Vorbild in Sachen Klimaschutz. Seit 2002 werden dort alle Einwohner mit Sonnenenergie versorgt.

Chinas schmelzende Gletscher aber sind schon heute ein Mahnmal für die hereinbrechende Klimakatastrophe. Niemand weiß das genauer als Xu Ying, Klimaforscherin am regierungseigenen Meteorologieamt in Peking. Die neuen Aufnahmen von Greenpeace erstaunen sie nicht. Die engagierte Wissenschaftlerin in luftigem Flatterrock und T-Shirt ist selbst Koautorin des ersten offiziellen Berichts zur Klimalage in China. Der deckt sich mit den Erkenntnissen von Greenpeace.

Bei einem möglichen Temperaturanstieg um 3,3 Grad bis 2050 werden die Eisflächen im Himalaja-Gebirge um rund ein Drittel schrumpfen, erklärt Xu. Kurzfristig bedeute dies eine Überflutung der Gletscherseen und der umliegenden Ackerböden, langfristig aber würden Chinas Binn Flüsse mehr und mehr austrocknen, sagt Xu.

Bereits im letzten Sommer erreichte Chinas längs-

ter Fluss, der Yangtse, den niedrigsten Pegelstand seit 140 Jahren. Der Gelbe Fluss, der bislang den Norden der Volksrepublik mit Wasser versorgte, ist an 226 Tagen nahezu ausgetrocknet.

Die Ergebnisse von Xus Klimaforschung schmücken in Form von bunten Kurvendiagrammen die Flure auf der zwölften Etage des Meteorologieamts. Egal ob Temperatur, Gletscherschmelze, Verwüstung oder Austrocknung der Flüsse, alle Kurven zeigen steil nach oben. Kein Wunder also, dass die KP-Regierung den Klimawandel neuerdings als "nationalen Bedrohung" bezeichnet.

Klimaschutz als Chefsache

China scheint endlich aus seinem Wachstumswahn aufzuwachen. "Wenn wir unsere Wirtschaft nicht schneller restrukturieren und eine energieeffiziente Methode des Wachstums finden", wettete Ministerpräsident Wen Jiabao Mitte April auf einer internen Parteisitzung, "dann werden Chinas natürliche Ressourcen und seine Umwelt die Wirtschaftsentwicklung nicht weiter tragen können."

Die Volksrepublik, die bis dato Wachstum auf Kosten der Umwelt betrieben hat, will in Kürze sogar einen "Nationalen Aktionsplan für Klimawandel" veröffentlichen. Um die Inhalte haben die einzelnen Behörden seit drei Jahren hinter verschlossenen Türen gerungen. Erstmals sollen konkrete Ziele und Maßnahmen gegen die Zerstörung der Erdatmosphäre festgeschrieben werden. Dabei spielt die Reduzierung von Treibhausgasemissionen eine Schlüsselrolle.

Der Plan sieht eine Ausweitung des bereits angekündigten Ziels vor, die Kohlendioxidemission pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts bis 2010 um 20 Prozent zu reduzieren. Schon jetzt gelten Pekings Energieeffizienzziele unter Klimaforschern als überaus ehrgeizig. Zudem übernimmt Regierungschef Wen nun persönlich die Leitung einer eigens gegründeten Ad-hoc-Führungsgruppe für Klimapolitik. Klimapolitik ist damit in China ab sofort Chefsache.

Mit der klimapolitischen Kehrtwende versucht China erstmals den gravierenden Folgen des hohen Wachstums Rechnung zu tragen. Die Volksrepublik durchlebte zuletzt zwei Jahrhunderte europäische Industrialisierung in nur drei Jahrzehnten. Seit der 1978 initiierten Reform- und Öffnungspo-

litik wächst die Wirtschaft durchschnittlich um mehr als 9 Prozent. Dass China seine Energie zu über zwei Dritteln aus Kohle gewinnt, nimmt immer klimaschädlichere Ausmaße an. Laut der neusten Prognose der Internationalen Energiebehörde (IEA) wird China die USA noch dieses Jahr als größten Produzent von Kohlendioxid ablösen.

Klimaschutz galt in China bislang als wachstumsfeindlich. Klare Bekenntnisse zur Reduzierung der Emissionen scheute Peking bislang. Für Yang Ailun, die bei Greenpeace in Peking für die Klimakampagne verantwortlich ist, hat das vor allem verhandlungsstrategische Gründe. "China will sich nicht zu früh auf etwas festlegen lassen", meint die quirlige junge Frau in brauner Cargo hose und blauem T-Shirt, "aber die chinesische Regierung ist auch frustriert über den stockenden Kioto-Prozess."

Der Physiker Yang Fuqiang kann über den Streit nur milde lächeln. "Ich will die chinesische Position nicht verteidigen", sagt der Chefrepräsentant der US-initiierten Energy Foundation, "aber um etwas mehr Verständnis werben." Dass die Reaktionen auf Chinas Emissionsreduzierungen so negativ sind, findet Yang schade. "Die westliche Welt sollte nicht immer nur danach fragen, ob das ernst gemeint oder möglich ist, sondern einfach mithelfen."

Yang selbst geht in punkto Klimaschutz mit gutem Beispiel voran. Jeden Tag läuft der agile Mittfünfziger 45 Minuten in sein Büro und versucht Freunde wie Angestellte dazu zu überreden, das Auto stehen zu lassen. "Immerhin haben hier in unserer Stiftung 50 Prozent kein Auto", sagte Yang. Dafür bekommen die Mitarbeiter, die öffentliche Verkehrsmittel nutzen, rund 1,50 Euro Fahrkostenzuschuss pro Tag - das reicht dicke für die Hin- und Rückfahrt mit dem Bus oder der U-Bahn.

Preisreize sind nach Ansicht von Yang eines der wirkungsvollsten Elemente zukünftiger Klimapolitik in China. Seine Stiftung arbeitet an verschiedenen Konzepten zur Besteuerung des Energiesektors: Ihren Vorschlag für eine Benzinststeuer wird die chinesische Führung wohl noch in diesem Jahr umsetzen.

Handlungsbedarf besteht vor allem in Chinas Kohlektor. Doch gerade dort greifen marktwirtschaftliche Anreize nicht. Obwohl die Zentralre-

gierung die Preisbindung seit Anfang des Jahres größtenteils aufgehoben hat, spiegeln die Preise für Kohlen noch nicht einmal annähernd die Schäden für Klima und Umwelt wider. Denn die Produktion brummt und wird noch zu einem Drittel aus illegalen Minen gespeist, die sich nicht um Umweltschutz kümmern.

"Die Regierung hat den Überblick über den Kohlesektor verloren", bilanziert Maximilian Mayer, der an der Ruhr-Universität Bochum zu Chinas Energie- und Klimapolitik forscht. Zwar sei Peking nun dabei, die Lizenzen für Kohleabbau neu zu vergeben - geknüpft an Auflagen für die Sicherheit und die Umwelt. Doch dies sei ein sehr langwieriger Prozess.

Die Klimapolitik in China wird voller Widersprüche bleiben. "Die Zentralregierung hat gute Pläne", sagt Yang Ailun, die aus Leidenschaft bei Greenpeace arbeitet, "aber wenn sie sich in punkto Umweltschutzaufgaben wirklich mit den großen Staatsunternehmen im Energiesektor anlegt, wird es knallen." In der Kaderhierarchie sind die Direktoren der fünf großen Energiefirmen den Politikern im Energiebüro der Nationalen Kommission für Reform und Öffnung sogar übergeordnet. Die lassen sich nicht so leicht reinreden, fürchtet Yang. Konflikte zwischen einzelnen Institutionen werden zudem nicht offen ausgetragen, sondern durch komplexe Aushandlungsprozesse verschleiert.

Es brauche einen Mentalitätswandel und mehr Raum für öffentliche Beteiligung, sagt Aktivistin Yang. Damit meint sie aber auch die Gesellschaften der westlichen Industriestaaten. Die müssten mit gutem Beispiel vorangehen und über ihren Lebensstil nachdenken, statt nur die chinesischen Regierung zu kritisieren, fordert Yang.

Nirgendwo aber scheint derzeit die zerstörerische Wirkung von Menschen auf ihrer Umwelt in China so klar, wie in der unberührten Natur des Himalajas. Der Mönch Awang, 36, lebte hier von klein auf. Jetzt hütet er den Rongbu-Tempel, den höchsten Tempel der Welt in nur 40 Kilometer Entfernung vom Gipfel des Mount Everest. Awang hat seine ganz eigene Theorie vom Klimawandel entwickelt. "Die viele Leute haben durch ihren Lärm und ihre Routen die Seele des Berges verletzt", meint der Lama in der weinroten Kutte über der rot-grauen Trainingsjacke, "deshalb wird

es hier immer heißer." Für die Bewohner des Dorfs Zaxizhang schmilzt im Kampf gegen den Klimawandel die Zeit dahin.

Weitere Informationen und Umweltdaten zu China finden sich in einer Studie der Deutschen Bank unter:

http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERN_ET_DE-PROD/PROD0000000000195771.pdf

China sagt Klimaanlagen den Kampf an

[Spiegel-Online, 14.06.2007] T-Shirts statt Schlips und Anzug, Klimaanlagen drosseln: Peking propagiert das Energiesparen - nach eigenen Vorgaben. Vom Westen will man sich nichts vorschreiben lassen. Im Gegenteil: China fordert die Industriestaaten zum Pro-Kopf-Vergleich der Treibhausgas-Emissionen auf.

Peking - Schon mehrfach hatte die chinesische Führung argumentiert: Die reichen Industrieländer seien für das Gros der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre verantwortlich, und müssten diese auch hauptsächlich bekämpfen. Jetzt sagte der chinesische Wissenschaftsminister Wan Gang: "Wir erforschen einen neuen Entwicklungspfad. Wir werden die Pro-Kopf-Emissionen kein hohes Niveau erreichen lassen und dann wieder reduzieren" - so wie der Westen es getan hat.

Wan kündigte an, man werde in China Pro-Kopf-Verschmutzungsgrenzen einführen. Und die Klimaanlagen im Riesenreich sollen künftiger weniger Energie verbrauchen. Der Minister sagte freilich nicht, auf welches Niveau die Regierung den Treibhausgasausstoß begrenzen will.

Jeder so, wie er es für richtig hält - diese Position ist auch eine Konsequenz aus dem G-8-Gipfel von Heiligendamm: Damit irgendwann alle an einem Strang ziehen, müssten gute Vorbilder her. Dieses Argument hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) beim EU-Gipfel im Frühjahr in Brüssel bemüht, und auch vor dem G-8-Gipfel von Heiligendamm galt diese Devise: Zuerst müssen sich die stärksten Industriemächte auf verbindliche Klimaschutzziele einigen, damit in einem zweiten Schritt Schwellenländer wie Brasilien, Indien und China in ein internationales Vertragswerk eingebunden werden könnten. Mittlerweile weiß man, schon der erste Schritt war ein frommer Wunsch. Der Klimakompromiss von Heiligen-

damm klingt gut, verpflichtet aber zu nichts.

Wie sich die Nicht-G-8-Staaten künftig dazu stellen werden, machen nun die Äußerungen der chinesischen Regierung deutlich: "Diese Vereinbarung hat es versäumt, die genauen Verpflichtungen für die verschiedenen Länder zu konkretisieren", sagte Minister Wan vor Journalisten in Peking. Er bezeichnete den G-8-Kompromiss ebenso höflich wie zweideutig als positiven ersten Schritt - schaffte aber gleichzeitig mit einer eigenen Ankündigung Fakten.

Bereits im Vorfeld hatte Peking klargemacht, man wünsche sich keine Vorgaben aus dem Westen - und zunächst habe das eigene Wirtschaftswachstum noch Vorrang vor dem Klimaschutz. In einem nationalen Klimaschutzprogramm hatte Peking dann kurz vor dem Beginn des Gipfels, bei dem man selbst nur als Gast zugegen war, erklärt: Das Problem ist da, aber die Technologie für eine sauberer Wirtschaft sei schlicht noch zu teuer.

China, das die USA in Kürze als größter CO₂-Emittent weltweit ablösen wird, ist in einer paradoxen Situation: Kaum ein Land auf dem Globus spürt die Folgen des Klimawandels schon heute so stark wie das Riesenreich, das durch Gletscherschmelze, Verwüstung, Dürre und Trinkwassermangel gebeutelt wird - zusätzlich zu anderen Umweltproblemen wie Luftverschmutzung. Dass Handeln erforderlich ist, bestreitet Peking nicht. Beim Wie und Was will man sich nach dem kläglichen Heiligendammer Kompromiss weniger Vorschriften machen lassen als je zuvor.

Die Ankündigung von Emissionsgrenzen pro Einwohner passt zu dieser Argumentation: Tatsächlich ist der Ausstoß pro Chinese viel niedriger als pro US-Amerikaner, leben doch in China rund 1,3 Milliarden Menschen und in den USA nur 300 Millionen - trotzdem pusten beide Länder gegenwärtig etwa dieselbe CO₂-Menge in die Luft. Konkrete Zahlen für die Obergrenzen nannte Wan freilich nicht.

Shi Yinhong, ein Experte für internationale Sicherheit an der People's University of China in Peking sagte, interpretiert die Ankündigung der chinesischen Führung auch als PR-Maßnahme. "Nicht der Inhalt der Nachricht ist wichtig, sondern wie sie überbracht wird", sagte er. "Ein mildes Auftreten bedeutet da, dass China nicht so sehr zum Ziel internationaler Kritik wird."

Die eigene Bevölkerung ruft Peking zum Energiesparen auf:

"Leichte Kleidung im Büro zu tragen hilft, die Klimaanlage herunterzudrehen", zitierte die Tageszeitung "China Daily" eine Mitteilung der Regierung. Zukünftig sollten Büroarbeiter auf Anzug und Krawatte verzichten, um den Bedarf an Kühlung und damit den Energieverbrauch zu reduzieren.

In der Hauptstadt Peking ist eine Energiepolitik beschlossen worden, die Klimaanlage generell beschränkt, um Energieverbrauch und Luftverschmutzung zu senken. 22 Inspektoren sollen im behördlichen Auftrag überprüfen, ob Betreiber von Bürogebäuden, Hotels und Einkaufszentren sich an die neue Untergrenze von 26 Grad Celsius halten. Kühler dürfen Klimaanlage nicht mehr eingestellt werden.

Auch in der Großstadt Yangzhou sollen künftig Energiepolizisten patrouillieren, um die Einhaltung der Kühlgrenze zu überwachen, meldete die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua. Nach behördlichen Angaben entfallen dort während der Sommermonate 30 bis 35 Prozent des gesamten Energieverbrauchs auf Klimaanlage.

Ob China sein selbstgestecktes - aber nicht durch internationale Verträge verpflichtendes - Ziel einer Reduktion des Energieverbrauchs um 20 Prozent für jeden Wirtschaftssektor bis zum Jahr 2010 einhalten kann, ist angesichts der galoppierenden Wirtschaftsentwicklung in dem Land allerdings fraglich. Erst heute teilte das nationale Statistikbüro in Peking mit, im Mai 2007 sei die Industrieproduktion um 20 Prozent gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres gestiegen.

USA: Klimasünder verklagt

[Jakob Rinkewitz, FÖS] In den USA müssen sich insbesondere im Zuge des Hurricanes Katrina bereits mehrere Firmen vor Gericht wegen ihrer vorangegangenen Umweltsünden und des hohen CO₂-Ausstoßes ihrer Produktion verantworten. Opfer des Wirbelsturms hatten geklagt, dass erst die umweltschädlichen Anlagen der Industrie dem Sturm seine zerstörerische Kraft verliehen hatten. Der Ausgang der Prozesse ist derzeit noch völlig offen, die US-amerikanische Industrie stellt sich aber bereits auf eine breite Welle von Klagen ein,

wie sie schon die Tabakindustrie seit langer Zeit beschäftigt.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,484583,00.html>

Britische Regierung legt Klimaprogramm vor

Die britische Regierung unter Ministerpräsident Blair setzt sich ehrgeizige Klimaziele. Neben Erneuerbaren Energien soll jedoch auch die Atomkraft ausgebaut werden.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,484507,00.html>

Österreich: Photovoltaik-Ökostromgesetz zerstört Wachstumsmarkt

[iwr, 05.06.2007] Nach Ansicht des österreichischen Bundesverbandes Photovoltaic Austria zeigen die Marktberichte des Jahres 2006 und die gegenwärtige Marktentwicklung, dass das Ökostromgesetz in Österreich kein Fördergesetz, sondern ein Verhinderungsgesetz ist. So habe das Land im Jahr 2006 um 500 Mal weniger PV-Anlagen errichtet als Deutschland. In Deutschland wären im PV-Bereich in den letzten Jahren hochwertige Arbeitsplätze geschaffen worden, in Österreich würden die wenigen noch vernichtet, teilte der Bundesverband weiter mit. Die von der deutschen Regierung in Auftrag gegebenen Studien zeigten, dass in Deutschland bis 2020 mehr Geld in der Umwelttechnologie gemacht werde, als im Maschinenbau und der Automobilbranche. In Österreich würden diese Einkommenschancen für viele Berufsgruppen verhindert. "Das ist eine Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Unvernunft und Ignoranz", so Gerhard Fallent, Geschäftsführer des Bundesverbandes Photovoltaic Austria. Er fordert dringend notwendige Korrekturen.

Anteil der Erneuerbaren in der Slowakischen Republik soll verdreifacht werden

[oekonews.at, 16.5.2007] Die "Österreichischen Energietage" in Banská Bystrica boten umfassend Gelegenheit zur Diskussion der neuen Strategie der slowakischen Regierung, den Einsatz der Erneuerbaren bei der Stromerzeugung zu verdreifachen.

chen.

Am 26. und 27. April 2007 war die im Herzen der Slowakischen Republik gelegene Stadt Banská Bystrica Treffpunkt für rund 35 VertreterInnen österreichischer Unternehmen und Finanzierungsinstitutionen mit InteressentInnen und ProjektwerberInnen von slowakischen Unternehmen, Behörden und Gemeinden. Ziel der "Österreichischen Energietage in der Slowakischen Republik" war es, Impulse für die Realisierung gemeinsamer Projekte im Bereich Erneuerbare Energie und Energieeffizienz zu setzen und Kooperationen zu fördern. Den Rahmen der Veranstaltung bildete die Messe FOR REGION.

Einen Tag vor Beginn der "Österreichischen Energietage" hat die slowakische Regierung eine neue Strategie verabschiedet, die den Einsatz von Erneuerbarer Energie in der Stromproduktion verdreifachen soll, um 2020 einen Anteil von 12% zu erreichen. Für diese Annäherung sollen jährlich 3 Mio. Euro zur Verfügung stehen. In der Slowakischen Republik ist bei den Erneuerbaren derzeit vor allem Wasserkraft von zentraler Bedeutung. In der neuen Strategie wurden jedoch auch die großen Potentiale für Solarenergie und Geothermie betont. Der neue Gesetzesentwurf soll bis Ende des Jahres vorliegen. Für österreichische Unternehmen eröffnet diese Entwicklung zusätzliche Chancen, was natürlich bei den Energietagen für interessante Diskussionspunkte sorgte.

In Zusammenarbeit mit der "Österreichischen Außenhandelsstelle Pressburg", dem Lebensministerium und dem Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Umwelttechnik, sowie mit tatkräftiger Unterstützung der Slowakischen Energieagentur wurden am 24. Oktober 2006 in Bratislava "Österreichische Energietage in der Slowakischen Republik" veranstaltet. Aufgrund des großen Interesses haben die "Österreichischen Energietage" Ende April 2007 in Banská Bystrica erneut stattgefunden. Mit dieser Veranstaltung wurde das erfolgreiche Konzept der "Österreichischen Energietage", die neben der Slowakischen Republik bereits in Slowenien, Bulgarien, Rumänien, der Ukraine und der Tschechischen Republik stattfanden, fortgeführt.

Schwedische Regierung fördert direkt den Kauf emissionsarmer Autos

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Die schwedische Regierung fördert bis Dezember 2009 den Kauf treibstoffeffizienter und emissionsarmer Autos mit insgesamt 27 Millionen Euro (250 mill. Schwed. Kronen). Der Kauf eines Wagens, der den langfristigen Emissionszielwert der EU von 120 Gramm CO₂ pro Kilometer unterschreitet, wird mit ca. 1070 Euro bezuschusst. Käufer von effizienten Hybrid- oder Elektroautos sollen in ähnlicher Weise unterstützt werden.

Siehe hierzu: Pressemitteilung der Schwedischen Regierung vom 30.03.2007

<http://www.sweden.gov.se/sb/d/8202/a/79866;jsessionid=ab9Jdvv1hANb>

CO₂-Aufschlag in Norwegen

[Thomas Rösch, FÖS] In Norwegen wird eine CO₂-Steuer auf den Kaufpreis von Kfz erhoben. Eine grafische Darstellung mit Beispielen findet sich unter folgendem Link:

http://www.foes.de/de/downloads/OESN42/CO2_tax_Norway.pdf

Tschechischer Staatspräsident erklärt Klimawandel zum „Mythos“

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Der tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus hat in einer Rede am 09.03. 2007 am Cato Institute, einem US-amerikanischen, wirtschaftsliberalen think tank in Washington D.C., den Umweltschutz als „gefährlich“ und als „Religion“ bezeichnet, die das menschliche Verhalten und bestehende Wirtschaftssysteme verändern wolle. Der „Mythos“ vom Klimawandel sei „totaler Unsinn“.

Den gesamten Artikel über die Rede von V. Klaus finden Sie hier:

<http://www.tschechien-online.org/news/7655-vaclav-klaus-klimawandel-ein-mythos/>

Nicht nur diese Aussage, sondern auch die Veröffentlichung seines Buches sorgte in Tschechien für Kontroversen; siehe hierzu:

http://launch.praguemonitor.com/en/87/czech_politics/6702/

Tschechien verstärkt Umweltschutz

[Thomas Rösch, FÖS] Die tschechische Regierung hat am 11.06.2007 ein Programm zur Senkung von Emissionen gebilligt. Das Programm richtet sich vor allem auf die Reduzierung von Feinstaubpartikeln und Stickstoffoxyden, die im Straßenverkehr und bei Verbrennungsprozessen entstehen. In den nächsten sieben Jahren soll unter anderem die Verbrennung von Kohle verringert werden sowie strengere Emissionswerte für Autos eingeführt werden.

http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1021885

Des Weiteren hat man sich auf eine weitgehende Reform der Staatsfinanzen geeinigt. Die tschechischen Grünen setzten dabei durch, dass nicht wie zunächst vom Industrieminister vorgesehen die Nutzung von Energie aus Braunkohle, sondern aus Erdgas steuerlich begünstigt wird.

<http://www.tschechien-online.org/news/8605-regierung-prag-einigt-sich-reformpaket-tschechien/>

9. WIRTSCHAFT PRO KLIMASCHUTZ

Deutsche Bank erstellt Studie zum Klimawandel

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Die Deutsche Bank hat eine viel beachtete Studie zum Klimawandel vorgestellt. Darin werden die Auswirkungen des Klimawandels auf die verschiedenen Branchen der Wirtschaft analysiert. In vielen Bereichen, so die Studie, überwiegen für die Wirtschaft die Chancen bei weitem die Risiken des Klimawandels. Und die Energiesteuern werden weiter steigen...

http://www.dbresearch.de/servlet/reweb2.ReWEB?rwsite=DBR_INTERNET_DE-PROD

Roland-Berger-Studie: Experten erwarten grünes Job-Wunder

[Süddeutsche Zeitung, 08.04.2007] Die globale Klimaschutz-Debatte hat einer Studie zufolge ä-

berst positive Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt. Im Jahr 2020 werde die Öko-Branche mehr Mitarbeiter ernähren als die Autoindustrie.

Wie die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* unter Berufung auf eine Studie der Unternehmensberatung Roland Berger berichtet, mausere sich die Öko-Industrie zu einem der größten Jobmotoren in Deutschland. "Die Öko-Branche entwickelt sich zur Leitbranche in Deutschland. Ein Job-Motor ist sie schon heute", sagte Torsten Henzelmann von Roland Berger der Zeitung.

"Im Jahr 2020 wird die Umweltbranche mehr Mitarbeiter ernähren als der Maschinenbau oder die Autoindustrie", so Henzelmann.

Im Bereich Umwelttechnik arbeiten demnach in Deutschland derzeit bereits eine Million Arbeitnehmer. Die Zahl werde parallel zu den explodierenden Umsätzen steigen. Schon heute klagten Unternehmen, dass sie nicht genügend qualifizierte Mitarbeiter fänden, sagte Henzelmann.

Die Unternehmensberatung erstellt im Auftrag von Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) einen Öko-Atlas für Deutschland, der im Juni zum EU-Umweltgipfel offiziell veröffentlicht werden soll. „Im Jahr 2020 wird die Umweltbranche mehr Mitarbeiter ernähren als der Maschinenbau oder die Autoindustrie“, sagte Henzelmann.

Die Wirtschaft entdeckt, dass sie vom Klimawandel profitiert

[Ulrike Herrmann, taz vom 05.06.2007] Wer verliert, wer gewinnt? Ob beim Fußball, beim Fernsehquiz oder bei Schlagerhitparaden - das interessiert immer. Diesen Mechanismus menschlicher Neugier hat nun auch die Deutsche Bank genutzt: In einer Studie hat sie ermittelt, welche deutschen Wirtschaftsbranchen am meisten vom Klimawandel profitieren werden. Um es kurz zu machen: Wer erneuerbare Energien produziert, gehört zu den Gewinnern. Bei den Verlierern reihen sich die Hersteller schwerer Luxusautos ein.

Einen Gewinner hat die Deutsche Bank allerdings vergessen: sich selbst. Denn es ist kaum zu übersehen, dass ihre Studie Werbezwecken dient. Sie soll die Bank als Vordenkerin profilieren, die ihre Kunden sicher in die Zukunft geleiten kann. Im-

merhin war die Expertise für den Staat kostenlos. Für eine ähnliche Studie der Unternehmensberatung Roland Berger, publiziert im Mai, hat das Bundesumweltministerium noch zahlen müssen.

Beide Studien sehen den Klimawandel positiv, machen sie doch neue Märkte und neue Kunden für die deutsche Umwelttechnologie aus. Damit erkennen sie nur die Realitäten an. Denn nicht die Unternehmen werden für den Klimaschutz zahlen, sondern ihre Kunden und die privaten Haushalte. So war es jedenfalls bisher, wie die Geschichte der Ökosteuer zeigt: Sie wird vor allem von den Konsumenten aufgebracht und fließt in die Rentenkassen - wovon dann ganz unmittelbar auch die Unternehmen profitieren, die ja die Hälfte der Sozialbeiträge tragen. Dank der Ökosteuer kommen allein die exportorientierten Firmen auf ein Plus von einer Milliarde Euro jährlich, hat das Wirtschaftsforschungsinstitut RWI ausgerechnet.

Die Firmen können sich also über den Klimaschutz nicht beklagen. Mit der Ökologie ist es ein wenig wie bei der Börse: Dort ist es den Aktienhändlern auch weitgehend egal, ob die Kurse steigen oder fallen - solange sie sich überhaupt bewegen. Denn der Umsatz bringt das Geld. Mit dem Klimaschutz ist es ähnlich: Manche Branchen mag es treffen. Aber die neue Nachfrage nach Wärmedämmung oder Elektropumpen macht das wett.

Ökoeffizienz ist rentabel

[Fritz Vorholz, Die Zeit vom 14. Juni 2007] Interview mit Stefan Schaltegger, Professor für nachhaltiges Management an der Universität Lüneburg.

Die Zeit: Herr Schaltegger, wie grün ist Deutschlands Wirtschaft?

Stefan Schaltegger: Manche Anbieter sind weltführend. Beispielsweise die Wind- und Solarindustrie. Andere Branchen, zum Beispiel einige Autohersteller, haben zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung erheblichen Nachholbedarf.

Zeit: Und was ist mit den Konsumenten?

Schaltegger: Einerseits spielen für hiesige Verbraucher Umweltaspekte eine wachsende Rolle. Und doch achten sie in gewissen Konsumbereichen wie gerade bei Lebensmitteln mehr auf den Preis als andere Europäer. Die hiesigen Auto-

käufer möchten zwar, dass die Fahrzeuge ökologischer sind; bei ihren Kaufentscheidungen sind aber immer noch Aspekte wie Prestige und Freiheitsgefühl ausschlaggebend. Ein klarer Trend zur Öko- und Ressourceneffizienz ist indes woanders entstanden: bei den investierenden Unternehmen.

Zeit: Ist das Gros der hiesigen Unternehmen tatsächlich ökologisch auf der Höhe der Zeit?

Schaltegger: Gegenfrage: Was verstehen sie unter Ökotechnik? Kläranlagen, Filter? Die gehören auch dazu. Aber Schmutz erst entstehen zu lassen und ihn dann wieder einzusammeln ist sicher nicht die intelligenteste Art. Heute geht es darum, ein Produkt von vornherein mit möglichst geringem Material- und Energieeinsatz herzustellen. Da leisten moderne Produktionsverfahren Wunder, bei denen Umweltechnik zwar integriert, aber als solche gar nicht erkennbar ist.

Zeit: Also müssen wir uns um die produzierende Wirtschaft keine Sorgen machen?

Schaltegger: Doch, die Möglichkeiten, mit noch weniger Energie- und Materialeinsatz zu produzieren, wachsen permanent. Dieses Potenzial wird aber nur unzureichend genutzt, obwohl es häufig rentabel wäre. Ich kenne kein deutsches Unternehmen, das durch mehr Umwelteffizienz seine Rentabilität nicht steigern könnte.

Zeit: Was läuft noch schief?

Schaltegger: Manchen der rentablen Ökoinvestitionen konkurrieren mit Investitionsprojekten die noch rentabler sind; insofern ist der Verzicht auf den letzten Stand der Effizienztechnik betriebswirtschaftlich rational. Oft mangelt es den Investoren aber schlicht an Informationen. Und es gibt nach wie vor auch Entscheider in Unternehmen, die Umweltschutz als Ideologie betrachten, als „linkes“ Anliegen – und sich deshalb nicht damit beschäftigen. Ein Wahnsinn: Denn nicht nur die Unternehmensrentabilität, auch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft steigt in der Regel mit der Ökoeffizienz der Produktionsverfahren.

Zeit: Wie können Investoren erkennen, ob mehr Ökoeffizienz sich lohnt?

Schaltegger: Indem sie Informationssysteme etablieren, beispielsweise die Materialflusskostenrechnung. Dadurch werden die Kosten des Rohstoffverbrauchs laufend erfasst. Nur wer diese Kosten kennt, kommt überhaupt auf die Idee, mit

weniger Rohstoffeinsatz womöglich noch rentabler zu wirtschaften. Solche Informationssysteme sind heute zwar weiter verbreitet als früher; aber viele kennen sie immer noch nicht.

Zeit: Wie lässt sich das Defizit beseitigen?

Schaltegger: Steigende Preise für Energie, Wasser, Rohstoffe oder CO₂-Emissionen schärfen das Unternehmerische Bewusstsein. Mit seinem Emissionshandel ist Europa deshalb im Prinzip auf dem richtigen Weg – sofern die Zertifikate in Zukunft nicht mehr verschenkt, sondern knapp gehalten oder jährlich versteigert werden. Man kann die Firmen auch veranlassen, bei jedem größeren Investitionsvorhaben eine Alternativrechnung vorzulegen, in der die ökologischste Variante ökonomisch kalkuliert werden muss. Die Unternehmen sollten natürlich nicht dazu gezwungen werden, diese Variante auch umzusetzen. Allein die Pflicht, sich zu informieren, kann aber schon sehr wirksam sein. Der US-Bundesstaat Washington verlangt das von seinen Unternehmen bereits seit über zehn Jahren. Seitdem ist eine substanzielle Zunahme der ökologischsten Investitionsvarianten zu verzeichnen.

Wirtschaft für Klimaschutz

[*nachhaltigwirtschaften.de*, 06.03.2007] Das Präsidium des BDI hat auf seiner gestrigen Sitzung in Berlin die BDI-Initiative "Wirtschaft für Klimaschutz" beschlossen. In der Begründung der Initiative heißt es:

"Wir stehen vor der enormen Herausforderung, eine Brücke zu errichten zwischen der heutigen Wirtschaftsweise und einer sich davon deutlich unterscheidenden CO₂-armen Zukunft."

Die deutsche Wirtschaft ist Weltmarktführer in Klimaschutzprodukten. Sie nimmt die Herausforderung des Klimaschutzes und ihre Verantwortung sehr ernst und arbeitet an langfristigen Strategien, um den Klimawandel wirksam begrenzen zu helfen.

"Um die besondere Verantwortung der deutschen Wirtschaft für den Klimaschutz zu unterstreichen, haben sich führende Unternehmerpersönlichkeiten unter dem Dach des BDI zur Initiative "Wirtschaft für Klimaschutz" zusammengeschlossen. Den Vorsitz führt Dr. Klaus Kleinfeld, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG. Die Initiative repräsen-

tiert die ganze Breite und Kompetenz der gewerblichen Wirtschaft in Deutschland und bietet sich als kompetenter Partner bei der weltweiten Suche nach Lösungen für das Klimaproblem an."

"Ich freue mich sehr, diese wichtige Aufgabe zu übernehmen. Mit der BDI-Initiative bekräftigt die Industrie ihre Vorreiterrolle, Lösungen für die weltweite Klimaproblematik zu erarbeiten. Es geht uns darum, wirkungsvolle Maßnahmen voranzutreiben, um weitere Folgen für die Gesellschaft zu minimieren. Wir wollen gemeinsam mit der Politik tragfähige, innovative Lösungen entwickeln", so Klaus Kleinfeld.

http://www.nachhaltigwirtschaften.net/scripts/basics/eco-world/wirtschaft/basics.prg?session=c25fb38145fe2791_101518&a_no=849

Klimawandel nutzt Bauwirtschaft

[*Spiegel-Online.de, 04.06.2007*] Gebäudesanierungen und Schäden durch extreme Wetterschwankungen: Die Baubranche gehört zu den größten Gewinnern des Klimawandels. Verlierer sind der Verkehrssektor und die Energiewirtschaft mit fossilen Brennstoffen.

Außerdem profitieren die Erneuerbaren Energien, der Maschinenbau und die Elektrotechnik von den veränderten Rahmenbedingungen, wie aus einer heute in Frankfurt am Main vorgestellten Klimastudie der Deutschen Bank hervorgeht. Demnach werden diese Branchen in den kommenden Jahren gleich doppelt vom Klimawandel profitieren. "Die Analyse hat auch gezeigt, dass für viele Branchen die Chancen des Klimawandels seine Risiken überwiegen", heißt es in der Studie. Dies gelte besonders für Wirtschaftszweige, die einen wichtigen Beitrag zur Verlangsamung des Klimawandels und zur Bekämpfung seiner negativen Folgen leisten könnten.

Erneuerbare Energien zählen der Studie zufolge zu den Gewinnern, da sie in den nächsten Jahren weiter von klimapolitisch motivierten Förderprogrammen profitieren. Für die Bauwirtschaft lägen enorme Potenziale in der energetischen Sanierung von Gebäuden. Außerdem könnte die Beseitigung von Schäden nach extremen Wetterereignissen Sonderkonjunkturen auslösen.

Auch Maschinenbau und die Elektrotechnik zäh-

len laut Studie zu den Industriezweigen, die einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten könnten. Potenzial sehen die Experten hier vor allem in den Bereichen Klima-, Heizungs- und Lüftungstechnik oder in der Entwicklung von Bewässerungstechnologien, Energiesteuerungsanlagen oder energieeffizienteren Haushaltsgeräten.

Verlierer des Klimawandels seien hingegen vor allem der Verkehrssektor, die Energiewirtschaft mit fossilen Brennstoffen, der Tourismus und das Ernährungsgewerbe. Fossile Energieträger würden sich durch staatliche Maßnahmen tendenziell verteuern. Auch für die Verkehrsbranche erwarten die Experten stärkere staatliche Belastungen. "Im Tourismus ist mit erheblichen regionalen und saisonalen Verschiebungen von Urlauberströmen zu rechnen", heißt es in der Studie. In der Ernährungswirtschaft würden sich die Rohstoffe verteuern, für die Finanzwirtschaft würde die Kalkulation von Risiken schwieriger. "Allerdings eröffnen sich vielfältige neue Geschäftsoptionen, zum Beispiel nachhaltige Investments."

Die Klimaforscher der Deutschen Bank gehen in ihrer Studie von einer Zunahme der weltweiten Durchschnittstemperatur und einem merklichen Anstieg des Meeresspiegels aus. Zudem werde eine Änderung der globalen Niederschläge erwartet. Extreme Wetterereignisse, wie Orkane, Hurrikane, Starkregen und Dürrephasen würden zunehmen.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,486552,00.html>

10. ENERGIE

Bundesrat beschließt Energiepass

[*Jakob Rinkewitz, FÖS*] Der Bundesrat hat beschlossen, dass Hauseigentümer in Zukunft bei Verkauf oder Vermietung Auskunft über den Energieverbrauch der Immobilie geben müssen.

http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/Nachrichten/Politik/Artikel.Rentenerh%C6hung,-Abh%C6rregeln-und-LKW-Maut_arid.967798_regid.2_puid.2_pageid.4290.html

Solarenergie:

Und wächst und wächst und wächst

[Nick Reimer, taz vom 14.06.2007] Die Finanzbranche entdeckt die Solarwirtschaft: Die Börsenkapitalisierung sichert die Expansion. Ex-Minister Trittin ist für die Senkung der Einspeisevergütung.

Die Deutsche Solarindustrie hat ihre Produktion im vergangenen Jahr um 50 Prozent gesteigert. Damit wuchsen die deutschen Firmen doppelt so schnell wie ihre ausländischen Konkurrenten. Nach Angaben des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW-Solar) wurden allein im letzten Jahr 220.000 Solaranlagen im Wert von 5 Milliarden Euro in Deutschland neu installiert. Auch jenseits der Grenzen brummt das Geschäft: Die Deutschen Zellenproduzenten steigerten ihren Anteil am Weltmarkt auf über 50 Prozent. Dies entspricht einem Exporterlös von einer Milliarde Euro.

Der Trend wird absehbar auch weiter anhalten. Allein für dieses Jahr erwartet die Branche ein Anziehen der Exportumsätze auf rund 1,5 Milliarden Euro, bis 2012 sogar eine Verfünfachung. 2007 und 2008 entstehen hierzulande 15 neue Solarfabriken und bis zu 10.000 neue Solartechnik-Arbeitsplätze. Damit besitzt Deutschland die größte Dichte an solaren Produktions- und Forschungsstätten weltweit.

"Schuld" am Boom ist nach einer am Mittwoch vorgestellten Studie der Beratungsgesellschaft Ernst & Young das Vertrauen der Finanzbranche in den Wirtschaftszweig. "Der Kapitalmarkt mit seiner hohen Finanzierungsbereitschaft setzt auf den Erfolg der deutschen Unternehmen", urteilt Robert Seiter von Ernst & Young. Der Untersuchung zu Folge ist 2007 auf dem Kapitalmarkt mit einer Verdreifachung der angelegten Finanzmittel im Vergleich zu 2006 zu rechnen - auf dann 1,2 Milliarden Euro.

Auch eines der größten deutschen Kreditinstitute, die Commerzbank AG, registriert ein deutliches Anziehen der Wachstumsfinanzierung. Ein wichtiger Zukunftsbaustein: "Eine entscheidende Voraussetzung für Zukunftsinvestitionen ist unter anderem die angemessene Kapitalausstattung der Unternehmen", sagt Joachim Treder vom Commerzbank- "Center of Competence Renewable Energies".

Allerdings ist der Boom noch nicht selbsttragend: "Wir sind immer noch in der Pionierstrecke am Anfang des Weges", warnt Carsten Körnig, BSW-Solar-Geschäftsführer. In zehn Jahren, so das ehrgeizige Ziel der Solarstromer, solle die Photovoltaik konkurrenzfähig sein. "Ohne Förderung, ohne verlässliche Rahmenbedingungen werden wir das nicht schaffen", sagt Körnig. Im Schnitt gehe die Branche von Preissenkungen von fünf bis sechs Prozent jedes Jahr aus.

Demnächst steht die neue Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) an. Jürgen Trittin, der als Bundesumweltminister die Novelle des EEG 2004 auf den Weg brachte, plädiert inzwischen für eine Absenkung der Einspeisevergütung für Photovoltaik. "In der Branche wird im Moment regelrecht abgezockt", sagte Trittin der taz. "Die tatsächlichen Kosten sind schneller gesunken als erwartet, doch die Preise bleiben hoch. Darum müssen die Vergütungssätze angepasst werden." Genau davor warnt nun die Commerzbank. "Dass die Branche auf dem Kapitalmarkt so attraktiv ist, liegt am Cashflow", begründet Joachim Treder.

Grüne wollen Stromsparfonds auflegen

[Reinhard Loske, Grüne, 13.06.2007] Die jüngsten Ziele der Bundesregierung sehen vor, den Strombedarf in Deutschland bis 2020 um 11% zu senken und auf diese Weise rund 40 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr einzusparen. Die EU-Energiedienstleistungsrichtlinie schreibt eine Energieeinsparung von 9% über den Zeitraum 2008-2017 vor. Trotz dieser Ziele wurden bislang nur wenige Maßnahmen zur Effizienzsteigerung auf den Weg gebracht. Hintergrund ist, dass der Stromverbrauch in Deutschland von 1993 bis 2005 um fast ein Fünftel gestiegen ist. Zahlreiche Studien belegen, dass noch große ungenutzte Effizienzpotenziale bestehen, die zu einem erheblichen Teil sogar kostenneutral erschlossen werden könnten.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen das Kölner Beratungsunternehmen ECOFYS damit beauftragt, ein Gutachten für einen Stromsparfonds auszuarbeiten. Der Fonds soll mit einer Milliarde Euro jährlich v.a. aus Erlösen der Versteigerung von Zertifikaten beim Emissionshandel ausgestattet werden und mindestens fünf Jahre laufen. Reinhard

Loske, der die Studie für die grüne Bundestagsfraktion in Auftrag gegeben hat: "Die Reduzierung des Stromverbrauchs ist bislang nicht konsequent angegangen worden. Hier liegt ein verborgener Schatz begraben, den wir dringend heben sollten, um Kraftwerksneubauten überflüssig zu machen." Mit dem Fonds sollen in privaten Haushalten, Mittelstand und Industrie zusätzliche Anreize für Investitionen in Stromeinsparung angeregt werden. So soll beispielsweise der Ersatz von "stromfressenden" Nachtspeicherheizungen, der Austausch von Elektromotoren in der Industrie oder der Kauf hocheffizienter Elektrogeräte durch private Haushalte bezuschusst werden. Die Umsetzung dieses Konzepts würde zu einer Stromeinsparung von gut 30 TWh pro Jahr führen und damit Strom von vier bis fünf großen Kohlekraftwerken einsparen.

www.loske.de/cms/default/rubrik/1/1188.umweltpolitik.htm

Atomstrom – weder billig noch gut fürs Klima

[Bundesumweltministerium, Pressedienst, 24.04.2007] Eine neue Studie belegt: auch Atomkraft ist nicht CO₂-frei. Strom und Wärme mit modernen Blockheizkraftwerken zu produzieren ist preiswerter und besser für das Klima als eine Energieversorgung mit Atomstrom. Das zeigen neue Berechnungen, die das Öko-Institut im Auftrag des Bundesumweltministeriums angestellt hat. „Atomstrom ist keineswegs CO₂-frei, wie von Befürwortern gerne behauptet wird. Denn bei der Urangewinnung werden zum Teil erhebliche Treibhausgasemissionen frei gesetzt, die bei weitem über denen der erneuerbaren Energien wie Windkraft, Wasserkraft oder Biogas liegen. Aber auch ein Blockheizkraftwerk auf Erdgas-Basis kann mit der CO₂-Bilanz von Atomstrom locker mithalten“, sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

Die Studie des Öko-Instituts bilanziert die gesamten Treibhausgasemissionen aus allen relevanten Stromerzeugungsoptionen. Dabei wird deutlich, dass ein deutsches Atomkraftwerk je nach Herkunftsort des Urans zwischen 31 und 61 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde Strom produziert. Demgegenüber verursachen erneuerbare Energien wie die Windkraft (23 Gramm CO₂ pro Kilowattstun-

de) oder die Wasserkraft (39 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde) niedrigere Emissionen. Lediglich die Photovoltaik liegt mit 89 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde noch leicht darüber.

Betrachtet man zudem, dass jeder Haushalt neben Strom ja auch Wärme benötigt und dass es erheblich effizienter ist, die Abwärme bei der Stromproduktion zu nutzen, relativiert sich der vermeintliche Klimaschutzvorteil des Atomstroms weiter. Denn wer Atomstrom bezieht, muss seinen Wärmebedarf anderwärtig decken, typischerweise mit einer Öl- oder Gasheizung. Ein kleines Gas-Blockheizkraftwerk, das gleichzeitig Strom und Wärme erzeugt, produziert demgegenüber weniger CO₂ als die Kombination aus Atomstrom und Ölheizung: 747 Gramm CO₂ für das Gas-Blockheizkraftwerk im Vergleich zu 772 Gramm CO₂ für die Atom-Öl-Kombination (jeweils bezogen auf die Produktion von 1 kWh Strom und 2 kWh Wärme). Die mit Abstand beste Klimabilanz hat in dem Zusammenhang ein Biomasse-Blockheizkraftwerk mit 228 Gramm CO₂. „Aus Klimaschutzgründen brauchen wir also nicht mehr Atomstrom, sondern mehr Kraft-Wärme-Kopplung“, folgerte der Bundesumweltminister.

Die Studie belegt außerdem, dass auch hinsichtlich der Stromerzeugungskosten in neuen Kraftwerken Atomstrom lediglich im Mittelfeld liegt und von allen anderen fossilen Energieträgern geschlagen wird. Die Erzeugungskosten regenerativer Energien liegen bei Windkraft nur noch wenig darüber - obwohl die „externen Kosten“, die gerade bei Atomstrom durch einen möglichen Reaktorunfall unüberschaubare Größenordnungen annehmen können, noch gar nicht einbezogen wurden.

„Bei ideologiefreier Betrachtung ist Atomenergie auch bei weitem nicht die preisgünstigste Art, Strom zu erzeugen. Es ist Zeit, mit der Legende, Atomstrom wäre billig und CO₂ frei, aufzuräumen“, fasste Bundesumweltminister Gabriel die Ergebnisse der Studie zusammen. „Selbst wenn wir die weltweit bekannten riesigen Gefahrenpotentiale der Atomkraft unberücksichtigt lassen, schneidet Atomstrom allenfalls mäßig ab -- sowohl hinsichtlich der Emissionen als auch hinsichtlich der Kosten. Atomkraft ist und bleibt keine Option für den Klimaschutz. Wir haben deutlich bessere Möglichkeiten der Energieerzeugung

zur Verfügung: Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung.“

Die gesamte Studie des Öko-Instituts ist zu finden unter www.bmu.de.

Steigende Strompreise – Chance für den Klimaschutz

[Nick Reimer, taz vom 11.6.2007] Kurz vor der Liberalisierung des Strommarkts vor sieben Jahren ergab eine Umfrage, dass 60 Prozent aller Deutschen den Stromanbieter wechseln wollten. Die meisten gaben damals an, zu einem Ökostrom-Anbieter wechseln zu wollen, um die Umwelt zu schonen und politischen Druck auf die Kohle- und Atomkonzerne auszuüben.

Tatsächlich wechselte seitdem aber nur ein halbes Prozent zu einem grünen Anbieter. Warum? Ein Blick auf die Stromrechnung mag helfen, diesen Widerspruch zu erklären. Denn anders als etwa die Tankrechnung nehmen die meisten Deutschen ihre Stromrechnung lediglich als laufenden Posten auf ihrem Kontoauszug wahr, dem sie aufgrund seiner Geringfügigkeit im Alltag kaum Beachtung beimessen.

Hinzu kommt, dass nur die wenigsten Verbraucher auf die Idee kommen, das Produkt "Strom" einmal zu vergleichen. Doch das dürfte sich nun ändern. Denn am 1. Juli endet die Strompreisregulierung durch die Länder. Einige Stromkonzerne wollen dies nutzen, um ihre Preise anzuheben - und zwar nicht nur um 6 oder 8 Prozent. Manche Anbieter planen, sich gleich ein Drittel mehr genehmigen zu wollen!

Diese Dreistigkeit sollte Anstoß geben, sich nach Alternativen zum bisherigen Stromkonsum umzusehen. Zum Beispiel nach Energiesparlampen, die 100 Prozent des Stromes dafür aufwenden, um Licht zu spenden. Die klassische Glühbirne dagegen nutzt nur 5 Prozent, weshalb sie eigentlich Glühheizung heißen müsste.

Steigende Strompreise machen Stromsparen attraktiver. Zwar sind energieeffizientere Lampen, Kühlschränke oder Computer teurer als die Konkurrenz. Doch steigende Preise sorgen dafür, dass sich die Anschaffung trotzdem lohnt. Ökostromanbieter werden attraktiver, weil sie vielerorts schon heute günstigere Preise anbieten können. Ein massenhafter Wechsel des Stromanbieters

würde die Konzerne enorm unter Druck setzen. Denn Eon, Vattenfall und Co könnten sich ihre geplanten Kohlekraftwerke schlicht nicht mehr leisten, wenn nur 20 Prozent aller Deutschen Ökostrom bezögen.

Deshalb sind steigende Strompreise gut. Sie sind eine Voraussetzung dafür, dass es endlich losgeht mit dem Klimaschutz in Deutschland.

<http://www.taz.de/dx/2007/06/11/a0036.1/textdruck>

Anzeige von Greenpeace energy eG:

Greenpeace energy eG ist zweitgrößter bundesweiter Anbieter von Ökostrom und versorgt mittlerweile mehr als 60.000 Privat- und Gewerbekunden. Im Jahr 2007 liefert Greenpeace energy seinen Kunden zu hundert Prozent mit Strom aus den Erneuerbaren Energien Wasser, Wind, Biogas und Fotovoltaik. Mit 10 Prozent hat Greenpeace energy den höchsten Anteil an Windstrom in einem bundesweiten Stromangebot.

Die unabhängige Genossenschaft gehört ausschließlich ihren Mitgliedern, die in der Regel Stromkunden sind. Die Mitglieder bestimmen die Geschäftspolitik und sorgen mit ihrer Einlage für finanzielle Unabhängigkeit.

Das Konzept von Greenpeace energy zeichnet sich durch Verbraucherfreundlichkeit, außergewöhnliche Transparenz und stabile Preise aus.

Neben der besonderen Unterstützung der Zukunftsenergie Fotovoltaik arbeitet Greenpeace energy an einem weiteren wichtigen Ziel: Die Unabhängigkeit von der etablierten Stromwirtschaft – von der Produktion über den Handel bis zur Versorgung der Kunden. Um dies zu erreichen, baut die Planet energy GmbH, ein 100-prozentiges Tochterunternehmen von Greenpeace energy, einen Kraftwerkspark auf Basis sauberer Energien auf. Bereits erfolgreich realisierte Projekte sind die Windparks Parndorf II (2004) und Soltau (Frühjahr 2006), sowie der Fotovoltaikanlagen in Schwäbisch Hall (2001) und Dasing bei Augsburg (Dezember 2006). Weitere Projekte, wie ein Wasserkraftwerk an der Weser in Bremen, sind in Planung.

Wechseln Sie jetzt zu sauberem Strom von Greenpeace energy! Der Wechsel ist ganz einfach und auch per Telefon 040 / 808 110-330 und Internet möglich <http://www.greenpeace-energy.de/>

Die Stunde der Verbraucher

[Bernward Janzing, Frankfurter Rundschau vom 12.06.2007] Die Tage der Strompreisaufsicht sind gezählt: Vom 1. Juli an entfällt für die Stromversorger die Pflicht, ihre Endkundenpreise vom Wirtschaftsminister ihres Bundeslandes genehmigen zu lassen. Die Stromanbieter haben also freie Hand bei der Preisgestaltung - das neue Energiewirtschaftsgesetz vom Juli 2005 will es so. Dahinter steckt die Erkenntnis, dass in einem liberalisierten Markt, in dem es echte Konkurrenz unter den Anbietern gibt, eine Preisaufsicht ein Systembruch ist, also nicht mehr in die Landschaft passt.

Baden-Württemberg hatte übrigens als einziges Bundesland die Genehmigungspflicht für die Stromtarife schon im Jahr 2000 auf eigene Faust abgeschafft, weil man in Stuttgart schon frühzeitig der Ansicht war, eine Preisgenehmigung passe nicht mehr zu einem liberalisierten Markt.

Seit April 1998 kann sich jeder Stromkunde aussuchen, von welchem Unternehmen er seinen Strom bezieht. Somit ist niemand mehr schutzlos der Preispolitik eines bestimmten Anbieters ausgeliefert.

So gesehen wirken auch die Aktionen von Stromzahlungsboykotteuren, die seit Jahren mit eigenständiger Kürzung ihrer Stromrechnung gegen die Preispolitik ihres Versorgers vorgehen, längst ein wenig skurril: Wem der Preis nicht passt, der kann schließlich zu einem anderen Lieferanten wechseln.

Während die Tarifaufsicht über die Preise für Endverbraucher nun also entfällt, wird zugleich eine andere Preisaufsicht immer wichtiger: die Kontrolle der Durchleitungs-Entgelte. Sie werden durch die Eigentümer der Stromnetze erhoben, wenn andere Unternehmen ihren Strom durch diese Netze transportieren.

Die Stromnetze sind natürliche Monopole, die sich zwangsläufig dem freien Wettbewerb entziehen. Hier ist daher eine Prüfinstanz notwendig, die sicherstellt, dass kein Unternehmen seine Marktmacht wettbewerbswidrig ausnutzt.

Die ehemalige Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation erhielt diese Zuständigkeit übertragen; heute heißt sie Bundesnetzagentur. Ihre Aufsicht jedoch ist eine ganz andere Sache als die bislang praktizierte Tarifkontrolle durch die

Länder. Denn diese Preisaufsicht betrifft nur jenes Drittel des Strompreises, das auf die Transportkosten der elektrischen Energie entfällt. Der Gesamtpreis, den Haushaltskunden für die Kilowattstunde zu bezahlen haben, wird sich künftig alleine am Markt bilden.

Die entscheidende Macht liegt somit in Zukunft mehr denn je bei den Stromkunden selbst. Denn nur wenn die Kunden auch tatsächlich zu Anbietern mit günstigeren Preisen oder besserer Stromqualität (etwa Ökostrom) wechseln, wird sich der Wettbewerb - mit allen seinen Vorteilen für die Kunden - entfalten können.

Dazu müssen die Stromkunden jedoch deutlich aufgeschlossener werden: Bislang liegt die Quote der "Stromwechsler" unter den privaten Haushaltskunden bei kaum fünf Prozent. Anders ausgedrückt: Solange 95 Prozent der Haushalte über eine Strompreiserhöhung zwar jammern, aber dennoch bei ihrem angestammten Versorger bleiben, können die etablierten Anbieter trotz großer Vielfalt der Angebote weiterhin Preispolitik machen fast wie zu Monopolzeiten.

Rüttgers zu Kohlesubventionen und dem RAG Börsengang

Lesen sie hier ein Interview mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers zu Kohlesubventionen, dem Börsengang der RAG sowie den Folgekosten des Bergbaus.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,469626,0,0.html>

11. MAUT

Bürgermeister Beust prüft City-Maut

[Spiegel-Online, 24.05.2007] Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust (CDU) prüft offenbar die Einführung einer City-Maut in der Hansestadt. „Wir prüfen die City-Maut für Hamburg ernsthaft als Bestandteil unseres Maßnahmenkatalogs zum Klimaschutz“, sagte Beust der Tageszeitung „Hamburger Morgenpost“ auf seiner Dienstreise in Asien. Spruchreif sei demnach noch nichts, es dürfe aber „keine Denkverbote geben“.

Bloomberg will City-Maut für New York

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Nach Medienberichten will New Yorks Bürgermeister Michael Bloomberg trotz einiger Widerstände an seinem Projekt einer City-Maut für New York festhalten. Er begründete dies damit, dass der CO₂- Ausstoß in New York, falls nichts dagegen unternommen werde, bis zum Jahr 2030 um 25 bis 30 Prozent steigen werde. Schon seit längerem propagandiert Bloomberg sein Ziel, New York zu einer „Grünen Stadt“ zu machen. Zusammen mit anderen Bürgermeistern der weltgrößten Metropolen hofft Bloomberg noch weitere Städte für seine Ideen zu gewinnen.

Als Vorbild dienen Bloomberg dabei die guten Erfahrungen mit der City-Maut in europäischen Metropolen wie der schwedische Hauptstadt Stockholm sowie der britischen Hauptstadt und Finanzmetropole London, die eine City-Maut wie sie Bloomberg plant bereits eingeführt haben.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,483474,0.html>

<http://www.baz.ch/news/index.cfm?keyID=6BF9B4A6-7C45-4B8B-AAC0F6F27F40F7A6&startpage=1&ObjectID=917E6095-1422-0CEF-709F51803B7E9E92>

12. STRABENVERKEHR

Tanktouristen frisieren Deutschlands CO₂-Bilanz

[Volker Mrasek, Spiegel-Online, 16.03.2007] Neun Prozent CO₂ hat Deutschland seit 1999 gespart - behauptet die Autolobby. Das ist übertrieben und falsch. Die Reduktion kommt vor allem dadurch zustande, dass deutsche Autofahrer immer öfter im billigen Ausland tanken und damit die Bilanzen der Nachbarländer belasten.

Allein im Straßenverkehr wurden seit 1999 15 Millionen Tonnen CO₂ eingespart", behauptet der Verband der Automobilindustrie (VDA). Das sei eine Reduktion um neun Prozent. Im Streit um den Beitrag des Straßenverkehrs zum Klimaproblem und um ein mögliches generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen sind solche Zahlen po-

litisch wertvolle Munition.

Doch was die Autolobby damit suggeriert, stimmt nicht. Wenn überhaupt, dann gab es nur eine marginale CO₂-Reduktion im Straßenverkehr, die neun Prozent sind eine Phantomzahl: Denn Deutschland hat einen Gutteil seiner Emissionen schlicht ins grenznahe Ausland exportiert.

Seit im Jahr 1999 die Ökosteuer eingeführt wurde und den Kraftstoff zwischen Flensburg und Garmisch schrittweise verteuerte, tanken unzählige deutsche PKW- und LKW-Fahrer lieber in Österreich, Luxemburg, Polen oder Tschechien. Dort, wo der Liter Sprit schon mal 15, wenn nicht gar 25 Cent billiger ist. Selbst die Schweiz lockt mit günstigeren Preisen für Benzin. Die Hamsterkäufe tauchen in keiner deutschen Statistik auf, sie werden den Nachbarländern zugeschlagen - und belasten deren Klimabilanz. Denn aus dem Diesel- und Benzinabsatz wird auch der Kohlendioxid-Ausstoß von PKW und LKW abgeleitet.

Der VDA spricht von fast zweistelligen CO₂-Minderungen auf deutschen Straßen und schwärmt, "kein anderes Land in Europa" leiste Ähnliches. Doch in Österreich wettete derweil der Automobil-Klub ÖAMTC gegen den deutschen Tank-Tourismus, der die Klimabilanz von Bundesländern wie Tirol "vollkommen verzerre": Bis zu 30 Prozent der in Österreich verkauften Kraftstoffmenge fließen nach ÖAMTC-Aussage in deutsche Autotanks.

Auch Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) fuchst das. Im Moment "steht eine CO₂-Minderung nur auf dem Papier, da in Deutschland weniger Sprit verkauft wird", erklärte er und monierte zudem, "dass die zusätzlichen Fahrten im Grenzbereich den CO₂-Ausstoß noch erhöhen". Doch das scheint Nebensache. Beckstein ärgert die "enormen Steuerausfälle" aufgrund der Tank-Trips.

VDA-Pressesprecher Eckehart Rotter verwahrte sich auf Anfrage von SPIEGEL ONLINE gegen den Vorwurf, sein Verband greife irgendwelche Zahlen aus der Luft: "Die 15 Millionen Tonnen CO₂-Einsparung sind die offizielle Zahl, die die Bundesregierung genannt hat." Das stimmt, sie steht genau so im Nationalen Allokationsplan (NAP) für den Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten. Doch "richtig ist auch, dass der Tank-Tourismus dabei nicht berücksichtigt

ist", gesteht Rotter ein. Er bezweifele allerdings, dass verlässliche Zahlen zu grenzüberschreitenden Tanktrips vorliegen.

Dem widerspricht Hartmut Kuhfeld vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Es gebe zwar noch "zu wenig gesicherte Daten über den Tanktourismus", räumt der Mathematiker und Verkehrsexperte ein. Doch die Größenordnung lasse sich durchaus aus dem Umfang der Abstecher ins nahe Ausland herleiten - und solche Daten gibt es inzwischen einige, etwa aus so genannten "Fahrleistungserhebungen" für die Bundesanstalt für Straßenwesen oder das Bundesverkehrsministerium.

Kuhfeld selbst schätzt den Umfang dieser "grauen Kraftstoffimporte" für das Jahr 2005 auf 1,5 Milliarden Liter Benzin und 2,4 Milliarden Liter Diesel. Es sind demnach enorme Mengen, die deutsche Ökosteuer-Flüchtlinge im benachbarten Ausland tankten. Im Inland wurden nach DIW-Angaben im selben Jahr jeweils etwa 31 Milliarden Liter Benzin und Diesel abgesetzt. Der Anteil der grauen Importe lag also zwischen fünf und knapp acht Prozent.

"Dies hat den rückläufigen Inlandsabsatz etwa kompensiert", folgerten DIW-Spezialisten bereits in einer Analyse des Jahres 2003. Ihr abschließendes Urteil darin: "Unter Berücksichtigung der Importe im grenzüberschreitenden Verkehr ist der gesamte Kraftstoffverbrauch seit 1998 annähernd konstant geblieben" - dasselbe gilt entsprechend für die Treibhausgas-Emissionen der deutschen PKW- und LKW-Flotten.

Das Umweltbundesamt geht auf Grundlage der DIW-Daten davon aus, dass "der Kraftstoffverbrauch der Deutschen insgesamt um zwei Prozent zurückging" - mehr nicht.

Rund zwei Prozent: Auf dieselbe Peanuts-Zahl kamen die Verkehrsprognostiker um Kuhfeld auch bei einem Blick auf die Fahrleistung deutscher PKW. Sie schätzen: Im Jahr 2005 sank diese erstmals von 13.045 auf 12.660 Kilometer - und damit um 2,5 Prozent.

Mit der viel zu hoch gegriffenen Phantomzahl von minus neun Prozent können die deutschen Autobauer eine für sie unangenehme Wahrheit über-tünchen: Zwar "verbrauchen deutsche Neufahrzeuge heute durchschnittlich 25 Prozent weniger

Kraftstoff als Anfang der neunziger Jahre", wie der mittlerweile geschasste, ehemalige Lobby-Sprecher Bernd Gottschalk kürzlich noch in einem "Politikbrief" des VDA betonte.

Doch das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie beklagt in seinem jüngsten Fachgutachten zu den Treibhausgas-Emissionen des Verkehrs: Diese Effizienzsteigerung wurde "in der Vergangenheit zu großen Teilen durch ein erweitertes Leistungsspektrum, erhöhte Sicherheits- und Komfortstandards wieder kompensiert".

Was die Motoren eigentlich an Sprit einsparen könnten, geht durch mehr PS und Gewicht wieder flöten. Ein kaum beachteter Aspekt dabei: Je mehr PS-starke Dieselfahrzeuge neu auf die Straße rollen, desto schlechter stellt sich die Klimabilanz der deutschen Autoflotte dar. Denn auch das können die DIW-Forscher mit Zahlen belegen: "Seit 2001 sinken die durchschnittlichen CO₂-Emissionen neuer Diesel-Pkw nicht mehr, sondern sie steigen wieder."

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,472121,00.html>

UNO: Technik statt Tanken

[*Spiegel-Online*, 20.03.2007] Die UNO hat einen Bericht veröffentlicht, der technische Innovationen als einzige Möglichkeit darstellt, den CO₂-Ausstoß trotz der erwarteten starken Zunahme des weltweiten Autoverkehrs zu reduzieren. Dabei müsse der Trend, so die Experten der UNO, von leistungsstarken und schweren Autos hin zu einer neuen Leichtbauweise mit geringem Luftwiderstand und alternativen Antriebsmodellen führen.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,472673,00.html>

Der Trend geht zum Ein-Liter-Auto

[*Marco Dalan, welt.de*, 31.05.2007] Klimawandel und Energiepreise treiben die Entwicklung sparsamer Autos voran. Im Gegensatz zu früher gibt es inzwischen auch eine deutliche Nachfrage - und die steigt.

http://www.welt.de/wirtschaft/article910270/Der_Trend_geht_zum_Ein-Liter-Auto.html

Höhere Kfz-Steuer für Spritfresser

[Spiegel-Online, 02.05.2007] Der VCD fordert eine drastische Erhöhung der Kfz-Steuer für Autos mit hohen Emissionswerten. Sparsame Modelle, möglichst mit einem alternativen Antrieb wie z.B. den Hybridmotoren, sollen dagegen mit weit weniger Steuern belegt werden als bisher. Ziel ist dabei eine möglichst große Spreizung, um die Lenkwirkung auf den deutschen Automarkt zu beschleunigen. Ausnahmen soll es lediglich für Alt-Pkw geben.

Dieser Schritt, der zusammen mit einigen Umweltverbänden vorgeschlagen wurde, zielt trotz der Regelungen für Alt-Pkw dennoch auch auf deren Reduzierung ab. Durch die extremen steuerlichen Vergünstigungen bzw. die hohen Belastungen für besonders Umweltschädliche Autos wäre ein Neukauf eines sparsamen Modells bald wirtschaftlicher als der eines gebrauchten Alt-Pkw.

http://www.spiegel.de/auto/aktuell/0,1518,469611_00.html

Erhöhung der Lkw-Maut

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Der Bundesrat hat am 08.06.2007 eine Erhöhung der Lkw-Maut zum 01. September um 1,1 Cent pro gefahrenem Kilometer beschlossen. Im Gegenzug soll die Kfz-Steuer für schwere Lkw gesenkt werden.

Hiervon verspricht man sich Mehreinnahmen von bis zu 250 Millionen Euro. 150 Millionen gehen davon als Ausgleichszahlung an die Länder für die verminderten Einnahmen aus der Kfz-Steuer. Die restlichen 100 Millionen Euro sollen in ein Förderprogramm zur Anschaffung umweltfreundlicher Lkw fließen.

http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/Nachrichten/Politik/Artikel,Rentenerh%F6hung,-Abh%F6rregeln-und-LKW-Maut_arid,967798_regid,2_puid,2_pageid,4290.html

Künast will Durchschnittswert auf 80 Gramm senken

[Spiegel-Online, 24.04.2007] Grünen-Vorsitzende Renate Künast hat die deutschen Autohersteller aufgefordert, mehr für den Klimaschutz zu tun. Im

Jahr 2020 solle ein Durchschnittsausstoß von 80 Gramm CO₂ pro Kilometer erreicht werden – durch ein stärkeres Eingreifen der Politik.

Ziel müsse es sein, die durchschnittliche CO₂-Emission bis 2020 auf 80 Gramm zu senken, sagte Renate Künast heute in Berlin. Zugleich müsse die Politik, etwa durch strengere Abgasvorschriften, den Unternehmen klare Ziele vorgeben.

Für die Verbraucher sei eine bessere Kennzeichnung umweltfreundlicher Autos nötig. Wichtig sei, dass künftig alle Fahrzeugklassen höhere Umweltstandards erfüllten, sagte Künast. "Man sollte nicht das Ein-Liter-Auto entwickeln und bei den Großen nichts tun." Dafür müsse die Technologie in allen Bereichen weiterentwickelt werden.

Wenn sich zugleich die Kfz-Steuer in Deutschland künftig an der CO₂-Emission von Fahrzeugen orientiere, würde dies umweltfreundliche Autos stärken. "Es muss sich richtig lohnen, auf eine moderne Technik umzustellen." Dringend verändern müsse sich aber auch das Image von Autos, betonte die Grünen-Politikerin. So könnten umweltfreundliche Fahrzeuge etwa durch höhere Verkaufsprovisionen für die Händler noch stärker von den Unternehmen unterstützt werden.

http://www.spiegel.de/auto/aktuell/0,1518,479113_00.html

SPD uneinig über Tempolimit

[taz vom 20.03.2007] Führende SPD-Politiker streiten sich über den Nutzen eines Tempolimits für den Klimaschutz. Parteichef Kurt Beck sagte der Bild-Zeitung: "Für ein Tempolimit bin ich offen, wenn es eingebettet ist in ein Gesamtkonzept." Sein Parteikollege und Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee sehe beim Tempolimit jedoch "keinen Gesprächsbedarf", sagte er gestern vor einer SPD-Präsidiumssitzung. Man solle sich politisch lieber auf die Felder konzentrieren, auf denen man wirklich etwas gegen den CO₂-Ausstoß unternehmen könne. Auch der sozialdemokratische Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hält die Tempolimitdebatte für verfehlt. Solche Einschränkungen "verniedlichen das Problem", sagte er der Wirtschaftswoche. Vielmehr bräuchten Autos in Schwellenländern bessere Motoren und Kraftstoffe: "Sonst geht die Welt auch bei Tempo 130 unter."

Ablasshandel auch für Pflanzendiesel

[Stephan Kosch, taz vom 13.6.2007] Mit einem Zertifikatesystem soll auch der Treibstoff von Palmölplantagen zum Biodiesel werden. Bei Gartenbank oder Teppich ist es einfach: Wer sicher gehen will, dass das gute Stück ökologisch korrekt und nicht durch Kinder- oder Sklavenarbeit entstanden ist, kann sich an Siegeln wie Rugmark oder FSC orientieren. Beim so genannten Biodiesel ist die Sache komplizierter, aber nicht weniger wichtig. Vor allem, wenn Palmöl der Rohstoff ist, aus dem der Treibstoff gewonnen wird. Dieses wird in Ländern wie Indonesien häufig unter fragwürdigen Umständen hergestellt.

Weil der Bedarf und damit der Import nach Europa steigen wird, hat das Bundeslandwirtschaftsministerium Experten mit der Ausarbeitung eines Zertifizierungssystems beauftragt, das eine nachhaltige Produktion des importierten Öls gewährleisten soll. In diesem Jahr soll der zweijährige Probetrieb starten. Schon jetzt ist klar: Ein einfaches Biosiegel für den Sprit vom Acker wird es nicht geben.

Der Unterschied zum Logo für Lebensmittel oder Haushaltsgüter: Der Verbraucher wird von dem ganzen System nichts mitbekommen. "Da ist auch nicht notwendig", sagt Norbert Schmitz, Partner der Beratungsfirma meo Consulting, die das Zertifizierungssystem entwickelt hat und es gestern in Berlin vorstellte. Zwar tankt der Autofahrer bei jeder Dieselfüllung an der Zapfsäule auch ein bisschen Biodiesel, weil die Mineralölkonzerne mittlerweile 4,4 Prozent davon dem fossilen Treibstoff beimischen müssen. Doch ob dieser Diesel aus indonesischem Palmöl oder deutschem Raps hergestellt wurde, bleibt dem Verbraucher verborgen.

Dennoch soll die Biodiesel-Beimischung durch die Zertifizierung ökologisch und sozial korrekt werden. Das bedeutet: Die Artenvielfalt wird nicht beeinträchtigt und kein Regenwald abgeholzt. An dem System haben Umweltverbände, die Automobilindustrie, die Mineralölwirtschaft und die Agrarbranche mitgearbeitet. Allerdings wird auch in Zukunft kein Umweltengel auf den Tankern oder Palmölfässern kleben. Denn anders als beim Kaffee oder der Gartenbank bezieht sich das Öko-Zertifikat nicht auf das konkrete Produkt. Vielmehr hat sich meo Consulting am System des

Ökostroms oder des CO₂-Emissionshandels orientiert. Wer 100.000 Liter Palmöl für Biodiesel importiert, muss bei einer zentralen Agentur Zertifikate für 100.000 Liter Öl kaufen. Das Geld dafür geht an Ölproduzenten, die die geforderten Umwelt- und Sozialstandards einhalten.

Was kompliziert klingt, sei letztendlich die praktikablere Lösung, sagt Schmitz. Eine direkte Zertifizierung der derzeit rund 30 Millionen Tonnen jährlich in die EU importierten Öls wäre kaum zu kontrollieren, zumal der Bedarf wegen der zunehmenden Bedeutung von Biodiesel noch steigen wird. Beim Transport und der Lagerung in Häfen würde zudem Öl von unterschiedlichen Lieferanten vermischt. Wie viel teurer das Öl durch die Zertifikate wird, ist noch nicht klar.

Offen ist auch, welche Länder sich an dem System beteiligen. Um dem Klima und dem Regenwald tatsächlich zu nutzen, müssten zudem große Palmölverbraucher wie China und Indien mitmachen. Schmitz hat das Modell bereits der EU-Kommission vorgestellt, die positiv reagiert habe. Auch eine Einbindung in den Emissionshandel ist geplant.

13. LUFTVERKEHR

Politiker fordern Klima-Abgabe auf Flugtickets

[Reuters, 05.04.2007] Umweltexperten der großen Koalition fordern einen Klimaschutz-Aufschlag auf Flugtickets. Die Umwelt-Abgabe könnte um die zehn Euro pro Ticket liegen, sagte die baden-württembergische Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) der "Berliner Zeitung" vom Donnerstag. "Damit könnten wir Klimaschutzmaßnahmen bei uns oder in den Entwicklungsländern finanzieren." Rückendeckung erhielt sie vom stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Ulrich Kelber. "Wenn wir bei einer europaweiten Kerosinsteuer nicht vorankommen, dann ist eine Klima-Abgabe auf Flugtickets eine gute Möglichkeit", sagte er. Sie solle nach Flugklasse und Entfernung gestaffelt werden.

Nach Einschätzung des Umweltbundesamtes verursacht der Flugverkehr wesentlich mehr Klima-

schäden als von der Branche bislang zugegeben. Der Anteil des Flugverkehrs an den vom Menschen ausgelösten Ursachen für den Klimawandel liege weit höher als die bisher angenommenen zwei bis drei Prozent.

Über eine Abgabe auf den Flugpreis als "innovatives Finanzierungsinstrument" zur Aufstockung der Entwicklungshilfe wird seit Jahren im Kreis der sieben führenden Industrieländer und Russlands (G-8) diskutiert. Die "Ticket-Tax" war eines der Themen beim Weltwirtschaftsgipfel im Jahr 2006 in Gleneagles. Deutschland stand dem anfangs positiv gegenüber. Eine gemeinsame Haltung der G-8 gab es aber nicht. Vielmehr wurde das Thema von den EU-Finanzministern weiter verfolgt. Die überließen es aber den Mitgliedstaaten, ob und wann die Abgabe erhoben wird.

In Großbritannien gibt es schon seit längerem eine Ticket-Besteuerung. Eingeführt wurde sie auch in Frankreich. Daneben haben weitere Länder, wie Chile, Brasilien, Norwegen, Belgien und weitere Länder Gleiches beschlossen.

Deutschland hat sich bisher nicht entschieden, diesen Beispielen zu folgen, hält sich dies aber offen. Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) hat den Auftrag, das Thema insbesondere mit Blick auf die Erfahrungen anderer Länder zu prüfen.

http://www.focus.de/politik/deutschland/klimaschutz_aid_52694.html

http://www.sueddeutsche.de/_ra19m2/reise/artikel/895/108787/

SPD-Bundestagsfraktion für Einführung einer Ticketabgabe

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich für die Einführung einer Ticketabgabe ausgesprochen, deren Einnahmen im Zuge der Entwicklungshilfe verwendet werden sollen. Sie kann dabei sowohl der Klimapolitik dienen als auch der Armutsbekämpfung. Haushaltspolitisch besteht das Ziel der Einführung hauptsächlich in der Generierung neuer Einnahmen. Diese werden benötigt um die Ausgaben für die Entwicklungshilfe wie vorgesehen bis zum Jahr 2050 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens steigern zu können.

Weitere Möglichkeiten sieht man auch in der Ein-

führung einer Kerosinsteuer sowie in emissionsbezogenen Start- und Landegebühren.

<http://www.verivox.de/News/ArticleDetails.asp?aid=51884&pm=1>

Lufthansa will Klimaschutz-Tickets anbieten

[Spiegel-Online, 24.02.2007] Die Lufthansa will ihren Kunden das so genannte klimaneutrale Fliegen ermöglichen. Die Einnahmen durch einen freiwilligen Aufschlag sollen in Klimaschutzprojekte geleitet werden. Solche Programme werden laut einer US-Studie von zahlreichen unseriösen Unternehmen zur Abzocke genutzt.

Die Lufthansa will den Klimaschutz mit einem freiwilligen Aufpreis auf ihre Flugtickets unterstützen. "Wir sind derzeit auf der Suche nach seriösen Partnern. Unser Ziel ist, solche Flugtickets auf allen unseren Flügen anzubieten", sagte der Sprecher der Fluggesellschaft, Thomas Jachnow. "Die erwarteten Mehreinnahmen werden direkt in Klimaschutzprojekte geleitet", sagte der Lufthansa-Sprecher. Die Höhe der Summe sei zum jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht abschätzbar.

Ein klimaneutraler Flug Frankfurt-New York-Frankfurt etwa kostet nach Informationen des SPIEGEL einen Aufpreis von 68 Euro für die dabei durchschnittlich ausgestoßenen 3166 Kilogramm Kohlendioxid pro Passagier.

Das Thema Klimaschutz wird von unseriösen Firmen offenbar genutzt, um umweltbewusste Flugkunden abzuzocken. Einer Untersuchung der Tufts University bei Boston zufolge sind auch international operierende Anbieter so genannter Kompensationstickets mit Vorsicht zu genießen. Die Idee des Modells: Passagiere zahlen einen freiwilligen Ausgleich, dessen Höhe nach dem jeweiligen Kohlendioxidausstoß für die Flugstrecke berechnet wird. Das Geld soll Umweltprojekten in Schwellenländern zugute kommen.

Von 13 untersuchten Anbietern wird die Hälfte nur "mit Vorbehalten empfohlen". Drei seien "gegenwärtig nicht zu empfehlen": Die Anbieter "Better World Club", "Solar Electric Light Fund" und "Cleanairpass" konnten keine konkreten oder überprüften Projekte für die Verwendung der eingesammelten Gelder angeben. Positiv werden dagegen die auch vom Bundesumweltministerium

unterstützte Firma "Atmosfair" sowie die Anbieter "MyClimate", "Native Energy" und "Climate friendly" bewertet.

Der Klimaablass

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Ein Artikel der Zeitung „Die Neue Epoche“ beschäftigt sich mit den fragwürdigen Praktiken und Angeboten mancher Anbieter im Bereich des so genannten Klimaablasses. Mittlerweile existiert ein großer Markt für solche Kompensationsangebote an Umweltschutzprojekte als Gegenleistung für verschuldete Emissionen gerade im Luftverkehr.

Jedoch zieht dieser Markt offenbar verstärkt schwarze Schafe an. Von dreizehn überprüften Anbietern konnte die Tufts Universität bei Boston sechs nur mit Vorbehalt und drei überhaupt nicht empfehlen. Besonders suspekt und grundsätzlich unseriös erscheinen laut BUND manch angebotene Sorglos-Pakete, die einem Lebenslange Klimaneutralität versprechen.

<http://www.dieneuepoche.com/articles/2007/03/12/97370.html>

VCD für Einführung einer Kerosinsteuer

[Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD), Bundesverband, *Verbandspresse*, 06.06.2007] Der Verkehrsclub Deutschland e.V. spricht im Zuge des G 8 Gipfels von Heiligendamm für die Einführung einer Kerosinsteuer aus. Mit den veranschlagten Einnahmen von 20 Milliarden Euro schon bei einem Minimalsteuersatz von 0,125 Euro pro Liter Kerosin könnten die Ziele des letzten G 8 Gipfels in Gleneagles besser in Angriff genommen werden. Diese sehen eine jährliche Erhöhung der Entwicklungshilfe um 50 Milliarden Dollar bis 2010 vor.

<http://www.verbaende.com/News.php4?m=46584>

14. LINKS, PUBLIKATIONEN UND STUDIEN

Studien der IPCC zum Klimawandel

Die Studien des IPCC gibt es nun auch in deut-

schen Fassungen und „Zusammenfassungen für Entscheider“:

[http://www.umweltdialog.de/umweltdialog/klima/2007-04-](http://www.umweltdialog.de/umweltdialog/klima/2007-04-13_Fortsetzung_des_UN_Klimaberichtes.php)

[13_Fortsetzung_des_UN_Klimaberichtes.php](http://www.umweltdialog.de/umweltdialog/klima/2007-05-11_Zum_3_Bericht_des_Weltklimarats.php)

[http://www.umweltdialog.de/umweltdialog/klima/2007-05-](http://www.umweltdialog.de/umweltdialog/klima/2007-05-11_Zum_3_Bericht_des_Weltklimarats.php)

[11_Zum_3_Bericht_des_Weltklimarats.php](http://www.umweltdialog.de/umweltdialog/klima/2007-05-11_Zum_3_Bericht_des_Weltklimarats.php)

<http://www.ipcc.ch/SPM2feb07.pdf>

<http://www.ipcc.ch>

OECD-Studie belegt positive Wirkung durch Umweltregulierungen

[ENDS Europe Daily, 19.02.2007] Regulierungen im Umweltbereich führen eindeutig zur Entwicklung umweltschonenderer Produktionstechnologien. Zum diesem Schluss kommt eine OECD-Studie, die unter folgendem Link verfügbar ist:

<http://www.oelis.oecd.org/olis/2006doc.nsf/linkto/c om-env-epoc-ctpa-cfa%282006%2936-final>

Studie vom Umweltbundesamt: 40 Prozent CO₂-Senkung bis 2020

Eine aktuelle Studie des Umweltbundesamts zu Maßnahmen und Instrumenten zur Erreichung der Vorgabe, die CO₂-Emissionen in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent zu senken, findet sich unter folgendem Link:

<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-1/3235.pdf>

Chinesisches Beratungsgremium in Umweltfragen

Das "China Council for International Cooperation on Environment and Development" ist eine Organisation mit Beratungsfunktion für die chinesische Regierung. Sie schlägt politische Maßnahmen und Projekte in den Bereichen Umwelt und Entwicklung vor. Das Gremium setzt sich aus Politikern der entsprechenden Staatsministerien, Wissenschaftlern und Experten aus dem In- und Ausland sowie Mitgliedern internationaler Organisationen zusammen. Präsident der CCICED ist der Chef des Staatsministeriums; diese Funktion hat derzeit der chinesische Vizepräsident Zeng Peiyan inne.

<http://eng.cciced.org/cn/default.asp>

Weiterleben auf dem Blauen Planeten

Inmitten einer heftig geführten Klimadebatte und pünktlich zum Internationalen Tag der Umwelt erscheint das nachdenklich, klug und unterhaltsam geschriebene Buch des emeritierten Architekturprofessors Dirk Althaus: "Zeitenwende: Die postfossile Epoche. Weiterleben auf dem Blauen Planeten".

Dirk Althaus: Zeitenwende: Die postfossile Epoche. Weiterleben auf dem Blauen Planeten. Mankau Verlag, 1. Aufl. 5. Juni 2007, 14,95 Euro, 313 S., ISBN 978-3-938396-06-3. Informationen unter:

<http://www.mankau-verlag.de/aktuelles/2007-5-Althaus-Blauer-Planet-postfossil.php>

Land Use Law for Sustainable Development

Die Cambridge University Press hat den zweiten Band in der IUCN Academy of Environmental Law research series herausgegeben. Nähere Informationen zu der Publikation mit dem Titel „Land Use Law for Sustainable Development“ finden sich unter:

<http://www.cambridge.org/catalogue/catalogue.asp?isbn=9780521862165&ss=fro>

Energiesicherheit – Die neue Vermessung der Welt

„Beim Run auf die letzten Energieressourcen wird derzeit die Welt neu vermessen. Die internationalen Machtverhältnisse verschieben sich entlang der Frage, wer die Ressourcen und den Zugang zum Weltmarkt kontrolliert. Das neue Sorgenkind der Weltgemeinschaft heißt Energiesicherheit. Der Begriff meint nicht nur die sichere und bezahlbare Versorgung mit Energie, sondern eine Politik, die im Kampf um Rohstoffe nicht neue Konflikte schafft und die Umwelt schädigt. Was bedeutet es, wenn Russland die neue Erdgaspipeline durch die Ostsee führen will, über Meeresboden, in dem die Giftgasgranaten zweier Weltkriege liegen? Gibt es eine Alternative zu der gefährlichen Großmachtspolitik, die Länder wie China, die USA und Russland derzeit verfolgen? Als Antwort auf die weltweite Energiekrise plädiert

Müller-Kraenner für eine kooperative Energiepolitik im europäischen Rahmen, die unsere Wirtschaft mit Energie aus unterschiedlichen Quellen versorgt: bezahlbar, umweltfreundlich, sicher.“

Sascha Müller-Kraenner: Energiesicherheit – Die neue Vermessung der Welt; 240 Seiten Gebunden mit Schutzumschlag, Erscheinungsdatum: 08.03.2007; ISBN 978-3-88897-470-0; weitere Informationen unter www.kunstmann.de

Emissions Trading and Business

[Produktbeschreibung amazon.de] Emissions trading challenges the management of companies in an entirely new manner. It does not only allow for a bigger flexibility in management decisions concerning emission issues like other market based environmental policy instruments. Furthermore, it changes the code by which environmental policy steers management decisions from hierarchical to monetary information. But, is this change transmitted and mirrored in management decisions, processes and structures? And, how do they change? When flexibility is given to the companies, they have several opportunities to react. Moreover, different institutional architectures of emissions trading schemes are possible and have been implemented, like in the US, the UK or the EU. The 24 contributions discuss theoretically and empirically in four parts, the following subjects: Institutional design, decision making and innovation; Investment and management strategies; ET and business administration; and, Effects of ET schemes existing and being implemented.

R. Antes / B. Hansjürgens / P. Letmathe (Ed.): Emissions Trading and Business, Heidelberg/New York: Physica Verlag 2006, ISBN 10-7908-1747-3

http://umwelt.wiwi.uni-halle.de/forschung/194691_1012642/1010286_1010340/

Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung

[Produktbeschreibung amazon.de] Umfassende Innovationen sind Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Hierzu zählen technische Innovationen zur ökologischen Optimierung von Prozessen und Produkten ebenso wie Dienstleis-

tungsinnovationen und organisationale Innovationen zur Veränderung von Strukturen und Abläufen. Hinzu kommen institutionelle Innovationen zur Neugestaltung gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse und zur Generierung zukunftsfähiger Märkte. Die Schaffung innovationsfördernder Strukturen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist nicht zuletzt eine umfassende kulturelle Herausforderung.

Die Kommission Umweltwirtschaft des Hochschullehrerverbandes für Betriebswirtschaft hat zusammen mit Wissenschaftlern des Oldenburg Center for Sustainability Economics and Management (CENTOS) der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg Forscher und Unternehmenspraktiker eingeladen, Antworten auf folgende Fragen zu geben:

"Was zeichnet nachhaltige Innovationen aus? Welche Rahmenbedingungen und institutionelle Arrangements fördern oder hemmen Nachhaltigkeitsinnovationen?" In welcher Beziehung stehen technische und nicht-technische Innovationen? "Wie können Organisationen lernen und innovativer werden?" Welche Managementinstrumente unterstützen nachhaltigkeitsorientierte Innovationsprozesse?

R.Pfriem / R.Antes / K. Fichter / M. Müller / N. Paech / S. Seuring / B.Siebenhüner (Hrsg.):

Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung, Dokumentation der Herbsttagung 2006 der Kommission Umweltwirtschaft im Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag 2006, ISBN 3-8350-0492-1

http://umwelt.wiwi.uni-halle.de/forschung/194691_1012642/1010286_1010409/

Nachhaltiges Design. Laboratorium für industrielle Neuanfänge

Vom Lieblingskugelschreiber bis zum ausgewachsenen Mehrfamilienhaus – jedes Produkt, das wir kaufen, nutzen, besitzen, gern mögen oder möglichst schnell wieder loswerden wollen, beginnt mit einer Gestaltungsidee. Der Schutz von Umwelt und Klima wird nur erfolgreich sein, wenn er schon beim Produktentwurf, also am Ursprung aller Dinge, ansetzt.

Wie intelligente Produktideen die Warenwelt revolutionieren können, lesen Sie in der politischen Ökologie 105 "Nachhaltiges Design. Laboratorium für industrielle Neuanfänge".

Link:<http://www.oekom.de/zeitschriften/politische-oekologie/archiv/politische-oekologie-archiv/heft/326.html>

"Umweltkommunikation auf Großveranstaltungen. Von der IGA bis zum Weltjugendtag"

60.000 Papphocker hatten die Helfer und Helferinnen des Deutschen Evangelischen Kirchentages für die Gläubigen aufgestellt. Die Organisatoren wollen die Sitzgelegenheiten nun weiterverkaufen, um Abfälle zu vermeiden. Auch bei Verpflegung, Transport oder Energie können die Veranstalter viel für die Umwelt tun und gleichzeitig Nachhaltigkeitsthemen kommunizieren. Sogar Bildungsangebote lassen sich gezielt einsetzen.

Lesen Sie in dem Buch "Umweltkommunikation auf Großveranstaltungen. Von der IGA bis zum Weltjugendtag", wie sich auf Musikfestivals, beim Stadtmarathon oder im Zoo die Umwelt mit ins Spiel bringen lässt.

<http://www.oekom.de/buecher/buchprogramm/bildungskommunikation/archiv/buch/umweltkommunikation-auf-grossveranstaltungen.html>

"Klimapolitik und Bioenergie"

Hoffnungsträger mit Nebenwirkungen

Die Tortilla-Krise in Mexiko, das Trockenlegen riesiger Moorwaldflächen auf Borneo oder der hohe Pestizid- und Düngereinsatz beim Anbau von Energiepflanzen machen deutlich, dass Biomasse in großem Stil zu neuen sozialen und ökologischen Problemen führt. Die neue GAIA-Reihe "Klimapolitik und Bioenergie" diskutiert die Gefahren der grünen Energieträger.

Warum Konflikte um die Biomasse für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten bereits vorprogrammiert sind, erläutert der Landschaftsökologe Timo Kaphengst zum Auftakt dieser neuen Reihe in GAIA, Heft 2/2007.

<http://www.oekom.de/zeitschriften/gaia/archiv/detail/heft/329.html>

Energiesong zum Download - 100 Prozent Erneuerbare Energien

[Thomas Rösch, FÖS] Der Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. macht auf Folgen aufmerksam: Die Aachener Gruppe Aixellent mit Jan Selbach und Jonas Volkenborn hat die Forderung nach 100 Prozent Erneuerbare Energien in einem Sprechgesang (Rap) aufgegriffen und ihren Song dem SFV geschenkt.

Der kraftvolle Appell kann auch Jugendliche für die 100 Prozent-Frage interessieren.

Der Kehrreim lautet:

"Wollt ihr wirklich einfach nur weiter zusehen, anstatt die Angebote der Natur zu nutzen, einfach zusehn, wie die Probleme zunehmen und wir Schritt für Schritt unsere Zukunft verschmutzen?"

Seid ihr wirklich zufrieden mit diesem Trend?

Wenn nicht, nützt es nicht, vor der Wahrheit zu fliehen.

Was wir brauchen das sind 100 Prozent:

Anstatt AKW's - Erneuerbare Energien!"

Den Song finden Sie zum kostenlosen Download und Anhören unter

http://www.sfv.de/artikel/2007/hiphop_s.htm

Dort finden Sie auch den vollständigen Text des Songs

Die Internetseite der Gruppe AIXELLENT ist <http://www.myspace.com/aixellent>

15. STELLENAUSSCHREIBUNG

Wissenschaftlicher Mitarbeiter für MDB

Der Bundetagsabgeordnete Hans-Kurt Hill (Die Linke) sucht für die energiepolitische Arbeit seines Büros einen wissenschaftlichen Mitarbeiter. Der Tätigkeitsbereich umfasst die Untersuchung von Perspektiven der deutschen Stein- und Braunkohle, Unterstützung bei der Entwicklung von politischen Instrumenten sowie Lobby- und Recherchearbeit.

Kontakt über Björn Schering; hans-kurt.hill.ma02@bundestag.de

16. TERMINE

Workshop zum Emissionshandel, Wittenberg

[Jakob Rinkewitz, FÖS] Die Martin-Luther-Universität in Halle Wittenberg veranstaltet im November 2007 einen Workshop zum Emissionshandel mit dem Thema: „Emissions trading an business“.

Weitere Informationen sind als PDF-Download erhältlich:

http://www.foes.de/de/downloads/OESN42/cfp_emissions%20trading%20and%20business_wittenberg%202007.pdf

Energieversorgung in der Schweiz, 3.9.2007

Am 03.09.2007 findet in Zürich die Veranstaltung „Energieversorgung in der Schweiz: Klima und Natur im Clinch“ statt, organisiert durch den praktischen Umweltschutz Schweiz (Pusch).

www.pusch.ch